



# Konjunktur aktuell

4/2023

14. Dezember 2023, 11. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 101**

## Export und privater Konsum schwach – Deutschland wartet auf den Aufschwung

Die Weltwirtschaft verliert zum Ende des Jahres 2023 weiter an Schwung. Der durch den weltweiten Inflationsschub ausgelöste restriktive Schwenk der Geldpolitik drückt über höhere Finanzierungskosten vielerorts die Güternachfrage. Im nächsten Jahr dürfte die Weltwirtschaft wieder etwas anziehen. Die deutsche Wirtschaft ist nach Ende der Pandemie nicht wieder auf ihren alten Wachstumspfad zurückgekehrt. Das Verarbeitende Gewerbe hat an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, und die Weltnachfrage nach Industriegütern ist zurzeit schwach. Zudem ist die Inflation immer noch hoch, und die Realeinkommen sind längere Zeit über zurückgegangen. Die geldpolitische Straffung hat die Finanzierungsbedingungen verschlechtert, was besonders die Bauwirtschaft belastet. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2023 wohl um 0,3% sinken und im kommenden Jahr um 0,5% expandieren.

## Inhaltsverzeichnis

- 101** Export und privater Konsum schwach – Deutschland wartet auf den Aufschwung  
Arbeitskreis Konjunktur des IWH
  
- 141** Grüne Transformation und Schuldenbremse: Implikationen zusätzlicher Investitionen für öffentliche Finanzen und privaten Konsum  
Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Alessandro Sardone, Christoph Schult, Birgit Schultz, Götz Zeddies

# Konjunktur aktuell: Export und privater Konsum schwach – Deutschland wartet auf den Aufschwung\*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH\*\*

## Zusammenfassung

Zum Ende des Jahres 2023 verliert die Weltwirtschaft weiter an Schwung. Die Phase der Erholung von der Pandemie ist weitgehend abgeschlossen, und der durch den weltweiten Inflationsschub ausgelöste restriktive Schwenk der Geldpolitik drückt über höhere Finanzierungskosten vielerorts die Güternachfrage. Besonderen Belastungen sind darüber hinaus die europäische und die chinesische Wirtschaft ausgesetzt: In Europa sind dies der russische Krieg gegen die Ukraine und die mit ihm zusammenhängenden hohen Energiekosten, in China ist es die Strukturkrise des dort besonders wichtigen Immobiliensektors. Allerdings gibt es auch Gründe dafür, dass die Weltwirtschaft im kommenden Jahr wieder etwas anziehen dürfte. Denn der zuletzt überraschend deutliche Rückgang der Inflationsraten in den USA und im Euroraum hat die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass beide Zentralbanken ihre Geldpolitik im Lauf des Jahres 2024 etwas lockern werden.

Zum Jahresende 2023 ist die deutsche Wirtschaft weiter im Abschwung. Wichtige Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes haben jüngst an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, insbesondere die Automobilindustrie und die Chemiebranche. Dazu kommt, dass die Nachfrage nach Industriegütern zurzeit generell schwach ist. Zudem sind die Realeinkommen inflationsbedingt längere Zeit über zurückgegangen. Die geldpolitische Straffung hat die zuvor außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen verschlechtert, was insbesondere die Bauwirtschaft belastet. Zudem ist seit dem Verfassungsgerichtsurteil vom November offen, welche finanzpolitischen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren zu erwarten sind. Die vor allem, aber nicht nur, durch die Wirtschaftspolitik bedingte Verunsicherung dürfte die Investitionsbereitschaft verringern. Im Lauf des Jahres 2024 wird allerdings der private Konsum von steigenden Reallöhnen gestützt werden, und die deutsche Exportindustrie dürfte davon profitieren, dass sich allmählich die internationale Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes wiederbelebt.

## Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2023 bis 2025

	2022	2023	2024	2025
	Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %			
Deutschland	1,8	-0,3	0,5	1,2
darunter: Ostdeutschland <sup>1</sup>	3,0	0,5	0,7	1,2
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen	1,3	0,7	0,3	-0,1
Tariflöhne je Stunde	2,2	4,3	3,4	3,2
Effektivlöhne je Stunde	4,3	6,5	3,5	3,3
Lohnstückkosten <sup>2</sup>	3,5	7,2	3,5	2,5
Verbraucherpreisindex	6,9	6,0	3,0	2,1
	in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	45 596	45 953	46 048	45 998
Arbeitslose <sup>3</sup>	2 418	2 609	2 673	2 557
	in %			
Arbeitslosenquote <sup>4</sup>	5,3	5,7	5,8	5,5
darunter: Ostdeutschland <sup>1</sup>	6,7	7,1	7,2	6,9
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,0	-1,3	-0,6
Leistungsbilanzsaldo	4,4	6,9	7,2	7,1

<sup>1</sup> Ostdeutschland einschließlich Berlin. – <sup>2</sup> Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – <sup>3</sup> Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – <sup>4</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2023: Prognose des IWH (Stand: 13.12.2023).

\* Dieser Beitrag wurde am 14. Dezember 2023 veröffentlicht.

\*\* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schult, Christoph; Schult, Birgit; Zeddies, Götz.

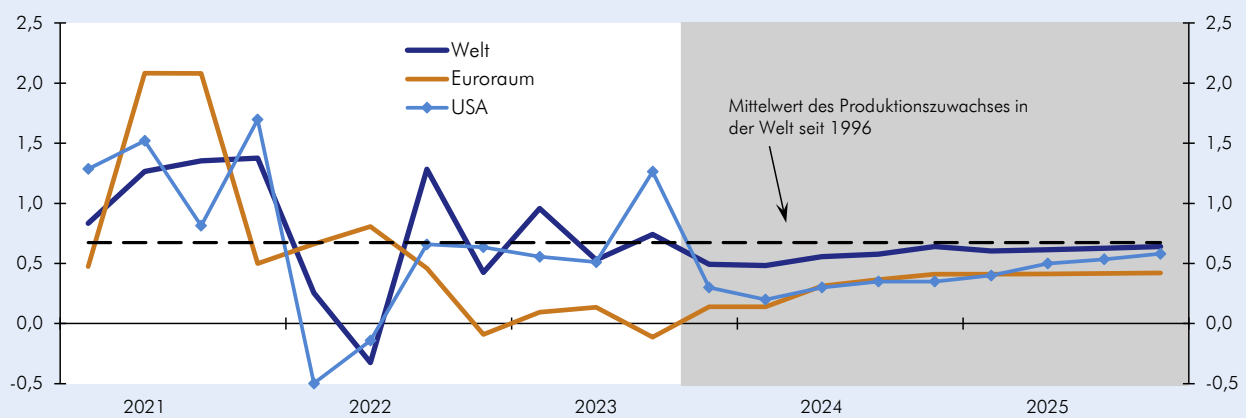
## Schleppende Weltkonjunktur

Zum Ende des Jahres 2023 verliert die Weltwirtschaft weiter an Schwung. Die Phase der Erholung von der Pandemie ist weitgehend abgeschlossen, und der durch den weltweiten Inflationsschub ausgelöste restriktive Schwenk der Geldpolitik drückt über höhere Finanzierungskosten vielerorts die Güternachfrage. Besonderen Belastungen sind darüber hinaus die europäische und die chinesische Wirtschaft ausgesetzt: In Europa sind dies der russische Krieg gegen die Ukraine und die mit ihm zusammenhängenden hohen Energiekosten, in China ist es die Strukturkrise des dort besonders wichtigen Immobiliensektors. Allerdings gibt es auch Gründe dafür, dass die Weltwirtschaft im kommenden Jahr wieder etwas anziehen dürfte. Denn der zuletzt überraschend deutliche Rückgang der Inflationsraten in den USA und im Euroraum hat die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass beide Zentralbanken den Restriktionsgrad ihrer Geldpolitik im Lauf des Jahres 2024 zurückführen werden.

Beim Blick auf das dritte Quartal 2023 fallen aber die erheblichen Unterschiede zwischen den Wirtschaftsräumen ins Auge (vgl. Abbildung 1): Im Euroraum stagnierte das Bruttoinlandsprodukt nun schon das vierte Quartal hintereinander, wobei Export und Wohnungsbau rückläufig waren. Dagegen haben in den USA privater Konsum, Investitionen und Exporte deutlich zugelegt, und die Produktion expandierte um kräftige 1,3%. Ebenfalls 1,3% betrug die Zuwachsrate in China. Ausschlaggebend war dafür die Erholung der Aktivität in den von der Pandemie schwer getroffenen Dienstleistungen, besonders in der Hotel- und Gaststättenbranche. Trotzdem sehen die chinesischen Konsumenten die wirtschaftliche Lage laut Umfragen weiter ähnlich kritisch wie zu Pandemiezeiten. Hintergrund dürfte die anhaltende Immobilienkrise sein. Auf den schwächelnden Wohnungsbau dürfte auch zurückzuführen sein, dass die Anlageinvestitionen in China seit dem Sommer gegenüber dem Vorjahr nominal rückläufig sind. Die Konjunktur in Japan wird von den Konsequenzen der dortigen Niedrigzinspolitik bestimmt: Die von ihr verursachte Abwertung des Yens treibt den Außenbeitrag, der im laufenden Jahr erheblich zur Expansion beiträgt. Andererseits haben Realeinkommensverluste aufgrund der hohen importierten Inflation den privaten Konsum der Japaner im Sommerhalbjahr sinken lassen. In anderen größeren Volkswirtschaften ist die Produktion trotz stark gestiegener Zinsen deutlich aufwärtsgerichtet. Das gilt insbesondere für Indien, aber auch für Länder wie Mexiko, deren Industrien von Aufträgen und Investitionen aus den USA oder Europa profitieren, welche vor wenigen Jahren wohl noch an China gegangen wären. Selbst die vom Krieg gezeichnete russische Wirtschaft expandiert moderat, weil es dort gelungen ist, die westlichen Sanktionen durch Aufbau neuer Handelsbeziehungen zu umgehen. Somit ist es in letzter Zeit zu einer erheblichen Verschiebung der Handelsströme gekommen. Wenn Welthandel und Weltindustrieproduktion seit eineinhalb Jahren lediglich in etwa stagnieren, dann wohl auch deswegen, weil die neuen Lieferbeziehungen vielfach nicht Effizienzgesichtspunkten, sondern geopolitischen Zielsetzungen folgen.

**Abbildung 1**  
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2023 bis 2025: Schätzung und Prognose des IWH.

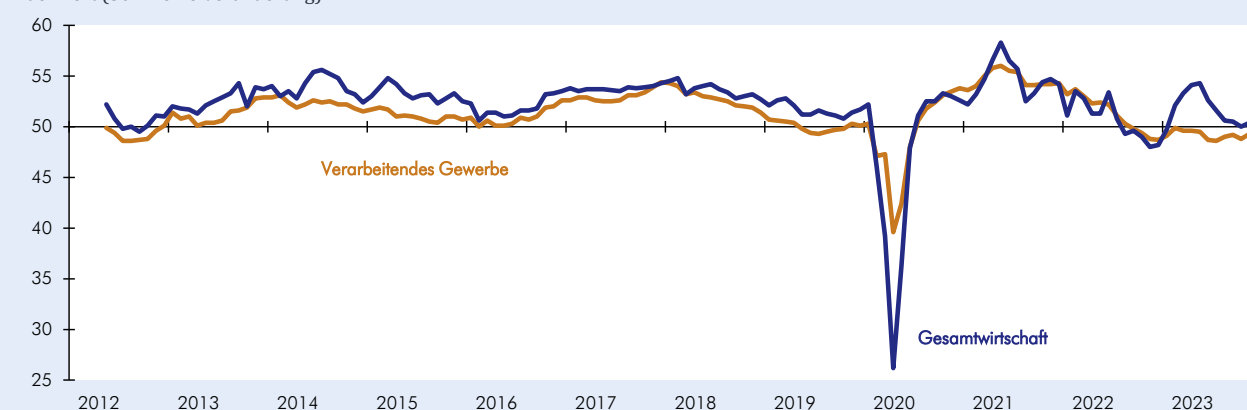
Seit dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober und dem israelischen Gegenschlag steht ein neues geopolitisches Risiko im Raum. Weltwirtschaftlich sind die Folgen bisher aber gering. Einem Anstieg des Ölpreises um einige Dollar

folgte im November ein Rückgang, und mit etwa 76 US-Dollar (Brent) war Öl Anfang Dezember etwa 6 Dollar günstiger als vor dem Angriff und damit etwas billiger als vor einem Jahr. Auf den Märkten für Erdgas gab es wenig Bewegung, und auch die Preise wichtiger Industriemetalle sind im laufenden Jahr in etwa konstant geblieben. Insgesamt liegen die Rohstoffpreise weiterhin deutlich unter Vorjahresniveau, was weltweit auf die Verbraucherpreise durchschlägt: Im November 2023 ist in den USA die Verbraucherpreisinflation von ihrem Spitzenwert von 9,1% im Juni 2022 auf 3,1% zurückgegangen, im Euroraum von 10,6% im Oktober 2022 auf 2,4%. Stetig zurückgegangen sind aber auch die Inflationsraten ohne die volatilen Komponenten Energie und Nahrungsmittel, in den USA wie im Euroraum zuletzt auf etwa 4%. Der dämpfende Effekt billigerer Rohstoffkosten läuft allerdings in nächster Zeit aus. Die Inflationsraten werden nur dann weiter zurückgehen, wenn auch die vielerorts hohe Lohndynamik an Schwung verliert, was sich für die USA schon seit dem Frühjahr beobachten lässt. Auf den Finanzmärkten wird aus all dem der Schluss gezogen, dass die US-Notenbank (Fed) schon im Frühjahr 2024 beginnen wird, ihren Leitzins zu senken, und auch im Euroraum wird jüngst an den Finanzmärkten eine Lockerung der Geldpolitik schon für das erste Halbjahr 2024 erwartet, wohl auch wegen der schwachen europäischen Konjunktur. Zudem kann darauf verwiesen werden, dass in den vergangenen Monaten schon einige Zentralbanken in Mittelosteuropa (Polen, Ungarn), Lateinamerika (unter anderem in Brasilien) und auch die chinesische Zentralbank ihre Geldpolitik gelockert haben, und dass in Japan der Leitzins weiter bei  $-0,1\%$  liegt. Die Einschätzung an den Finanzmärkten, dass die Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bald wieder unter Kontrolle ist und die Geldpolitik normalisiert werden kann, hat die langfristigen Kapitalmarktzinsen im Lauf des Novembers stark fallen lassen, für zehnjährige US-Staatstitel von knapp 5% (dem höchsten Stand seit dem Jahr 2007) auf 4,2% Anfang Dezember, und zugleich sind die Aktienkurse weltweit gestiegen, der MSCI-Welt-Index um knapp 10%.

Allerdings haben die Fed und die Europäische Zentralbank (EZB) zu verstehen gegeben, dass sie die Erwartungen baldiger Leitzinssenkungen für verfrüht halten. Jedenfalls dürfte die Geldpolitik in den westlichen Volkswirtschaften im kommenden Jahr insgesamt trotz erster Zinssenkungen noch restriktiv bleiben. Leicht restriktiv ist zumeist die Ausrichtung der Finanzpolitik, denn die im Jahr 2022 ergriffenen Maßnahmen gegen den Energiekostenschub fallen im Jahr 2024 zum großen Teil weg, und die in den vergangenen Krisenjahren stark angestiegenen Schuldenstände zwingen vielfach zu vorsichtiger Haushaltsführung. Allerdings zeigt sich für die USA, dass mit der gezielten Förderung von Investitionen in die Halbleiterbranche und in grüne Technologien relativ bescheidene Finanzmittel die Investitionstätigkeit signifikant erhöhen können. In China dürfte die Wirtschaftspolitik im kommenden Jahr moderat expansiv ausgerichtet sein, schon weil der Staat immer dann aushelfen wird, wenn große Immobilienfirmen in Schieflage geraten oder wenn regionalen Gebietskörperschaften ihre Einnahmen aus dem Verkauf von Land wegbrechen.

**Abbildung 2**  
Globale Geschäftslage nach dem Purchasing Manager Index

Indexwert (50 = keine Veränderung)

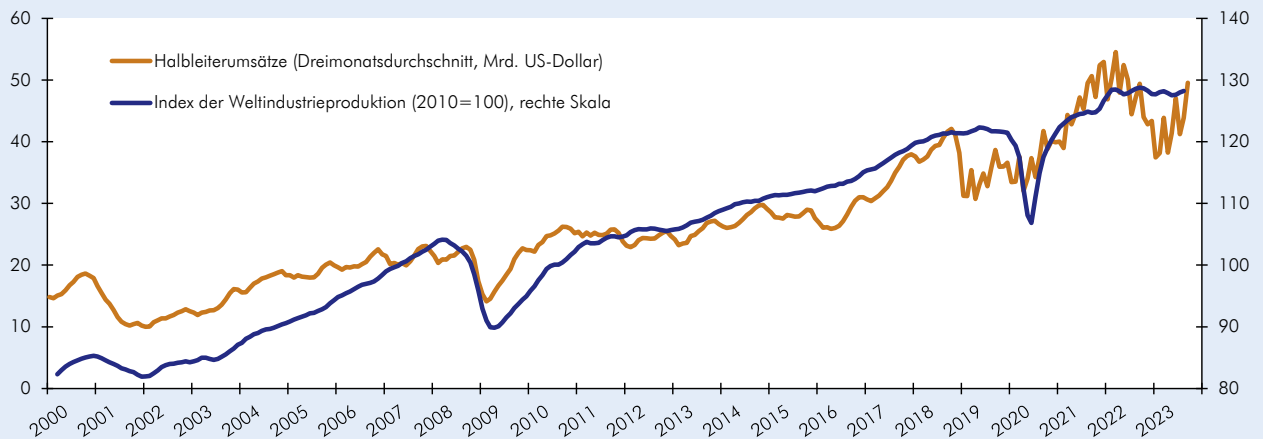


Quelle: S&P Global.

Die alles in allem restriktive Ausrichtung der Wirtschaftspolitik lässt für das Jahr 2024 eine recht schwache internationale Konjunktur erwarten. Für einen Rückgang der weltwirtschaftlichen Expansion im Winterhalbjahr spricht der gesunkene Global Purchasing Indicator (vgl. Abbildung 2). Allerdings werden Konsumnachfrage und Konjunktur in den westlichen Volkswirtschaften durch leicht steigende Reallöhne gestützt. Auch dürfte der Welthandel wieder

etwas anziehen, zumindest, wenn sich die Beeinträchtigungen des Seeverkehrs am Panamakanal und im Roten Meer nicht verschärfen. Darauf deutet der Wiederanstieg der Umsätze im Halbleitergeschäft hin (vgl. Abbildung 3), denn Halbleiter sind wichtige Vorprodukte für das gesamte exportorientierte Verarbeitende Gewerbe. Zusätzliche Chancen auf eine Erholung der Exporte bestehen für China und Japan, denn beide Länder haben in den vergangenen zwei Jahren an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. In der zweiten Jahreshälfte könnte die internationale Konjunktur von wieder etwas günstigeren Finanzierungsbedingungen in den westlichen Volkswirtschaften profitieren.

**Abbildung 3**  
Umsätze der Halbleiterbranche und Weltindustrieproduktion



Quellen: WSTS; CPB.

Insgesamt steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2023 um 2,7%, um im Jahr darauf um 2,3% und im Jahr 2025 um 2,5% zuzulegen (vgl. Tabelle 1). Der Welthandel mit Gütern sinkt dieses Jahr um 1,9%, für das Jahr 2024 wird eine Expansionsrate von 1,8% prognostiziert, für 2025 eine von 2,5%. Die Teuerung wird in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften deutlich sinken, erst im Laufe des Jahres 2025 kommt sie aber in den USA, im Euro-Raum und in Großbritannien wieder in den Bereich der geldpolitischen Zielraten von 2%.

## Risiken

Erhebliche Unsicherheit besteht bei der Einschätzung der Inflationsgefahren in den westlichen Volkswirtschaften: Während die Inflation an den Finanzmärkten schon weitgehend als „besiegt“ gilt, schließen die Zentralbanken nicht aus, dass noch weitere Leitzinsanhebungen notwendig werden. Damit wäre insbesondere zu rechnen, wenn die starke Lohndynamik anhält und nicht durch eine Kompression der Gewinnmargen aufgefangen werden kann. Zwar wird häufig argumentiert, dass die Gewinnmargen während Pandemie und Energiekrise vielfach stark gestiegen sind. Die Gewinne dürften aber allein aufgrund der schwachen Konjunktur stark sinken, und Unternehmen werden versuchen, steigende Lohnkosten auf ihre Kunden zu überwälzen.

Ein weiterer Risikofaktor ergibt sich aus den im Jahr 2023 stark gestiegenen Kapitalmarktzinsen: Auch nach dem jüngsten Rückgang bleibt ein massiver Anstieg gegenüber den Jahren vor der Pandemie. Zugleich ist aber auch der Schuldenstand in vielen Ländern gestiegen, in den USA (in Bruttorechnung) von 109% im Jahr 2019 auf 121% im Jahr 2022, im Euroraum von 84% auf 90%. Die Kosten des Schuldendienstes erhöhen sich zwar nur nach und nach mit dem Auslaufen niedrig verzinsten alter Schuldtitel. Schon jetzt besteht aber das Risiko, dass die öffentliche Hand im Fall eines neuerlichen Krisenausbruchs deutlich weniger finanzpolitischen Spielraum zu dessen Bekämpfung hätte.

Schließlich ergeben sich nach wie vor aus der geopolitischen Lage erhebliche Risiken für die internationale und insbesondere die europäische Konjunktur. Potenziell gefährdet bleibt die Versorgung Europas mit Energie, sei es über Pipelines oder über Transportrouten von Tankern aus dem Nahen Osten. Es gibt aber noch einen allgemeineren Risikofaktor: Im Kaukasus und im Nahen Osten hat sich gezeigt, dass allein die Tatsache des fortgesetzten russischen Kriegs in der Ukraine die Wahrscheinlichkeit eines Ausbruchs von Gewalt in anderen Krisengebieten erhöht.

**Tabelle 1**  
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>				Verbraucherpreise <sup>1</sup>				Arbeitslosenquote <sup>2</sup>			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Europa	27,6	3,2	0,8	1,0	1,6	11,4	7,7	4,5	3,5				
EU 27	18,9	3,5	0,5	0,8	1,8	8,9	6,0	2,5	2,1	6,1	6,0	5,9	5,7
Großbritannien	3,5	4,3	0,6	0,6	1,3	9,1	7,4	3,8	2,5	3,7	4,2	4,7	4,6
Schweiz	0,9	2,7	0,8	1,6	1,7	2,8	2,1	1,8	1,5	5,1	4,1	4,3	4,3
Norwegen	0,7	3,3	0,5	1,1	1,7	5,8	5,3	3,7	3,0	3,3	3,6	3,7	3,6
Russland	2,5	-2,1	2,4	1,6	0,5	13,8	6,0	5,5	5,0				
Türkei	1,0	5,5	4,0	2,5	2,9	72,3	53,0	45,0	30,0				
Amerika	36,8	2,3	2,3	1,6	1,8								
USA	28,9	1,9	2,4	1,7	1,7	8,0	4,2	2,5	2,1	3,6	3,7	4,2	4,1
Kanada	2,4	3,4	1,1	0,8	1,9	6,8	3,9	2,5	2,2	5,3	5,4	6,0	5,8
Lateinamerika <sup>3</sup>	5,6	3,7	2,1	1,6	2,2								
Asien	35,6	3,3	4,7	4,0	3,8								
Japan	4,8	0,9	2,0	0,6	1,0	2,5	3,3	2,5	2,0	2,6	2,6	2,7	2,6
China ohne Hongkong	20,3	3,0	5,5	4,6	4,3								
Südkorea	1,9	2,6	1,3	2,3	2,4	5,1	3,6	2,3	2,1	2,9	2,6	2,7	2,8
Indien	3,8	7,2	7,0	6,4	6,0								
Ostasien ohne China <sup>4</sup>	4,8	4,1	3,3	4,0	3,4								
Insgesamt <sup>5</sup>	100,0	2,9	2,7	2,3	2,5								
fortgeschrittene Volkswirtschaften <sup>6</sup>	63,8	2,5	1,6	1,3	1,7	7,5	4,7	2,6	2,1	4,5	4,5	4,6	4,5
Schwellenländer <sup>7</sup>	36,2	3,5	4,8	4,1	3,8								
nachrichtlich:													
Exportgewicht <sup>8</sup>	–	3,5	1,4	1,5	2,2								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten <sup>9</sup>	–	3,3	3,1	2,7	2,8								
Welthandel <sup>10</sup>	–	3,3	-1,9	1,8	2,5								

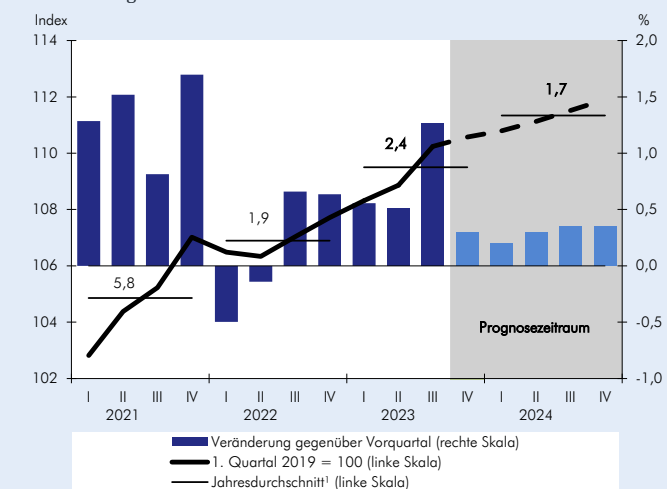
<sup>1</sup> Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar. – <sup>2</sup> Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2022. – <sup>3</sup> Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. – <sup>4</sup> Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). – <sup>5</sup> Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar. – <sup>6</sup> EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – <sup>7</sup> Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – <sup>8</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2022. – <sup>9</sup> Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2022. – <sup>10</sup> Realer Güterhandel. Wert für 2022 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; ab 2023: Prognose des IWH.

### Gute Chancen auf eine sanfte Landung der US-Wirtschaft

In den USA ist die Konjunktur zum Ende des Jahres 2023 weiter in guter Verfassung. Im dritten Quartal expandierte die Produktion mit einer Rate von 1,3% sogar recht kräftig (vgl. Abbildung 4). Die Dynamik kam nicht nur vom privaten Konsum, sondern auch von den Exporten und vom Bau. Dabei nahmen die Wohnungsbauinvestitionen nach neun Quartalen Kontraktion und trotz weiter gestiegener Hypothekenzinsen wieder etwas zu, wohl auch, weil die wieder steigenden Häuserpreise den Wohnungsbau attraktiver gemacht haben. Der Arbeitsmarkt schwächt sich derweil moderat ab: Die Beschäftigung expandiert etwas langsamer, die Arbeitslosenquote ist leicht auf 3,9% gestiegen, und die Lohndynamik schwächt sich weiter ab. Zuletzt lagen die Stundenlöhne aber immer noch etwa 4% über Vorjahresniveau. Die Verbraucherpreisinflation ist im Herbst überraschend deutlich auf 3,1% gesunken. Derzeit kommt die Teuerung vor allem von den Kosten des Wohnens, aber auch hier lässt die Dynamik seit dem Sommer langsam nach. An den Finanzmärkten

**Abbildung 4**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA  
saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

werden Leitzinssenkungen schon für das kommende Frühjahr erwartet, auch wenn die Fed solche Erwartungen für verfrüht hält. Jedenfalls sind im November die Kapitalmarktzinsen deutlich gesunken und die Aktienkurse gestiegen. Die Finanzpolitik ist im Jahr 2024 in etwa neutral ausgerichtet. Die Subventionen für Investitionen in die Halbleiterindustrie und grüne Technologien fließen zwar weiter, ein zusätzlicher Impuls wird von ihnen aber wohl nicht ausgehen. Für das Schlussquartal 2023 ergeben Nowcasting-Modelle eine schwächere, aber immer noch deutliche Expansion der Aktivität.

Die Aussichten für den weiteren Konjunkturverlauf sind trotz der jüngsten Aufhellung vonseiten der Finanzmärkte durch die auch in realer Rechnung recht hohen Zinsen eingetrübt. Die US-Wirtschaft kommt allerdings schon lange

Zeit überraschend gut mit den restriktiven geldpolitischen Rahmenbedingungen zurecht. So war der Mittelwert der Consensus Forecast-Prognosen für den Produktionszuwachs des Jahres 2023 im Dezember 2022 0,2%, mittlerweile sind sie auf 2,4% gestiegen. Allerdings wurde die Konjunktur im abgelaufenen Jahr dadurch gestützt, dass die privaten Haushalte bei ihren Ausgaben auf Ersparnisse zurückgreifen konnten, die sich während der Pandemie angesammelt hatten. Dieser Effekt wird in den kommenden Quartalen auslaufen. Auch die Arbeitsmärkte werden sich nicht mehr so günstig darstellen wie im Jahr 2023. Eine Abschwächung der Konjunktur ist aber auch erforderlich, damit die Inflation in die Nähe des geldpolitischen Zielbereichs kommt und die Zentralbank beginnen kann, die Zinsen wie an den Finanzmärkten erwartet tatsächlich zu senken.

Während die Wohnungsbauinvestitionen in den kommenden Quartalen zinsbedingt noch schwach bleiben werden, dürften die Unternehmen ihre Investitionen wohl deutlich ausweiten, um den technischen Fortschritt im digitalen Bereich wie auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz schnell implementieren zu können. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 um 1,7% zulegen, nach 2,4% im Jahr 2023 (vgl. Tabelle 2). Für das Jahr 2025 beinhaltet die vorliegende Prognose ebenfalls eine Zuwachsrate von 1,7%.

## Stagnation im Euroraum

Die konjunkturelle Dynamik im Euroraum ist in den vergangenen Quartalen zum Erliegen gekommen. Im dritten Quartal nahm die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal leicht ab, im Vergleich zum Vorjahresquartal stagnierte sie. Die konjunkturelle Schwäche ist breit angelegt. Die privaten Konsumausgaben, die Haupttreiber der Erholung nach dem Ende der Pandemie waren, wurden weiterhin gedämpft durch gesunkene Realeinkommen und waren zuletzt im Vorjahresvergleich rückläufig. Die private Investitionstätigkeit stagnierte infolge gestiegener Finanzierungskosten und Kreditvergabestandards auf Jahressicht. Schließlich waren vor dem Hintergrund einer schwachen Weltkonjunktur auch die Exporte in allen Quartalen des Jahres rückläufig. Weil die Importe infolge einer schwachen Nachfrage stärker zurückgingen, ergab sich im dritten Quartal dennoch ein positiver Beitrag des Außenhandels zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Die konjunkturelle Schwäche ist auch geografisch betrachtet breit angelegt. Nahezu überall hat sich die wirtschaftliche Dynamik im Verlauf des Jahres verlangsamt. In den beiden größten Volkswirtschaften, Deutschland und Frankreich, sank die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal. In Italien, der drittgrößten, stagnierte sie.

Die Verbraucherpreisinflation ist im Verlauf des Jahres deutlich gesunken, im Herbst nochmals beschleunigt. Die Inflationsrate ging von 8,6% im Januar auf 2,4% im November zurück. Die jüngste Dynamik geht vor allem auf einen kräftigen Rückgang der Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel) zurück, die in den drei Monaten bis November um knapp 2 Prozentpunkte auf 3,6% sank. Die Energiepreise hingegen dämpften die Teuerung nahezu das

**Tabelle 2**  
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2022	2023	2024	2025
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,4	1,7	1,7
privater Konsum	2,5	2,4	1,9	1,4
Staatskonsum und -investitionen	-0,9	3,8	1,4	2,5
private Bruttoanlageinvestitionen	4,8	0,3	1,4	2,8
Vorratsveränderungen <sup>1</sup>	0,6	-0,4	0,0	0,0
inländische Verwendung	2,3	2,0	1,7	1,7
Exporte	7,0	2,8	2,2	1,8
Importe	8,6	-1,3	1,4	1,7
Außenbeitrag <sup>1</sup>	-0,5	0,5	0,2	0,0
Verbraucherpreise	8,0	4,1	2,7	2,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo <sup>2</sup>	-4,0	-7,5	-6,5	-6,5
Leistungsbilanzsaldo	-3,8	-3,5	-3,3	-3,2
Arbeitslosenquote	3,6	3,6	4,3	4,2

<sup>1</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>2</sup> Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWF; 2023 bis 2025: Prognose des IWF.



gesamte Jahr. Insbesondere aufgrund ihrer unterschiedlichen Auswirkungen auf die Inflation im vergangenen Jahr und damit verbundenen Basiseffekten ist die Spannbreite der Inflationsraten der Mitgliedsländer im historischen Vergleich weiterhin hoch. Sie reichte im November von  $-0,7\%$  in Belgien bis  $6,9\%$  in der Slowakei.

Ungeachtet der konjunkturellen Schwäche präsentiert sich der Arbeitsmarkt in einer weiterhin guten Verfassung. Während die Wirtschaftsleistung auf Jahressicht zuletzt stagnierte, nahm die Beschäftigung um  $1,3\%$  zu. Im Vergleich zum Vorpandemieniveau beträgt der Zuwachs knapp 6 Millionen Stellen ( $3,5\%$ ). Besonders kräftig war der Beschäftigungsaufbau mit knapp  $8\%$  in der Bauwirtschaft, die in einem besonderen Maße von Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität der Europäischen Kommission profitiert. Die Arbeitslosenquote liegt nahezu überall auf oder nahe dem jeweiligen historischen Tief. Im gesamten Währungsgebiet lag sie das gesamte Jahr nahezu konstant bei  $6,5\%$ . Die Löhne stiegen zuletzt um knapp  $5\%$  und damit wieder stärker als das allgemeine Preisniveau.

### Restriktive Geldpolitik im Euroraum

Im Laufe des Jahres 2023 haben sich die monetären Bedingungen im Euroraum infolge der geldpolitischen Straffung verschlechtert. Die EZB hob ihre Leitzinsen auf ein seit Anfang der 2000er Jahre nicht mehr gekanntes Niveau an. Dies erfolgte im Rahmen des Mandats der Zentralbank zur Bekämpfung der steigenden Inflationsrate, die durch die Energiekosten angetrieben wurde und erst nach dem Sommer nachließ. Umfragen unter Experten und Finanzmarkterwartungen deuten darauf hin, dass das Inflationsziel von  $2\%$  bis zum Jahr 2025 erreicht werden könnte, was die EZB dazu veranlasst hat, weitere Zinserhöhungen auf der letzten Sitzung im Oktober sowie (mit großer Wahrscheinlichkeit) auf der Sitzung im Dezember auszusetzen. Dies steht im Einklang mit allen großen Zentralbanken der übrigen Welt, da sich die globale Inflation verlangsamt.

Die Zinssätze sind in Schritten von  $0,25$  Prozentpunkten gestiegen, von  $2,5\%$  Ende 2022 auf derzeit  $4,5\%$  für den Hauptrefinanzierungssatz. Die anderen Leitzinssätze liegen jetzt bei  $4,75\%$  für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und  $4\%$  für die Einlagefazilität. Gleichzeitig werden die Tilgungszahlungen aus fällig werdenden Wertpapieren im Rahmen des Asset Purchase Program (APP) nicht mehr reinvestiert, was zu einem vorhersehbaren Rückgang führt. Das spezielle Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP) bleibt unangetastet, und die Kapitalzahlungen aus fälligen Wertpapieren sollen nun bis mindestens Ende 2024 reinvestiert werden.

Die Straffung der Geldpolitik spiegelt sich im Anstieg der Renditen für Staatsanleihen des Euroraums (AAA – 10 Jahre) wider, welche im letzten Quartal über  $2,3\%$  lagen, ein Wert, der seit Anfang 2012 nicht erreicht worden war.

Die Finanzierungsbedingungen haben sich sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen verschlechtert. Ein Blick auf die detaillierte Zusammensetzung der Kredite zeigt, dass die Zinsen sowohl für neue Verbraucherkredite (über  $8,5\%$ ) als auch für Wohnungsbaukredite (über  $4\%$ ) und neue Kredite an Nicht-Finanzunternehmen (über  $4\%$ ) stark gestiegen sind.

Das Bild wird durch die Analyse der Umfragen zur Kreditvergabe der Banken vervollständigt. Demnach haben die Banken ihre Kreditvergabestandards aufgrund der hohen Risikowahrnehmung und der Unsicherheit über die künftige Entwicklung von Wirtschaft und Geldpolitik weiter verschärft. Dabei haben die Verringerung der geldpolitischen Aktiva der EZB und das Auslaufen der gezielten längerfristigen Finanzierungsgeschäfte zu einer Verschärfung der Kreditvergabebedingungen beigetragen. Das geringe Verbrauchervertrauen, die schwache Konjunktur und die hohen Zinssätze haben zum Rückgang der Kreditnachfrage sowohl von Verbrauchern als auch von Unternehmen beigetragen.

### Leicht restriktive Ausrichtung der Finanzpolitik im Euroraum

Im Jahr 2023 dürfte das zusammengefasste Defizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum mit  $3,1\%$  etwas geringer ausfallen als im Jahr 2022. Zum einen nahm aufgrund der starken Energiepreisrückgänge das Volumen der Entlastungen privater Haushalte und Unternehmen von den hohen Energiekosten ab, zum anderen profitierten die Staatshaushalte von der hohen Inflation, die Einnahmen aus indirekten Steuern und progressiven Einkommensteuern deutlich steigen ließ.

Im Jahr 2024 wird die Inflation deutlich niedriger sein, und der Schuldendienst wächst infolge der höheren Kapitalmarktinzinsen. Davon ist der italienische Staatshaushalt wegen der hohen Schuldenquote des Landes besonders betroffen.

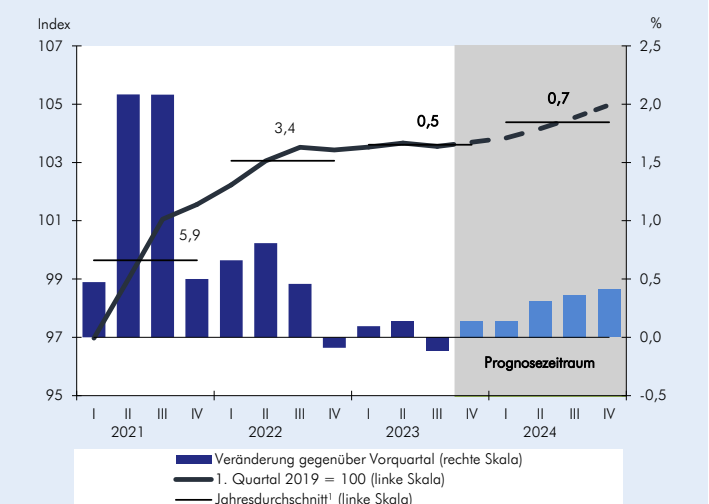
Das Staatsdefizit Italiens dürfte aufgrund von Konsolidierungsmaßnahmen (etwa der Streichung des „Superbonus“-Förderprogramms) trotzdem sinken. Allerdings gelten im Jahr 2024 wieder die EU-Schuldenregeln, und nach diesen müsste in Italien noch viel drastischer konsolidiert werden. Zurzeit wird über eine Reform der Schuldenregeln verhandelt. Der Vorschlag der Kommission enthält als zentrale Größe für eine Beurteilung der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik den Pfad der öffentlichen Ausgaben ohne Schuldendienst zuzüglich diskretionärer Veränderungen auf der Einnahmenseite. Nach Auffassung der Kommission zeichnet sich diese Größe dadurch aus, dass sie wirtschaftspolitisch unmittelbarer kontrolliert werden kann als etwa das strukturelle Defizit. Sie ersetzt in der Herbstprognose der Kommission die prognostizierte Veränderung des strukturellen Defizits als Maß für die finanzpolitische Ausrichtung (*fiscal stance*) in der EU.<sup>1</sup> Danach ist die Finanzpolitik in der EU im Jahr 2024 mit einem gesamtwirtschaftlichen Impuls von  $-0,4\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt moderat restriktiv ausgerichtet, was in etwa auch dem alten Maßstab entspricht. Für einzelne Mitgliedsstaaten und den Euroraum gibt die Kommission allerdings keine quantitative Einschätzung über die finanzpolitische Ausrichtung ab. Legt man den konjunkturbereinigten Primärsaldo der zusammengefassten öffentlichen Haushalte zugrunde, dürfte die Finanzpolitik im Euroraum im Jahr 2024 wie schon im Jahr 2023 leicht restriktiv ausgerichtet sein. Alles in allem wird sich das zusammengefasste Defizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum im Jahr 2024 nach vorliegender Prognose auf etwa  $2,7\%$  verringern.

## Ausblick

Sowohl umfragebasierte als auch realwirtschaftliche Indikatoren deuten derzeit auf keine nennenswerte konjunkturelle Belebung hin. So scheinen der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission und der Einkaufsmanagerindex von S&P Global (Gesamtwirtschaft) zwar jüngst ihre Talsohle durchschritten zu haben. Sie liegen aber beide in dem Bereich, der eine Kontraktion anzeigt. Die Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe scheint sich auch im laufenden Quartal fortzusetzen. Überdurchschnittlich hohe Ersparnisse der privaten Haushalte deuten auf eine nach wie vor hohe Unsicherheit und eine gedämpfte Konsumbereitschaft hin. Eine weiter sinkende Kreditvergabe spricht derzeit nicht für eine nennenswerte Ausweitung der Investitionen privater Unternehmen oder für größere Anschaffungen der privaten Haushalte.

Damit dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winterhalbjahr nur unwesentlich zunehmen. Erst ab dem Frühjahr kommenden Jahres dürfte sie wieder an Fahrt gewinnen (vgl. Abbildung 5). Die Belebung wird getragen vom privaten Konsum, der von stetig steigenden Realeinkommen profitiert. Die dauerhaft niedrigeren Inflationsraten dürften zudem die Unsicherheit der Konsumenten reduzieren und sie veranlassen, die zuvor gebildeten Ersparnisse wieder abzubauen. Zusätzliche Impulse sind von einer Belebung der Weltkonjunktur und des Welthandels zu erwarten. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2023 um  $0,5\%$  und in den darauffolgenden Jahren um  $0,7\%$  und  $1,6\%$  zunehmen (vgl. Tabelle 3).

**Abbildung 5**  
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum  
saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

<sup>1</sup> Vgl. *European Commission: European Economic Forecast, Autumn 2023*, Institutional Paper 258. Brussels, November 2023, 48 und *Carnot, N.; de Castro, F.: The Discretionary Fiscal Effort: an Assessment of Fiscal Policy and its Output Effect European Economy*, Economic Papers 543. Brussels, February 2015.

Der Rückgang der Kerninflationsrate dürfte sich in den kommenden Monaten deutlich verlangsamen, da sich die gestiegenen Lohnkosten verstärkt in den Verbraucherpreisen widerspiegeln werden. Da gleichzeitig die dämpfenden Effekte der niedrigeren Energiepreise allmählich nachlassen, könnte die Gesamtinflation zu Beginn des kommenden Jahres wieder etwas steigen. Im Durchschnitt des gesamten Jahres 2024 dürfte sie in etwa auf dem Niveau von Ende 2023 bleiben und somit von 5,4% in diesem Jahr auf 2,4% zurückgehen. Danach wird sie bis zum Ende des Prognosezeitraums auf einem Niveau verharren, welches dem geldpolitischen Ziel der EZB entspricht.

Die konjunkturelle Schwächephase wird am Arbeitsmarkt weitestgehend unbemerkt bleiben. Die laut Umfragen gesunkenen Einstellungsabsichten von Unternehmen dürften sich in einem zunächst deutlich langsameren Beschäftigungsaufbau widerspiegeln, der erst im Zuge einer kräftigeren Erholung wieder anzieht. Die Arbeitslosenquote dürfte vor diesem Hintergrund zunächst weitestgehend konstant bleiben und erst ab Ende des kommenden Jahres wieder sinken. Nach durchschnittlich 6,5% und 6,4% in den Jahren 2023 und 2024 sinkt sie 2025 auf 6,1%.

**Tabelle 3****Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

	2022	2023	2024	2025
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	3,4	0,5	0,7	1,6
privater Konsum	4,2	0,5	1,1	1,6
öffentlicher Konsum	1,6	0,1	0,9	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	0,8	0,5	2,1
inländische Verwendung	3,5	0,5	0,9	1,6
Exporte <sup>1</sup>	7,1	-0,6	1,1	4,8
Importe <sup>1</sup>	7,8	-1,2	1,6	4,8
Außenbeitrag <sup>2</sup>	0,0	0,3	-0,2	0,1
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	8,4	5,4	2,4	2,0
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo <sup>4</sup>	-3,6	-3,1	-2,7	-2,5
Leistungsbilanzsaldo	-0,7	1,9	2,9	3,0
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote <sup>5</sup>	6,7	6,5	6,4	6,1

<sup>1</sup> Einschließlich Intrahandel. – <sup>2</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>3</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>4</sup> Gesamtstaatlich. – <sup>5</sup> Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des IWH; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

### Produktion in Großbritannien stagniert

In Großbritannien hat das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal stagniert, wobei sowohl Investitionen als auch privater Konsum gesunken sind. Schon seit Sommer 2022 nimmt die Produktion kaum zu, und Kurzfristprognosen deuten auf eine Fortsetzung der stagnativen Phase im kommenden Winter hin. Wichtige Gründe für die Schwäche sind ein schon seit der Finanzkrise geringes Produktivitätswachstum sowie ein Rückgang der Realeinkommen im Jahr 2022 und in der ersten Hälfte des Jahres 2023 aufgrund der von den Energiepreisen befeuerten hohen Inflation. In diesem Jahr hat der Energiepreiserückgang die Verbraucherpreisinflation wieder sinken lassen, von ihrem Spitzenwert von 11,1% vor einem Jahr auf 4,6% im Oktober. Die Kernrate (für Produkte ohne Energie und saisonale Nahrungsmittel) liegt allerdings mit 6,4% noch deutlich höher. Die Bank von England erwartet, dass die Inflation zwar weiter sinkt, aber Ende 2024 noch bei reichlich 3% liegen und erst Ende 2025 den Zielwert von 2% erreichen wird. Unter diesen Bedingungen dürfte es erst gegen Ende 2024 zu ersten Leitzinssenkungen kommen, eine Erhöhung über den gegenwärtigen Stand von 5,25% hinaus wird an den Finanzmärkten allerdings nicht erwartet. Somit dürfte der Realzins in Großbritannien im kommenden Jahr bei etwa 2% und damit deutlich höher als im Euroraum liegen. Auch deshalb ist ein Aufschwung nicht zu erwarten, zumal die Finanzpolitik ihren Konsolidierungskurs fortsetzen will: Deutliche Einschnitte auf der Ausgabenseite überwiegen die im November verkündeten Steuersenkungen. Was die Nachfrage stützt, sind die seit diesem Herbst wohl wieder steigenden Reallöhne, denn nominal hat die Lohndynamik zuletzt auf 8% per annum angezogen. Hintergrund ist ein trotz schwacher Konjunktur in vielen Bereichen eklatanter Mangel an Arbeitskräften. Allerdings ist eine Einschätzung der Lage am Arbeitsmarkt derzeit schwierig, denn das britische Statistikamt hat seinen Labour Force Survey wegen eines drastisch gesunkenen Rücklaufs im Sommer vorübergehend eingestellt, sodass keine aktuellen Daten zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vorliegen. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 0,6% expandiert haben, für das Jahr 2024 ist ebenfalls mit einem Zuwachs von 0,6% zu rechnen.

### Aussichten auf eine leichte Belebung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU

Das Jahr 2023 war auch für die Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union schwierig. Das für die Ländergruppe besonders wichtige Verarbeitende Gewerbe litt unter einer schwachen Auslandsnachfrage. Noch mehr ins Gewicht fiel, dass der russische Krieg gegen die Ukraine schon im Jahr 2022 die Preise für

Energie und Nahrungsmittel hatte sprunghaft steigen lassen. Weil diese Güter in der Region einen besonders hohen Anteil am Haushaltsbudget haben, stieg die schon zuvor recht hohe Inflation besonders stark. Zu Beginn des Jahres 2023 lag die Inflationsrate für die Verbraucherpreise in Polen bei 17%, in Tschechien bei 19% und in Ungarn bei 26%. Wo die Reallöhne besonders deutlich zurückgingen, etwa in Estland, Tschechien und Ungarn, gingen Konsum und Produktion im ersten Halbjahr 2023 zurück. Mittlerweile ist die Preisdynamik aber überall in der Region wieder rückläufig, und die Binnennachfrage ist vielfach, etwa in Polen und Ungarn, etwas kräftiger. In diesen beiden Ländern wurde die in Reaktion auf den Preisschub überall gestraffte Geldpolitik im Herbst wieder etwas gelockert. Der polnische Leitzins liegt mit 5¾% gegenwärtig im Bereich der allgemein für das Jahr 2024 erwarteten Inflation, in Tschechien und Ungarn liegt er hingegen deutlich darüber. Die Finanzpolitik wird in der Region im kommenden Jahr zumeist restriktiv ausgerichtet sein. In einigen Ländern laufen Maßnahmen zur Abfederung der Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln aus, und der Umfang EU-finanzierter öffentlicher Investitionsprojekte dürfte zurückgehen, weil Gelder aus der Programmperiode 2014 bis 2020 im Jahr 2023 letztmalig zur Verfügung stehen. Was die Konjunktur weiter stützen wird, sind die robusten Arbeitsmärkte; so ist die Arbeitslosigkeit zuletzt trotz schwacher Konjunktur nicht nennenswert gestiegen. Zudem ist damit zu rechnen, dass im Verlauf des Jahres 2024 die Auslandsnachfrage nach Industriegütern wieder etwas anzieht. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union im Jahr 2023 um 0,5% und im Jahr 2024 um 1,9% steigen (vgl. Tabelle 4).

**Tabelle 4****Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>				Verbraucherpreise <sup>2</sup>				Arbeitslosenquote <sup>3</sup>			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Deutschland	24,4	1,9	-0,1	0,6	1,3	8,6	6,2	2,8	1,9	3,1	3,0	3,0	2,9
Frankreich	16,6	2,5	0,8	0,7	1,6	5,9	5,7	2,3	2,1	7,3	7,3	7,3	7,2
Italien	12,0	3,9	0,7	0,4	1,0	8,7	5,9	1,8	2,1	8,1	7,7	7,4	7,3
Spanien	8,5	5,8	2,4	1,5	2,6	8,3	3,4	2,9	2,2	12,9	12,2	11,8	10,8
Niederlande	6,0	4,4	0,2	0,8	1,7	11,6	4,1	1,6	1,8	3,5	3,5	3,4	3,2
Belgien	3,5	3,0	1,4	0,8	1,2	10,3	2,2	2,2	2,0	5,6	5,4	5,1	5,0
Irland	3,2	9,6	-1,6	1,4	2,8	8,1	5,1	2,8	2,5	4,5	4,3	4,3	4,1
Österreich	2,8	4,8	-0,7	0,1	1,7	8,6	7,7	3,1	2,4	4,8	5,2	5,6	5,5
Finnland	1,7	1,6	-0,4	0,2	1,5	7,2	4,3	1,3	1,8	6,8	7,2	7,6	7,6
Portugal	1,5	6,8	2,2	1,0	2,1	8,1	5,3	2,2	2,1	6,2	6,5	6,3	6,1
Griechenland	1,3	5,7	2,1	1,4	1,8	9,3	4,2	2,6	2,1	12,5	11,0	9,7	8,9
Slowakei	0,7	1,8	1,0	1,5	3,0	12,1	11,0	3,5	2,3	6,2	5,9	5,7	5,4
Luxemburg	0,5	1,4	-0,6	1,4	2,3	8,1	2,9	3,4	2,5	4,6	5,2	5,4	5,4
Kroatien	0,4	6,4	2,4	1,9	3,0	10,7	8,4	3,3	2,4	6,7	6,3	5,2	4,4
Litauen	0,4	2,5	-0,1	2,0	2,8	18,8	8,7	2,4	2,7	5,9	6,6	6,5	6,3
Slowenien	0,4	2,9	1,5	1,7	2,7	9,3	7,3	4,1	2,9	4,0	3,7	3,6	3,6
Lettland	0,2	3,5	-0,3	1,8	3,0	17,1	9,0	0,0	1,9	6,9	6,4	6,4	6,2
Estland	0,2	-0,5	-3,1	1,4	2,8	19,4	9,1	2,7	1,9	5,6	6,5	6,7	6,4
Zypern	0,2	5,1	2,4	2,0	3,2	8,1	4,0	2,4	2,2	6,8	6,1	5,5	5,3
Malta	0,1	8,2	6,1	3,3	3,5	6,1	5,6	2,6	2,0	2,9	2,6	2,3	2,2
Euroraum insgesamt	84,8	3,5	0,5	0,7	1,6	8,4	5,4	2,4	2,0	6,7	6,5	6,4	6,1
Euroraum ohne Deutschland	60,3	4,1	0,8	0,9	1,8	8,4	5,1	2,3	2,1	8,0	7,8	7,6	7,2
Polen	4,1	5,5	0,5	2,4	3,5	13,2	10,6	2,8	2,5	2,9	2,8	3,0	3,0
Schweden	3,5	3,0	-0,3	0,5	2,1	8,0	5,8	1,9	2,0	7,5	7,6	8,0	8,0
Dänemark	2,4	2,7	1,0	0,2	1,4	8,5	3,4	1,3	2,0	4,5	4,8	4,8	4,9
Rumänien	1,8	4,6	1,7	2,1	3,7	12,0	9,8	6,7	5,0	5,6	5,5	5,5	5,4
Tschechien	1,7	2,4	-0,5	0,8	2,5	14,8	12,0	3,0	2,4	2,4	2,6	2,9	2,9
Ungarn	1,1	4,6	-0,6	2,1	3,1	15,2	17,0	2,8	2,9	3,6	3,9	3,9	3,7
Bulgarien	0,5	4,2	1,8	1,7	3,3	13,0	8,6	3,2	2,2	4,3	4,3	4,0	3,4
MOE-Länder <sup>4</sup>	11,7	4,2	0,5	1,9	3,2	13,6	10,9	3,5	2,9	4,0	4,0	4,0	3,9
EU 27 <sup>5</sup>	100,0	3,5	0,5	0,8	1,8	8,9	6,0	2,5	2,1	6,1	6,0	5,9	5,7

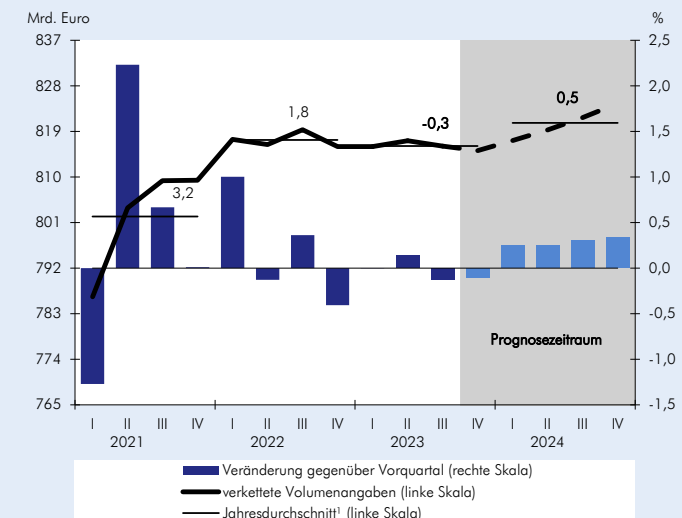
<sup>1</sup> Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. – <sup>2</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>3</sup> Standardisiert. – <sup>4</sup> Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien. – <sup>5</sup> Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2022.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; ab 2023: Prognose des IWH.

## Deutsche Wirtschaft: Abschwung und Unsicherheit bleiben im Winter

Zum Jahresende 2023 ist die deutsche Wirtschaft weiter im Abschwung. Im dritten Quartal ist die Produktion leicht (um 0,1%) gesunken, in der Tendenz abwärts gerichtet ist sie schon seit einem Jahr (vgl. Abbildung 6 und Tabelle 5). Das Bruttoinlandsprodukt ist in realer Rechnung kaum höher als vor Ausbruch der Pandemie und damit 4% unter dem in der Mittelfristprojektion des IWH vom Dezember 2019 für das Jahr 2023 prognostizierten Niveaus.<sup>2</sup> Dass die deutsche Wirtschaft nach Ende der Pandemie nicht wieder auf ihren Wachstumspfad zurückgekehrt ist, hat mehrere Ursachen, von denen einige strukturell sind: Wichtige Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes haben an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, insbesondere die Automobilindustrie im Zuge des Umstiegs von Verbrennern auf Elektromotoren und die Chemiebranche aufgrund der höheren Energiepreise in Europa. Dazu kommt als konjunktureller Faktor, dass die Nachfrage nach Industriegütern zurzeit schwach ist, insbesondere in den für deutsche Unternehmen wichtigen Absatzmärkten Europa und China. Zudem ist die Inflation in Deutschland immer noch hoch, und in realer Rechnung sind die Einkommen längere Zeit über zurückgegangen. Die zur Stabilisierung des Preisniveaus erfolgte geldpolitische Straffung hat die zuvor außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen verschlechtert, was insbesondere die Bauwirtschaft belastet. Allerdings haben recht kräftige Lohnsteigerungen und eine rückläufige Preisdynamik die Kaufkraft der privaten Haushalte zuletzt wieder etwas steigen lassen.

**Abbildung 6**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Tabelle 5**

### Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung<sup>1</sup>

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,5	-0,3	1,4	-1,1	-0,8	0,2	-0,3	0,3	0,6	0,2	0,2	0,2
öffentlicher Konsum	1,1	0,4	-1,4	-0,1	-1,4	-0,4	0,2	0,3	-0,4	0,8	0,3	0,3
Bauten	3,3	-3,9	-0,6	-2,0	2,7	-0,9	0,4	-1,6	-0,9	-0,5	0,3	0,5
Ausrüstungen	1,9	1,6	4,2	-1,5	2,1	0,7	1,1	-1,6	-0,6	0,4	1,0	1,0
sonstige Anlagen	-0,6	0,3	0,1	0,8	-1,6	0,0	0,3	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen <sup>2</sup>	0,2	0,8	0,2	0,1	-0,6	0,7	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,2	0,5	0,8	-0,7	-1,0	0,7	-0,4	-0,1	0,1	0,3	0,3	0,3
Außenbeitrag <sup>2</sup>	-0,1	-0,6	-0,5	0,3	1,0	-0,5	0,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
Exporte	-0,1	0,9	1,0	-1,1	-0,2	-0,9	-0,8	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7
Importe	0,0	2,3	2,1	-1,8	-2,2	0,1	-1,3	0,5	0,6	0,8	0,8	0,7
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-0,1	0,4	-0,4	0,0	0,1	-0,1	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,3

<sup>1</sup> Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – <sup>2</sup> Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Aber seit dem Verfassungsurteil vom 15. November muss sich die Wirtschaft für das kommende Jahr auf neue Belastungen einstellen. Denn dem Bund ist es nun verwehrt, einen Teil seiner für das Jahr 2024 geplanten Ausgaben den Sondervermögen des Klima- und Transformationsfonds und des Wirtschaftsstabilisierungsfonds Energie zuzurechnen und auf diese Weise die auf den Bundshaushalt bezogene Schuldenbremse in den kommenden Jahren einzuhalten. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass deshalb im Jahr 2024 ursprünglich geplante Ausgaben in

<sup>2</sup> Vgl. Drygalla, A. u. a.: Sinkendes Potenzialwachstum in Deutschland, beschleunigter Braunkohleausstieg und Klimapakete: Finanzpolitische Konsequenzen für die Jahre bis 2024, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 7 (4), 2019.

Höhe von etwa 25 Mrd. Euro (größtenteils Subventionen oder Transfers an private Haushalte und Unternehmen) nicht getätigt werden können. Simulationen mit dem finanzpolitischen Simulationsmodell des IWH ergeben, dass das Bruttoinlandsprodukt damit um reichlich ein halbes Prozent niedriger ausfällt als ohne den Entscheid (vgl. Kasten 1). Zudem werden Unternehmen und Haushalte verunsichert, und zwar nicht nur die prospektiven Empfänger von Ausgabenprogrammen, welche nun in Frage stehen. Denn für ganz Deutschland ist erst einmal offen, welche finanzpolitischen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren zu erwarten sind.

### Kasten 1

#### Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 15. November 2023

Der Bundeshaushalt besteht aus dem Kernhaushalt und Extrahaushalten. Seit dem Jahr 2020 wurden mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF-Corona) und dem Sondervermögen Bundeswehr zwei umfangreiche Sondervermögen geschaffen, sodass zu den Extrahaushalten nun insgesamt 29 Sondervermögen zählen. Außerdem wurden dem bereits im Jahr 2011 gegründeten Klima- und Transformationsfonds (KTF, zuvor Energie- und Klimafonds) im Jahr 2021 60 Mrd. Euro an Kreditermächtigungen zugeführt, die eigentlich für Corona-Maßnahmen vorgesehen und mit einer Notlage durch die Corona-Pandemie begründet wurden. Dadurch hat der Bund in erheblichem Umfang Einnahmen und Ausgaben aus dem Kernhaushalt des Bundes in Extrahaushalte verlagert.

Zudem hat der Bund mit dem Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 das Verfahren zur Anrechnung von Krediten, die für die Finanzierung von Sondervermögen aufgenommen werden, dahingehend geändert, dass der sich aus der Zuführung von Bundesmitteln an ein Sondervermögen ergebende Kreditbetrag, nicht aber die tatsächliche Kreditaufnahme für die Schuldenbremse relevant ist.<sup>K1.1</sup> Damit können die Sondervermögen Ausgaben auch in den Jahren nach Zuführung der Mittel durch den Bund tätigen, ohne dass dadurch die Nettokreditaufnahme steigt. So verzeichneten die Sondervermögen des Bundes insbesondere im Jahr 2021, als die ursprünglich für Corona-bedingte Mehrausgaben vorgesehenen, aber nicht abgerufenen 60 Mrd. Euro auf den Klima- und Transformationsfonds übertragen wurden, hohe Einnahmeüberschüsse. Der Kernhaushalt des Bundes hingegen wies einen stark negativen Finanzierungssaldo auf (vgl. Tabelle K1.1). Die Ausgaben der Extrahaushalte haben sich insgesamt von 85 Mrd. € im Jahr 2019 bis zum Jahr 2022 fast verdoppelt.

**Tabelle K1.1**

#### Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Kernhaushalts und der Extrahaushalte des Bundes

in Mrd. Euro bzw. in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %

		2017	2018	2019	2020	2021	2022
Einnahmen	Kernhaushalt (Mrd. Euro)	330,4	347,6	356,5	311,1	341,0	364,7
	Extrahaushalte (Mrd. Euro)	93,4	83,5	86,9	105,4	208,7	116,8
	Insgesamt (Mrd. Euro)	400,2	402,4	417,0	380,2	436,8	464,6
Ausgaben	Kernhaushalt (Mrd. Euro)	325,4	336,7	343,2	441,8	556,6	480,7
	Extrahaushalte (Mrd. Euro)	67,8	78,8	84,9	104,0	124,8	150,8
	Insgesamt (Mrd. Euro)	369,6	386,8	401,7	509,6	568,5	614,6
Finanzierungssaldo	Kernhaushalt (Mrd. Euro)	5,0	10,9	13,3	-130,7	-215,6	-116,0
	Extrahaushalte (Mrd. Euro)	25,6	4,7	2,1	1,4	83,9	-33,9
	Insgesamt (Mrd. Euro)	30,6	15,6	15,4	-129,3	-131,7	-150,0
	In Relation zum BIP in %	0,9	0,5	0,4	-3,8	-3,6	-3,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2023): *Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts*.

Mit seinem Urteil vom 15. November 2023 hat das Bundesverfassungsgericht den zweiten Nachtragshaushalt 2021, in dessen Rahmen dem KTF die 60 Milliarden Euro nicht genutzter Mittel zur Abfederung der gesamtwirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zugeführt wurden und nun für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden sollten, für nichtig erklärt.

<sup>K1.1</sup> Vgl. *Bundesrechnungshof: Bericht nach §88 Absatz 2 BHO* an das Bundesministerium der Finanzen über die Sondervermögen des Bundes und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Haushaltstransparenz sowie die Funktionsfähigkeit der Schuldenregel, Bonn 2023.

Begründet wurde das Urteil damit, dass kein ausreichender Zusammenhang zwischen den mit den umgewidmeten Mitteln geplanten Ausgaben und der Corona-Notlage besteht, die zeitliche Entkoppelung der Feststellung einer Notlage und dem tatsächlichen Einsatz der Mittel den Haushaltsgrundsätzen der Jährlichkeit und Jährigkeit<sup>K1.2</sup> widerspricht und dass das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 erst nach Ablauf des Haushaltsjahres verabschiedet wurde. In der Konsequenz reduzierten sich die Rücklagen des KTF um 60 Milliarden Euro. Infolge des Urteils hat die Bundesregierung für den KTF eine Ausgaben Sperre verhängt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sämtliche Ausgaben des KTF gestoppt werden, weil dieser über weitere Rücklagen und Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel verfügt.

Gemäß § 2 Abs. 1 KTFG (Gesetz zur Errichtung eines ‚Klima- und Transformationsfonds‘) soll der KTF dazu dienen, Maßnahmen zu fördern, die geeignet sind, die Transformation Deutschlands zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Volkswirtschaft voranzutreiben oder zum internationalen Klimaschutz und des damit in Verbindung stehenden Umweltschutzes beizutragen. Im Einzelnen umfasst dies Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, zur Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien, zur Unterstützung stromintensiv produzierender Unternehmen, zur Dekarbonisierung der Industrie und zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur des Bundes, Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität, die Förderung der Mikroelektronik und weitere Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Fertigung von Energiespeichern. Weil der Wirtschaftsstabilisierungsfonds-Energie (WSF-Energie) ähnlich konstruiert ist wie der KTF, wird davon ausgegangen, dass auch der WSF-Energie verfassungswidrig ist.<sup>K1.3</sup> Deshalb soll dieser zum Ende des Jahres 2023 auslaufen. Aus ihm wurden die Strom- und Gaspreisbremse, die Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte und Hilfen für Unternehmen, die besonders unter den Folgen des Energiepreisanstiegs leiden, finanziert. Laut ursprünglichem Regierungsentwurf waren für den WSF im Jahr 2024 Ausgaben in Höhe von 10,3 Mrd. Euro vorgesehen.

Mit Hilfe des finanzpolitischen Simulationsmodells des IWH können die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 15. November 2023 simuliert werden.<sup>K1.4</sup> Dabei ist in Szenario 1 (S1 „Ausgabenreduktion“) wie in dieser Prognose unterstellt, dass sich die Programmausgaben des KTF in den Jahren 2024 bis 2027 jährlich um 15 Mrd. Euro reduzieren<sup>K1.5</sup> und die Ausgaben des WSF-Energie ab dem Jahr 2024 komplett entfallen. Für das Jahr 2024 ergäben sich daraus insgesamt Minderausgaben in Höhe von ungefähr 25 Mrd. Euro. Bei den Ausgaben des KTF und des WSF-Energie handelt es sich größtenteils um Subventionen oder Transfers an private Haushalte und Unternehmen.<sup>K1.6</sup> Am 13. Dezember 2023 hat sich die Bundesregierung darauf verständigt, die zur Einhaltung der Schuldenbremse erforderliche Haushaltskonsolidierung hauptsächlich über den Abbau von Subventionen auszugleichen. Zudem soll der CO<sub>2</sub>-Preis in den Bereichen Wärme und Verkehr stärker angehoben werden als bisher geplant, wodurch zusätzliche Einnahmen von gut 1 Mrd. Euro erzielt werden dürften. Nur in letzterem Punkt weicht die Einigung der Bundesregierung von den Annahmen dieser Prognose ab. Die Bundesregierung strebt für das Jahr 2024 eine Konsolidierung in Höhe von 29 Mrd. Euro an, was den in S1 unterstellten Minderausgaben von 25 Mrd. Euro recht nahe kommt.

<sup>K1.2</sup> Der Grundsatz der Jährlichkeit besagt, dass für jedes Jahr ein Haushaltsplan aufzustellen ist, in dem die Einnahmen und Ausgaben genau aufgeführt sind. Der Grundsatz der Jährigkeit besagt, dass Kreditermächtigungen nur für die Dauer desjenigen Haushaltsjahres gelten, für das der Haushaltsplan erstellt worden ist.

<sup>K1.3</sup> Für den WSF-Energie wurden im Jahr 2022 zusätzliche Kreditermächtigungen im Umfang von 200 Mrd. Euro geschaffen, die erst in den Folgejahren für die Abfederung der gesamtwirtschaftlichen Folgen des Energiepreisanstiegs verausgabt werden sollten.

<sup>K1.4</sup> Vgl. Drygalla, A.; Holtemöller, O.; Kiesel, K.: The Effects of Fiscal Policy in an Estimated DSGE Model – the Case of the German Stimulus Packages during the Great Recession, Cambridge University Press, in: [Macroeconomic Dynamics, Vol. 24 \(6\), September 2020](#), 1315–1345.

<sup>K1.5</sup> Erfahrungsgemäß bestehen zwischen den geplanten Ausgaben der Sondervermögen und dem tatsächlichen Mittelabfluss in der Regel erhebliche Diskrepanzen (vgl. *Bundesbank* (2023): Monatsbericht Juni 2023, 68). Hier ist jedoch unterstellt, dass der tatsächliche Mittelabfluss aus WSF und KTF den Planungen entsprochen hätte.

<sup>K1.6</sup> Im finanzpolitischen Simulationsmodell des IWH wurden die Ausgaben des KTF und des WSF-Energie zu 50% als Transfers, zu knapp 45% als Subventionen und zu gut 5% als öffentliche Investitionen verbucht.

In Szenario 2 (S2 „Steuererhöhung“) wird angenommen, dass die Ausgaben der Sondervermögen wie ursprünglich geplant verlaufen und zur Finanzierung die Einkommensteuer angehoben wird, um die Finanzierungslücke zu decken.<sup>K1.7</sup> In Szenario 3 (S3 „Notlage“) wird davon ausgegangen, dass die Schuldenbremse im Jahr 2024 erneut durch Erklärung einer Notlage ausgesetzt wird, und die Ausgaben der Sondervermögen erst in den Jahren 2025 bis 2027 wie in Szenario 1 reduziert werden.

Die Ergebnisse der drei Szenarien sind in Tabelle K1.2 dargestellt. In der Tabelle sind für alle drei Szenarien die Abweichungen der Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts bzw. die Abweichungen der Schuldenstandsquote in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gegenüber einem Referenzszenario dargestellt, in dem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung simuliert wird, die sich ohne das Gerichtsurteil ergeben hätte.

**Tabelle K1.2**  
Gesamtwirtschaftliche Effekte alternativer Politikoptionen

Variable	Szenario	2024	2025
Zuwachs Bruttoinlandsprodukt, nominal (Abweichung in Prozentpunkten)	S1 „Ausgabenreduktion“	-0,4	0,2
	S2 „Steuererhöhung“	-1,0	0,3
	S3 „Notlage“	0,0	-0,2
Zuwachs Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt (Abweichung in Prozentpunkten)	S1 „Ausgabenreduktion“	-0,3	0,1
	S2 „Steuererhöhung“	-0,7	0,1
	S3 „Notlage“	0,0	-0,1
Schuldenstandsquote (Abweichung in Prozentpunkten)	S1 „Ausgabenreduktion“	0,4	0,3
	S2 „Steuererhöhung“	1,4	1,6
	S3 „Notlage“	0,0	0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Jahr 2024 ist bei einem Wegfall der Ausgaben des WSF-Energie und einer Verringerung der Ausgaben des KTF um 15 Mrd. Euro (S1) der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,3 Prozentpunkte, der des nominalen Bruttoinlandsprodukts um 0,4 Prozentpunkte niedriger als im Basisszenario. Der durchschnittliche Fiskalmultiplikator belief sich demnach auf ungefähr 0,6. Würden der WSF-Energie und der KTF wie geplant weitergeführt und die Verringerung der Rücklage des KTF um 60 Mrd. Euro durch eine Erhöhung der Einkommensteuer gegenfinanziert, fielen die Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 etwas höher aus (S2). Würde hingegen im Jahr 2024 die Schuldenbremse erneut ausgesetzt und der WSF-Energie erst zum Jahr 2025 auslaufen bzw. die Ausgaben des KTF erst ab dem Jahr 2025 reduziert, wäre der Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt am geringsten (S3).

<sup>K1.7</sup> In den Modellsimulationen wurden die Steuererhöhungen nur in der Lohnsteuer verbucht.

Bedenklich ist dabei, dass schon vor dem Gerichtsurteil die wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland deutlich höher war als in Europa insgesamt.<sup>3</sup> Auch darauf ist zurückzuführen, dass der private Konsum im dritten Quartal 2023 zurückgegangen ist und die Sparquote der privaten Haushalte mit 11,7% deutlich über ihrem Niveau von vor der Pandemie lag. Ebenfalls rückläufig war der Wohnungsbau, der mit anhaltend hohen Kosten zu kämpfen hat.<sup>4</sup> Weiter robust ist allerdings die Bautätigkeit im Nichtwohnungsbau, wo die vollen Auftragsbücher nur nach und nach abgearbeitet werden können. Bereits das vierte Quartal in Folge waren die Exporte rückläufig. Der Rückgang der Einfuhren fiel noch deutlicher aus. Die schwache Konjunktur ist auch am Arbeitsmarkt angekommen: Dass die Beschäftigtenzahl im dritten Quartal geringfügig zugenommen hat, liegt lediglich an einer Beschäftigungsausweitung bei den öffentlichen Dienstleistern. Die Arbeitslosenquote stieg weiter auf 5,9% (November).

<sup>3</sup> Dies besagt der „Economic Policy Indicator“, der auf der Auswertung von Zeitungsartikeln beruht. Vgl. dazu *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch*, GD Herbst 2023, Halle 2023, 73.

<sup>4</sup> Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur: Gasspeicher voll – Konjunkturaussichten weniger trüb, Kasten Kostenkrise am Bau*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 11 (1), 2023, 8–10.



**Tabelle 6****Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2022	2023	2024	2025
statistischer Überhang <sup>1</sup>	0,9	-0,2	-0,1	0,5
Jahresverlaufsrate <sup>2</sup>	0,8	-0,1	1,1	1,4
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,9	-0,1	0,6	1,3
Kalendereffekt <sup>3</sup>	-0,1	-0,2	0,0	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich <sup>4</sup>	1,8	-0,3	0,5	1,2

<sup>1</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – <sup>2</sup> Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – <sup>3</sup> In % des realen BIP. – <sup>4</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Für den Winter zeichnet sich keine Besserung der Konjunktur ab: die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist im Oktober weiter gesunken, und die ifo Geschäftserwartungen der Unternehmen sind weiter deutlich negativer als ihre Lageeinschätzung. Immerhin ist der Einzelhandelsumsatz ebenfalls im Oktober etwas gestiegen, und ein kleines Plus beim privaten Konsum im Schlussquartal 2023 scheint wahrscheinlich. Im Verlauf des Jahres 2024 wird der Konsum von den auch in realer Rechnung steigenden Bruttolöhnen und -gehältern gestützt werden. Die deutsche Exportindustrie dürfte davon profitieren, dass sich in den kommenden Quartalen nach und nach wohl auch die internationale Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes wiederbelebt. Die vor allem, aber nicht nur durch die Wirtschaftspolitik bedingte hohe Unsicherheit dürfte sich allerdings in einer ausgeprägten Investitionsschwäche niederschlagen, zumal Bauaufträge, die sich in der Vergangenheit angesammelt haben, allmählich abgearbeitet sein werden.

Alles in allem geht das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2023 um 0,3% zurück (vgl. Tabelle 6, arbeitstäglich bereinigt um 0,1%), vor allem aufgrund des Rückgangs von Konsumausgaben und Exporterlösen (vgl. Tabelle 7).

Im Jahr 2024 dürfte die Produktion um 0,5% und im Jahr 2025 um 1,2% steigen (vgl. Abbildung 7).<sup>5</sup> Nach vorliegender Prognose kommt die deutsche Wirtschaft erst gegen Ende des Jahres 2025 wieder auf ihren langfristigen Wachstumspfad (vgl. Kasten 2). Die Verbraucherpreisinflation liegt im Jahr 2023 bei 6%, sie dürfte im Jahr 2024 auf 3% sinken und erst im Jahr 2025 in der Nähe des geldpolitischen Zielwerts von 2% liegen. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt im Jahr 2024 kaum noch zu, und im Jahr darauf dürfte sie demographisch bedingt zurückgehen. Ein erhebliches Risiko für die

**Tabelle 7****Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts<sup>1</sup>**

in Prozentpunkten

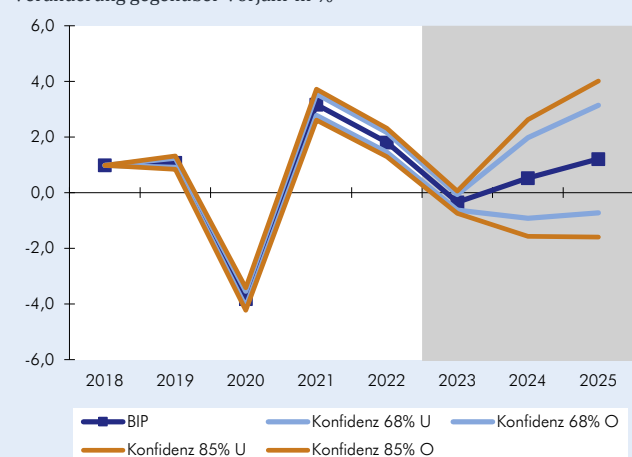
	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben	2,3	-1,0	0,7	0,9
private Konsumausgaben	1,9	-0,5	0,6	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,3	-0,5	0,1	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,0	-0,2	0,4
Bauten	-0,2	-0,2	-0,3	0,1
Ausrüstungen	0,3	0,2	0,0	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,7	0,1	0,0	-0,1
<b>inländische Verwendung</b>	<b>3,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,5</b>	<b>1,2</b>
Außenbeitrag	-1,2	0,5	0,0	0,0
Exporte	1,6	-0,9	0,6	1,2
Importe	-2,8	1,3	-0,6	-1,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,8</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>1,2</b>

<sup>1</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

**Abbildung 7****Prognoseunsicherheit<sup>1</sup>**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



<sup>1</sup> Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

<sup>5</sup> Für das Jahr 2023 reicht das 68%-Prognoseintervall Bruttoinlandsproduktes von -0,6% bis 0%, für das Jahr 2024 von -0,9% bis 1,9% und für 2025 von -0,7% bis 3,1% (vgl. Abbildung 7). Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

vorliegende Prognose liegt darin, dass noch nicht bekannt ist, wie die Politik auf das Verfassungsgerichtsurteil reagiert. In Kasten 1 wird abgeschätzt, welche Wirkung es hätte, wenn durch eine neuerliche Erklärung einer Notlage die Schuldenbremse wiederum ausgesetzt würde. In dem Fall wäre mit einer etwas kräftigeren Konjunktur zu rechnen. Aber vor allem könnte eine Ausgabenkürzung in Reaktion auf das Urteil die Wirtschaft stärker belasten als in der vorliegenden Prognose angelegt.

So könnte es zu einem Verlust an Vertrauen in die von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen kommen, wenn die einmal versprochene Förderung einer Vielzahl von Investitionsprojekten wegfiel oder stark reduziert würde. Auch droht das Vertrauen in die klimaneutrale Erneuerung der Wirtschaft verloren zu gehen, denn der von der Politik bislang propagierte Weg führt vor allem über die staatliche Subventionierung grüner Investitionen. Solche Vertrauensverluste könnten auch kurzfristig die Konsum- und Investitionsbereitschaft in Deutschland stärker belasten als in der vorliegenden Prognose unterstellt.

## Kasten 2

### Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis 2028 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,7 % (vgl. Tabelle K2).

#### Tabelle K2

#### Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %<sup>1</sup>

	1996-2022 <sup>2</sup>		1996-2022		2022-2028	
Produktionspotenzial	1,3		1,2		0,7	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	0,9	(0,3)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,4	(0,4)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,2)	0,2	(0,1)	0,0	(0,0)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,1	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,2	
Erwerbsquote	0,2		0,2		-0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,4		-0,2	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,0		0,7	

<sup>1</sup> Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – <sup>2</sup> Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der Anfang Dezember 2022 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welcher moderate Annahmen zu Wanderung, Geburtenrate und dem Anstieg der Lebenserwartung zugrunde liegen. In der vorliegenden Projektion wurde diese um den tatsächlichen Bevölkerungsstand zum Jahresende 2022 aktualisiert. Für das Jahr 2023 werden aktuelle Daten zur Wanderung berücksichtigt. Der Wanderungssaldo belief sich im Jahr 2022 auf knapp 1,5 Millionen (davon 960 000 aus der Ukraine) und im Jahr 2023 auf etwa 715 000 (davon 105 000 aus der Ukraine). Ab dem Jahr 2024 ist keine kriegsbedingte Nettozuwanderung aus der Ukraine unterstellt. Die übrige Zuwanderung geht entsprechend der in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten kontinuierlichen Rückführung des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurück.

Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch zunehmen und erst ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Über den gesamten Zeithorizont nimmt sie um etwa 550 000 Personen auf 63,3 Millionen im Jahr 2028 zu. Dabei wird die Partizipation aufgrund der zunächst niedrigen Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgehen und erst ab dem Jahr 2026 wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,7% auf 75,6% steigen.

Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2028 methodenbedingt mit 3,6% etwas höher liegen als im Jahr 2022 (3,0%).

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer ist in der kurzen Frist in etwa konstant. Ab dem Jahr 2026 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit um 17 Stunden.

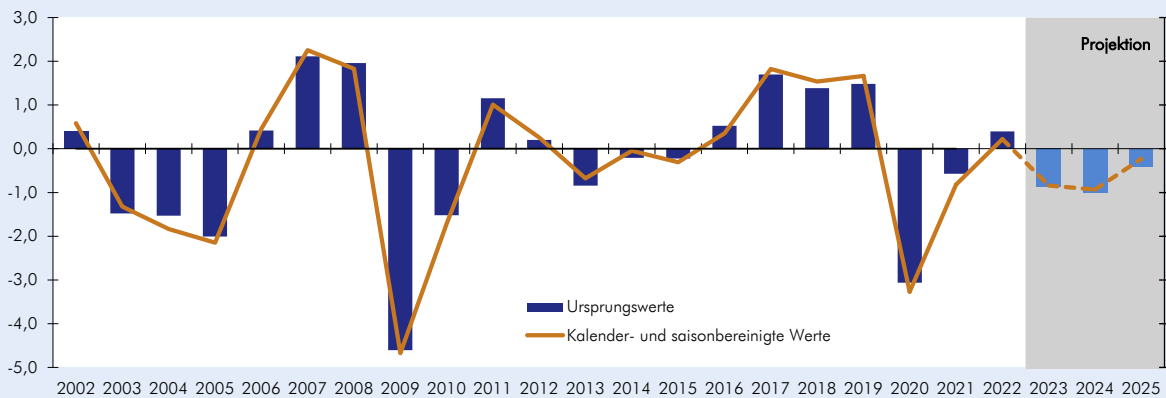
Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen infolge der hohen Nettozuwanderung bis einschließlich des Jahres 2024 noch zunehmen und danach abnehmen. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum bleibt das potenzielle Arbeitsvolumen jahresdurchschnittlich konstant und trägt damit nicht zum Potenzialwachstum bei.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,9% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen totalen Faktorproduktivität wird im Projektionszeitraum 0,4% betragen.

**Abbildung K2**

**Produktionslücke**

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von  $-0,9\%$ , die sich im kommenden Jahr auf  $-1,0\%$  vergrößert. Im Durchschnitt des Jahres 2025 verringert sie sich auf  $-0,4\%$  (vgl. Abbildung K2).

### Zur Prognosegüte und zur Anpassung der Prognose für 2023

Für die gesamtwirtschaftliche Produktion war im dritten Quartal 2023 ein geringfügiger Rückgang um  $0,1\%$  zu verzeichnen. Die IWH-Herbstprognose, veröffentlicht am 07. September 2023, hatte mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um  $0,2\%$  gerechnet und demnach die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung treffend eingeschätzt.<sup>6</sup> Allerdings wurde der Beitrag der Inlandsnachfrage um  $0,4$  Prozentpunkte untergeschätzt, während der Außenbeitrag um  $0,2$  Prozentpunkte zu hoch eingeschätzt wurde. Die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen wurde sehr gut getroffen, allerdings lag der Prognosefehler der Bauinvestitionen bei  $3,9$  Prozentpunkten. Insbesondere der gewerbliche Bau wurde deutlich unterschätzt; während die IWH-Herbstprognose einen Rückgang prognostizierte, wie auch bei den anderen Bausparten, legte dieser im dritten Quartal kräftig um  $3\%$  zu. Die privaten Haushalte haben hingegen ihren Konsum im dritten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorquartal um  $0,3\%$  gebremst, was nicht zuletzt

<sup>6</sup> Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur*: Deutschland weiter im Abschwung, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 11 (3), 2023, 68–98.

auf die schwache Entwicklung im Einzelhandel zurückzuführen war. Demnach wurde der private Konsum in der IWH-Prognose vom September 2023 um 0,4 Prozentpunkte zu hoch eingeschätzt. Die Entwicklung der Exporte als auch der Importe wurde um 1,6 bzw. 2,3 Prozentpunkte überschätzt.

Anders als das Bruttoinlandsprodukt wurde die Bruttowertschöpfung im dritten Quartal 2023 gegenüber dem Vorquartal um 0,1% ausgeweitet, maßgeblich durch einen kräftigen Zuwachs bei den Dienstleistungen (+0,6%). Insbesondere im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe fiel der Anstieg um 1,7% vergleichsweise hoch aus, was einerseits auf einen kräftigen Impuls im Großhandel, aber auch im Gastgewerbe zurückzuführen sein dürfte.<sup>7</sup>

Im Produzierenden Gewerbe war ein erneuter Rückgang zu beobachten, welcher vor allem auf einen Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen ist. Insgesamt wurde der Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,2 Prozentpunkte unterschätzt.

**Tabelle 8****Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2023**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Herbstprognose 2023		IWH Jahresausblick 2024		Prognosekorrektur für 2023	
	Prognosewerte für 2023				Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
<b>Inländische Verwendung</b>	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8	0,0	0,0
Privater Konsum	-0,6	-0,3	-1,0	-0,5	-0,4	-0,2
Staatlicher Konsum	-2,4	-0,5	-2,1	-0,5	0,3	0,0
Bauten	-2,7	-0,3	-1,6	-0,2	1,1	0,1
Ausrüstungen	4,0	0,3	3,4	0,2	-0,6	-0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	-0,1	-0,0	-0,6	-0,0	-0,5	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,1	-	0,1	-	0,0
<b>Außenbeitrag</b>	-	0,3	-	0,5	-	0,2
Ausfuhr	-0,3	-0,1	-1,7	-0,9	-1,4	-0,8
Einfuhr	-0,9	0,5	-2,7	1,3	-1,8	0,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	-0,5	-0,5	-0,3	-0,3	0,2	0,2
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	2,2	-	2,4	-	0,2	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,5	-	0,5	-	0,0	-
Welthandel	-1,3	-	-1,9	-	-0,6	-
Verbraucherpreise	6,0	-	6,0	-	0,0	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Nach der hier vorliegenden Prognose dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 0,3% zurückgehen (vgl. Tabelle 8). Die Prognosekorrektur von 0,2 Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst für das Gesamtjahr ergibt sich maßgeblich aus Datenrevisionen für das erste Halbjahr durch das Statistische Bundesamt. Prognosefehler des IWH für das dritte Quartal sowie die Prognoseanpassung für das vierte Quartal haben einen geringeren Anteil. In seiner Dezember-Prognose im Jahr 2022 hatte das IWH einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,0% für das Folgejahr prognostiziert.<sup>8</sup> Im Vergleich zu vorherigen IWH-Prognosen ist der aus heutiger Sicht erwartete Prognosefehler mit 0,3 Prozentpunkten vergleichsweise gering (vgl. Abbildung 8). Allerdings waren die Jahre 2020-2022 von Pandemie und Energiepreisschock geprägt, also Ereignissen, die wie auch die Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 kaum prognostiziert werden konnten.

Der durchschnittliche Prognosefehler des IWH für Prognosen des Bruttoinlandsprodukts des Folgejahres liegt ohne diese Extremereignisse bei null.<sup>9</sup>

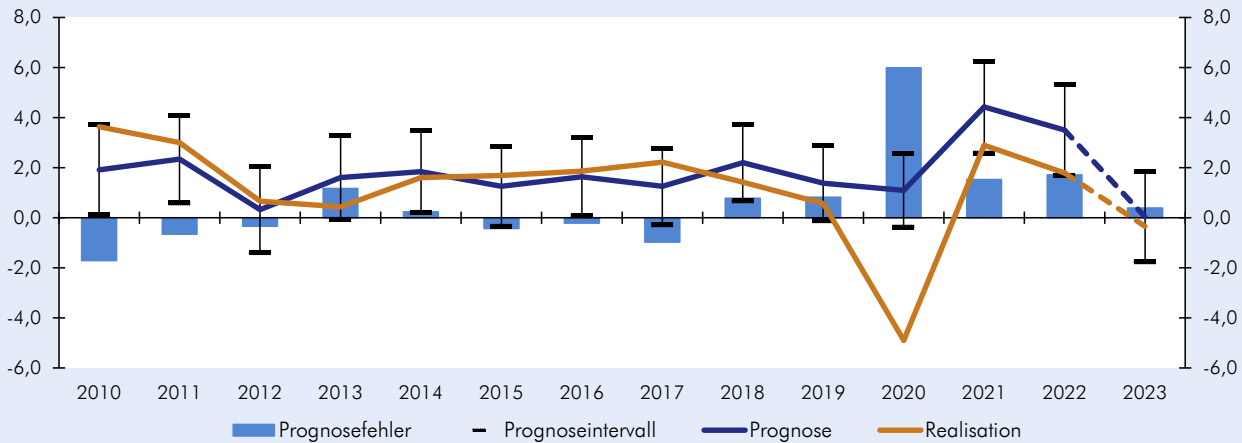
<sup>7</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: [Konjunkturindikatoren – Umsatz real im Großhandel](#). Wiesbaden 2023.

<sup>8</sup> Vgl. [Arbeitskreis Konjunktur](#): Keine tiefe Rezession trotz Energiekrise und Zinsanstieg, in: [Konjunktur aktuell](#), Jg. 10 (4), 2022.

<sup>9</sup> Vgl. [IWH-Forecasting Dashboard](#), Dezember 2023.

**Abbildung 8**  
Prognosefehler des IWH für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr

Prognosen vom Dezember des Vorjahres, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

## Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,09 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist etwa so hoch wie im zweiten Halbjahr 2023 und damit etwas niedriger als in den Jahren zuvor. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2023 um 1,9% zurückgehen. Er steigt im Jahr 2024 um 1,8% und im Jahr darauf um 2½%. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bleibt bis ins zweite Quartal 2024 bei 4,5% und sinkt dann nach und nach bis auf 3% Ende 2025. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2023 bei 82,40 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 78,5 US-Dollar, und im Jahr 2025 bei 75 US-Dollar.

## Stark gestiegene Zinsen und verschärfte Kreditvergaberichtlinien

Die Straffung der Geldpolitik durch die EZB hatte zur Folge, dass die Zinsen für deutsche Staatstitel mit zehnjähriger Laufzeit im Laufe des Jahres gestiegen sind. Sie erreichten im Oktober 2023 mit 2,7% einen Höchststand. Ähnlich entwickelten sich die Kapitalmarktzinsen für Unternehmen, die allerdings von dem im Oktober 2022 erreichten Höchstwert von 4,9% zurückgegangen waren, um erst am Ende des dritten Quartals 2023 wieder anzusteigen.

Die Finanzierungsbedingungen haben sich sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen deutlich verschlechtert. Dies betrifft insbesondere neue Verbraucher- und Wohnungsbaudarlehen. Auch die Zinsen für neue Kredite an Nicht-Finanzunternehmen sind sehr deutlich auf über 4% gestiegen.

Das Bild, das die Umfragen zur Kreditvergabe der Banken für Deutschland zeichnen, entspricht den europäischen Trends. Auch hier haben die Banken ihre Kreditvergabestandards verschärft, was wiederum auf die Unsicherheit über die Geldpolitik und auf die zunehmende Risikowahrnehmung zurückzuführen ist. Der Abbau des Portfolios geldpolitischer Aktiva der EZB und der Wegfall der gezielten längerfristigen Finanzierungsgeschäfte spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Kreditvergabestandards sowohl für den Unternehmens- als auch für den Wohnungsmarkt in Deutschland wurden weniger verschärft als im Euroraum, was sich darin widerspiegelt, dass die Nachfrage nach Krediten von Unternehmen und Verbrauchern in Deutschland weniger schnell zurückgegangen ist.

## Finanzpolitik in den Jahren 2024 und 2025 restriktiv ausgerichtet

Im Jahr 2023 war die Finanzpolitik in Deutschland expansiv ausgerichtet. Zwar gingen Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie deutlich zurück, und im Jahr 2022 ergriffene Maßnahmen zur Abfederung der gesamtwirtschaftlichen Folgen des Energiepreisanstiegs, zum Beispiel die Energiepreispauschale oder die temporäre Absenkung

der Energiesteuer, entfielen komplett. Hingegen regten die Strom- und Gaspreisbremse, das Inflationsausgleichsgesetz, die an viele Arbeitnehmer ausgezahlten steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämien, die temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas oder Mehrausgaben durch das neu eingeführte Bürgergeld bzw. Änderungen beim Wohngeld und beim BaföG die Nachfrage an. Der finanzpolitische Impuls beläuft sich auf ungefähr 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

**Tabelle 9****Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen<sup>1</sup>**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2023	2024	2025
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften</b>			
Alterseinkünftegesetz	-1,5	-1,5	-1,5
Wachstumschancengesetz		-1,0	-2,0
Temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie und auf Erdgas	-4,5	6,5	0,8
Temporäre Senkung der Energiesteuer	3,2	0,0	0,0
Zukunftsfinanzierungsgesetz		-0,6	-0,3
Inflationsausgleichsgesetz: Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag Verschiebung der Tarifeckwerte	-12,3	-14,7	-2,8
Anhebung Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer 2024		-2,0	-0,1
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	0,8	2,3	1,9
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,6	0,0	0,9
Jahressteuergesetz 2022	-3,1	0,3	1,0
Inflationsausgleichsprämie	-9,0	4,0	5,0
Änderungen bei der Stromsteuer		-1,6	0,0
Wegfall Spitzenausgleich Stromsteuer		1,5	0,0
Einnahmen aus der CO <sub>2</sub> -Bepreisung (BEHG und ETS)	0,4	3,2	4,4
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Änderungen bei der Lkw-Maut	0,7	6,3	0,2
sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>2</sup>	-1,2	-2,1	3,4
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	2,2	1,3	1,3
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023	3,2	3,5	0,0
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	-0,3	0,0	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	2,5	0,0	0,0
Inflationsausgleichsprämie	-11,0	4,0	7,0
Erhöhung der Mini- und Midijobgrenzen	-1,3	0,0	0,0
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>			
Energiepreispauschale	10,0	0,0	0,0
Änderungen beim Wohngeld	-3,6	0,0	0,0
Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds	-5,0	0,0	15,0
Kindergrundsicherung			-2,4
Mehrausgaben für Verteidigung	-4,0	-8,0	0,0
Verstaatlichung/Unterstützung Gasimporteure 2022	20,0	3,0	0,0
Finanzielle Unterstützung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen	-2,5	2,5	0,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,5	-1,8	0,0
Heizkostenzuschuss I und II	1,7	0,0	0,0
Drittes Entlastungspaket: Einmalzahlungen an Rentner und Studierende, Anhebung des Kinderzuschlags	5,0	0,7	0,0
Energiekostenzuschuss für Unternehmen	4,0	0,0	0,0
Strom- und Gaspreisbremse (inkl. Dezember-Abschlag)	-30,0	30,0	0,0
Preissenkungen im öffentlichen Personennahverkehr	0,5	-1,0	0,0
Zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur		-2,0	-3,0
Inflationsausgleichsgesetz: Anhebung des Kindergeldes zum 1. Januar 2023	-6,3	1,5	0,4
Zusätzliche Mittel für Hochschulen	-0,6	-0,3	0,0
Einführung Bürgergeld im Jahr 2023	-4,8	-0,4	0,0
Änderungen beim BaföG	-0,6	0,0	0,0
Kürzungen bei der Förderung des ländlichen Raums, der Digitalisierung der Verwaltung und beim Elterngeld		1,1	0,2
Corona-Maßnahmen (Hilfen für Unternehmen, Schutzausrüstung, Schnelltests, Impfkampagne)	15,0	3,0	0,0
<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>			
rentenpolitische Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag 2018 <sup>3</sup>	-0,3	-0,1	0,0
Grundrente	0,8	-0,2	-0,1
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,1	-0,1	0,2
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	1,9	0,3	0,0
Pflegereform 2021	-0,7	-0,2	0,1
<b>Insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)<sup>4</sup></b>	<b>-30,3</b>	<b>37,6</b>	<b>29,8</b>
Insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,7	0,9	0,7

<sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – <sup>2</sup> Zweites Familienentlastungsgesetz, Investmentsteuerreformgesetz, Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Drittes Corona-Steuerhilfegesetz, Jahressteuergesetz 2020, Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz, Forschungszulagengesetz, Fondsstandortgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftssteuerrechts, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge. –

<sup>3</sup> Rentenanpassung Ost, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – <sup>4</sup> Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im Jahr 2024 schwenkt die Finanzpolitik auf einen restriktiven Kurs ein. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 ist die Bundesregierung, sofern die Schuldenbremse im Jahr 2024 eingehalten werden soll, verpflichtet, Ausgaben zu kürzen oder die staatlichen Einnahmen zu erhöhen. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Ausgaben des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF-Energie), der zum 31. Dezember 2023 auslaufen soll, ab dem Jahr 2024 komplett entfallen und die Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds (KTF) in den Jahren 2024 bis 2027 jeweils um 15 Mrd. Euro reduziert werden. Aufgrund der Entwicklung der Energiepreise in den vergangenen Monaten wären die Gütersubventionen des Staates im Rahmen der Strom- und Gaspreisbremse im Jahr 2024 jedoch ohnehin deutlich zurückgegangen. Ebenfalls nachfragedämpfend wirkt das Auslaufen der Senkung der Umsatzsteuersätze auf Erdgas und in der Gastronomie zum Jahresende 2023. Zudem führen die Anhebung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr sowie Änderungen bei der LKW-Maut zu staatlichen Mehreinnahmen. Schließlich wirkt die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 im Jahr 2024 erstmals ganzjährig und der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung dürfte zum 1. Januar 2024 erneut steigen.

Expansiv wirkt im Jahr 2024 hingegen die neuerliche Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags und die Verschiebung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes. Hinzu kommen die geplante Senkung der Stromsteuer in den Jahren 2024 und 2025 sowie Mindereinnahmen bei den gewinnabhängigen Steuern durch das Wachstumschancengesetz, dessen Inkrafttreten im Jahr 2024 unterstellt ist. Außerdem dürften die Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr deutlich ausgeweitet werden. Alles in allem beläuft sich der restriktive Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2024 dennoch auf 0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2025 ist die Finanzpolitik nach jetzigem Stand ähnlich restriktiv ausgerichtet wie im Jahr zuvor. So wirkt die weitere Anhebung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr erneut nachfragedämpfend, und die Änderungen bei der LKW-Maut, die teilweise erst zum 1. Juli 2024 greifen, wirken dann erstmals ganzjährig. Zudem läuft die steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie zum Ende des Jahres 2024 aus, und der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung dürfte zu Beginn des Jahres 2025 erneut leicht steigen. Leichte Impulse gehen von der Einführung der Kindergrundsicherung und erneut vom Wachstumschancengesetz aus. Alles in allem beläuft sich der restriktive Effekt aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2025 auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 9).

### Arbeitsmarkt: Höchststand der Erwerbstätigkeit bald erreicht

Trotz der schlechten Konjunkturaussichten hat die Beschäftigung im dritten Quartal 2023 nochmals um etwa 7 000 Personen zugenommen. So stieg im öffentlichen Bereich und im Bereich Information und Kommunikation die Anzahl der Beschäftigten weiter an und konnte den Rückgang der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei Handel, Verkehr und Gastgewerbe kompensieren. Die Zahl der konjunkturellen Kurzarbeiter liegt seit Ende 2022 kontinuierlich deutlich über 100 000 Personen. Dies ist in etwa die Größenordnung in der die Kurzarbeit auch in der konjunkturellen Schwächephase Ende 2019 lag. Der für das dritte Quartal gemeldete Wert lag bei 137 000 Kurzarbeitern. Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall je Kurzarbeiter betrug 30%.

Der Krankenstand, der im Jahr 2022 und auch noch zu Beginn des Jahres 2023 ausgesprochen hoch lag, war in den vergangenen Monaten deutlich rückläufig, Ausnahme dabei ist der September 2023, in dem es wiederum zu einem über dem Vorjahresmonat liegenden Krankenstand kam. Das dürfte nicht zuletzt einer der Gründe sein, warum die geleistete Arbeitszeit im dritten Quartal 2023 deutlich zurückgegangen ist.

Im Winterhalbjahr 2023/2024 wird die Erwerbstätigkeit aufgrund der konjunkturellen Lage nur noch wenig zulegen. Vor allem aber dürfte die Arbeitszeit mehr oder weniger stagnieren, auch weil der Krankenstand nur langsam zurückgehen dürfte. Auch die Kurzarbeit wird wohl in der gegenwärtigen konjunkturellen Schwächephase im Winter nicht signifikant ausgeweitet werden, da die während der Corona-Pandemie erstatteten Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr vom Staat übernommen werden. Zudem weist der IAB-Arbeitskräfteknappheits-Index weiterhin auf eine überdurchschnittliche Arbeitskräfteknappheit hin.

Ab Mitte des Jahres 2024 dürfte dann die Erwerbstätigkeit zunehmend rückläufig sein, da sich der Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in die Rente deutlich bemerkbar machen dürfte (vgl. Abbildung 9). Die Produktivität dürfte nach dem Rückgang im Jahr 2023 auch im Jahr 2024 schwach bleiben und erst zum Ende des Prognosezeitraums wieder auf die Trendproduktivität einschwenken.

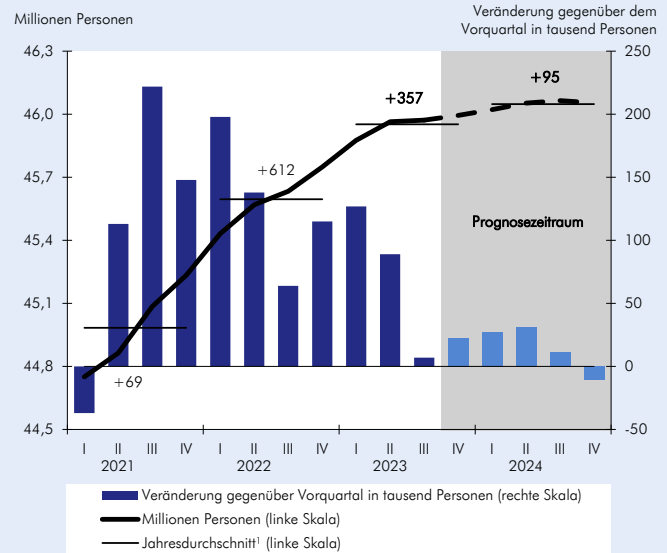
Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg zuletzt aufgrund der konjunkturellen Schwäche und des Beschäftigungsabbaus im Produzierenden Gewerbe leicht an. Auch zu Beginn des Jahres 2024 dürfte sie auf diesem Niveau verharren und danach sukzessive wieder zurückgehen. Insgesamt dürfte die Arbeitslosenquote im Jahr 2024 bei 5,8% und im Jahr 2025 bei 5,5% liegen (vgl. Tabelle 10).

Die Migration ist im Jahr 2023 gegenüber 2022 deutlich geringer. Allerdings war sie im Jahr 2022 aufgrund der Flucht vor dem Krieg in der Ukraine deutlich erhöht. Bei der Migration aus anderen Ländern, vor allem bei den Asylsuchenden aus Drittstaaten stieg die Anzahl der zugewanderten Personen bis Oktober 2023 deutlich kräftiger als im Vorjahresvergleich. Insgesamt betrug der Wanderungssaldo von Januar bis August 2023 400 000 Personen. Für das Gesamtjahr dürfte er bei etwa 700 000 Personen und damit deutlich über den Zahlen der Variante W2 der Anfang Dezember 2022 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung liegen. Das Erwerbspersonenpotenzial dürfte im Jahr 2024 seinen Höchststand erreichen und danach anfangen zu sinken, da dann die Zuwanderung den Alterseffekt nicht mehr ausgleichen kann.

**Abbildung 9**

**Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen. Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Tabelle 10**

**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2022 und 2023**

	2022	2023 <sup>1</sup>	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) <sup>1</sup>	41 687	42 054	367	0,9
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 507	34 783	275	0,8
Geförderte <sup>2</sup>	111	91	-20	-18,0
nicht geförderte	34 396	34 692	295	0,9
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 124	4 204	80	1,9
sonstige	3 055	3 067	12	0,4
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 910	3 899	-10	-0,3
geförderte Selbstständigkeit	8	5	-2	-30,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 902	3 894	-8	-0,2
Erwerbstätige (Inland)	45 596	45 953	357	0,8
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	490	274	-216	-44,1
geförderte Erwerbstätige <sup>3</sup>	119	96	-22	-18,8
Kurzarbeit	372	178	-194	-52,2
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 106	45 679	574	1,3
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	1,1	0,6		

<sup>1</sup> Prognose des IWH – <sup>2</sup> Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – <sup>3</sup> Geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; Geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.



## Löhne steigen wieder schneller als Inflation

Die Tariflohnverhandlungen wurden im Jahr 2023 insbesondere von der kräftig gestiegenen Inflation beeinflusst. Um die Belastungen durch die hohe Inflation abzufedern hat der Gesetzgeber das Instrument der Inflationsausgleichsprämie geschaffen. Diese kann in Höhe von max. 3000 Euro bis Ende 2024 ohne Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuer durch den Arbeitgeber gezahlt werden. In vielen abgeschlossenen Tarifverträgen wurde die Zahlung der Inflationsausgleichsprämie bereits aufgenommen. Häufig wurde dabei vereinbart, die maximal mögliche Summe über mehrere Monate verteilt auszuzahlen. Damit danach die Tariflöhne nicht wieder sinken, wurde im Anschluss daran ein Sockelanstieg und ein zusätzlicher Tariflohnanstieg vereinbart. Dieses Modell wurde beispielsweise im Tarifbereich der Post oder des Öffentlichen Dienstes genutzt. Jüngst haben sich die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes der Länder auf einen Abschluss geeinigt, der sich am Abschluss von Bund und Kommunen orientiert.

Insgesamt dürfte im Jahr 2023 der Tariflohnanstieg mit Sonderzahlungen bei 4,3% liegen. Ohne diese Sonderzahlungen wären es 1,7 Prozentpunkte weniger gewesen. Eine Reihe von Tarifrunden wie beim Einzel- und Großhandel und der Eisen- und Stahlindustrie laufen derzeit noch. Hier dürfte die schwierige wirtschaftliche Situation eine Einigung erschweren.

Für das Jahr 2024 wurden bereits Tarifverträge fixiert und weitere dürften noch dazukommen, sodass der Tariflohnanstieg bei 3,4% liegen dürfte. Wenn im Jahr 2025 die Inflationssonderzahlungen weggefallen sind, wird der Tariflohnanstieg wieder geringer sein.

**Tabelle 11**  
Tarifliche Monatsverdienste und Effektivverdienste je Arbeitnehmer

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2022	2023	2024	2025
Tarifliche Monatsverdienste mit Sonderzahlungen	2,2	4,3	3,4	3,2
Effektivverdienste je Arbeitnehmer	4,1	6,6	3,6	3,3
Lohndrift	1,9	2,3	0,2	0,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Die Effektivverdienste je Beschäftigten haben im Verlauf des Jahres 2023 kräftig zugelegt. Dies dürfte auf den Lohn- und Preisdruck durch die gestiegene Inflation und auch auf die Arbeitskräfteknappheit zurückzuführen sein. Zudem dürfte die vom Gesetzgeber eingeräumte Möglichkeit der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie auch außerhalb der Tariflohnvereinbarungen einen kräftigen Lohnschub begünstigt haben. Diese Einmalzahlungen erhöhen kurzfristig die Effektivverdienste, reduzieren jedoch den Effektivlohnanstieg in der Zeit danach, falls diese nicht in Form einer Stufenenerhöhung verstetigt werden. Die gegenwärtig schwache konjunkturelle Situation hat den Lohnanstieg noch nicht grundlegend ausgebremst, sodass im Jahr 2023 die Effektivlöhne je Arbeitnehmer wohl um 6,6% ansteigen dürften und damit sogar etwas kräftiger als die Verbraucherpreise mit 6,0% (vgl. Tabelle 11). Der Anstieg der Tarifverdienste liegt mit 4,3% im Jahr 2023 dagegen deutlich niedriger. Im Jahr 2024 dürfte die Lohndynamik mit nachlassender Inflation und nur verhalten anziehender Konjunktur dann wohl auch etwas schwächer mit 3,6% ausfallen und im Jahr 2025 um etwa 3% betragen. Die Lohnstückkosten steigen im Jahr 2023 sogar um 7,2%. Im Jahr 2024 dürfte der Anstieg bereits deutlich geringer sein und am Ende des Prognosezeitraums nochmals nachlassen.

## Außenhandelsschwäche wird im kommenden Jahr allmählich überwunden

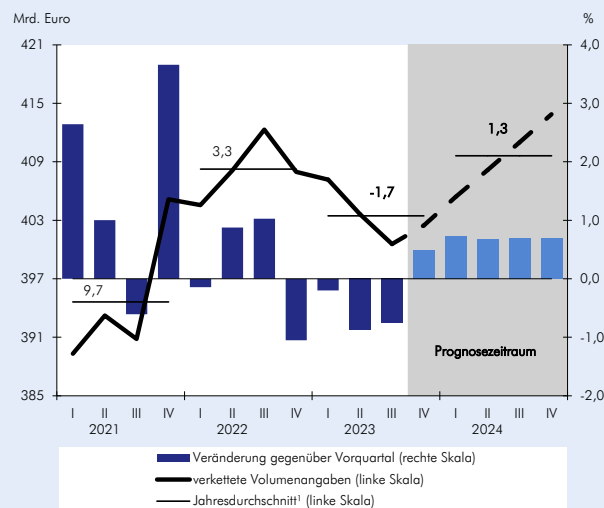
In Folge der weltweiten konjunkturellen Abkühlung und der Energiekrise schwächte sich der Außenhandel im Herbst des Jahres 2022 als spürbar ab (vgl. Abbildung 10 und 11). Seitdem befinden sich sowohl Ausfuhren wie auch Einfuhren in einer anhaltenden Schwächephase.

Die Warenausfuhren gaben nach einer kurzzeitigen Erholung im Februar ab dem Frühjahr kräftig nach, auch preisbereinigt, und regional sehr breit verteilt: sowohl in die Euro-Länder als auch in die übrigen europäischen Länder und in die Drittstaaten. Nach Gütergruppen betrachtet waren vor allem die Vorleistungsgüter, daneben auch Konsumgüter betroffen, im dritten Quartal zudem Investitionsgüter. Industrielle Aufträge aus dem Ausland stiegen zwar zunächst

an, Lieferengpässe lösten sich auf und sinkende Energiepreise legten im ersten Halbjahr eine Anregung von Produktion und Ausfuhren nahe. Allerdings blieben die Auftragseingänge im zweiten und dritten Quartal jeweils unter dem Vorquartalsstand. Zudem stiegen die Rohstoffpreise ab Juli wieder an und belasteten Produktion und Nachfrage. In nicht-energieintensiven Branchen, etwa bei Investitionsgüterherstellern, dürften zum Rückgang auch gestiegene Finanzierungskosten beigetragen haben.

**Abbildung 10**  
Reale Exporte

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

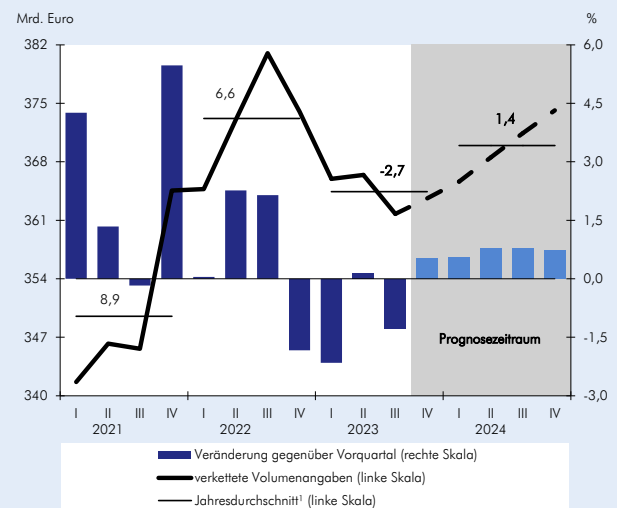


<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung 11**  
Reale Importe

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Gleichfalls sanken die Wareneinfuhren im Jahresverlauf deutlich, nicht nur wertmäßig aufgrund kräftig rückläufiger Einfuhrpreise, sondern auch in preisbereinigter Betrachtung. Sie gaben regional unterschiedlich stark nach, und trotz eines kurzzeitigen Anstiegs der Importe aus China (2. Quartal) gingen sie insgesamt in allen drei Quartalen zurück. Neben China betraf dies Lieferungen aus allen großen europäischen Partnerländern sowie den USA. Nach Gütergruppen betrachtet waren – wie bei den Exporten – vor allem die Vorleistungsgüter, daneben auch Konsumgüter, im dritten Quartal zusätzlich Investitionsgüter betroffen.

Die Frühindikatoren für die Außenwirtschaft geben für die kommenden Monate gemischte Signale: Die ifo Exporterwartungen, die seit Juni deutlich im Minus liegen, verbesserten sich zuletzt zweimal leicht; die ausländischen Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt (einschließlich Großaufträgen) waren bis zuletzt rückläufig, ohne Großaufträge blieben sie allerdings etwa auf dem Niveau des Frühjahrs, und aus den Ländern außerhalb des Euroraums legten sie sogar leicht zu. Demgegenüber deuten die Schiffbewegungsdaten des Kiel-Trade-Indikators für den letzten Berichtsmonat (November) auf einen weiteren Rückgang des Welthandels hin.

Alles in allem werden die Ausfuhren im Jahr 2023 um 1,7% gegenüber dem Vorjahr abnehmen (vgl. Tabelle 12). Sie dürften sich aber im Winterhalbjahr stabilisieren und wieder auf einen positiven Pfad einschwenken. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird die Expansion mit der allmählich anziehenden Nachfrage der Handelspartnerländer mit 1,3% im Jahr 2024 und 2,5% im Jahr 2025 wieder zulegen. Die Importe werden im Jahr 2023 um 2,7% noch deutlich kräftiger sinken als die Exporte, sie legen dann aber im Verlauf der nächsten beiden Jahre im Zuge der Belebung der Binnenkonjunktur auch mit etwas höheren Raten wieder zu und gewinnen mit 1,4% bzw. 2,8% an Fahrt.

**Tabelle 12**  
Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	3,3	-1,7	1,3	2,5
Importe, real	6,6	-2,7	1,4	2,8
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	50,9	47,3	46,9	47,4
Importe, nominal	49,0	43,1	42,4	42,8
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	76,3	172,6	190,9	200,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Die Preisentwicklung im Außenhandel war in den ersten drei Quartalen durch deutlich fallende Energiepreise und andere Rohstoffpreise geprägt und führte zu einem drastischen Rückgang der im Vorjahr stark gestiegenen Importpreise; auch die Exportpreise gingen – etwas verhaltener – weiter zurück. Seit August lassen wieder steigende monatliche Außenhandelspreise erkennen, dass sich der Abwärtstrend allmählich abschwächt und voraussichtlich gegen Jahresende 2023 zum Stillstand kommt. Die Terms of Trade steigen im Jahr 2023 deutlich (4,3%) und werden sich im weiteren Prognosezeitraum stabilisieren. Der Saldo der Handelsbilanz verbessert sich in diesem Jahr merklich und erreicht wieder seinen längerfristigen Durchschnitt. Der Leistungsbilanzsaldo erhöht sich im Jahr 2023 aufgrund der verbesserten Terms of Trades auf 285 Mrd. Euro (ca. 6,9% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt); in den beiden Folgejahren dürfte er etwa bei 7,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen.

### Auftragsbestand kaum mehr Stütze für Ausrüstungen

Die Investitionen in Ausrüstungen legten in den ersten drei Quartalen 2023 zu, da die durch Lieferengpässe aufgestaute Auftragsbestände weiter abgearbeitet wurden. Die staatliche Förderung für den Kauf von Elektroautos bis Ende August 2023 dürfte diese Entwicklung gestützt haben. Allerdings zeigen Umfrageergebnisse der Investitionsgüterhersteller, dass sich der Auftragsbestand gegenüber den Vormonaten im November weiter verringert hat (vgl. Abbildung 12) und dass die Unternehmen ihren aktuellen Bestand als zu gering einschätzen.

Die Auftragseingänge sind seit Juli rückläufig und zuletzt sogar kräftig (-6,0%) eingebrochen. Die inländischen Umsätze haben zu Beginn des vierten Quartals zwar nochmals leicht zugelegt, allerdings zeigen die monatlichen Produktionszahlen der Investitionsgüterhersteller im Oktober bereits einen leichten Rückgang an. Die Zulassungen gewerblicher Kraftfahrzeuge im Vergleich zum Vorjahr ging ebenfalls zurück (-4,1%). Daher dürften die Investitionen in Ausrüstungen im Winterhalbjahr 2023/2024 zurückgehen.

Die Materialknappheit in der Industrie hat deutlich abgenommen, so berichteten im Oktober nur noch 18% der befragten Firmen von Engpässen im Vergleich zu 48% zu Beginn des Jahres; im Automobilbau sind es noch etwa 36% (Januar 2023: 74%).<sup>10</sup>

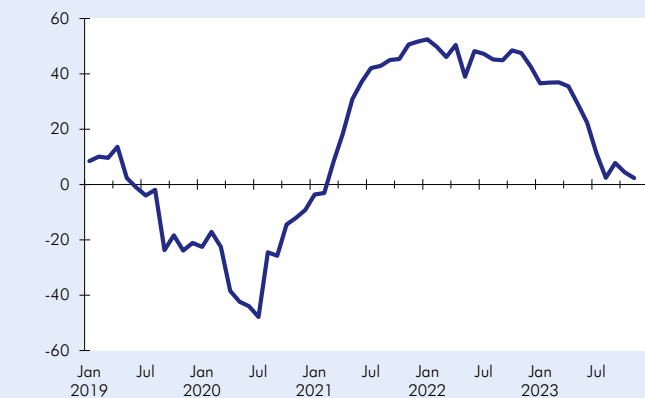
Die jüngste Umfrage unter Investitionsgüterherstellern im November zeigt jedoch, dass die Geschäftserwartungen der Unternehmen weiter pessimistisch sind und sich die Produktionserwartungen deutlich verschlechtert haben. Die Stimmung in der deutschen Automobilindustrie hat sich ebenso eingetrübt und ihre Erwartungen haben sich weiter verschlechtert.<sup>11</sup>

In den ersten drei Quartalen des Jahres sind die Preise für Ausrüstungen wieder deutlich gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, nachdem die Teuerung im Zuge von Lieferengpässen insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2022 Rekordwerte von knapp 8% gegenüber dem Vorjahr erreicht hatte. Der anhaltende Rückgang der Energiepreise dürfte die Unsicherheit der Unternehmen weiter verringern und dazu führen, dass auch ein Teil der aufgestauten Investitionsvorhaben insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2024 nachgeholt werden dürfte (vgl. Abbildung 13). Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen mit 3,4% im laufenden Jahr expandieren und durch den Dämpfer im Winterhalbjahr als konjunkturreagibelste Nachfragekomponente im Jahr 2024 um -0,3% zurückgehen. Im Jahr

**Abbildung 12**

#### Auftragsbestand Investitionsgüterhersteller

Einschätzung, ob der Auftragsbestand zu groß oder zu klein ist (Saldo)



Quelle: ifo Konjunkturumfrage.

<sup>10</sup> Vgl. ifo: [Materialengpässe in der Industrie merklich kleiner](#), Pressemitteilung vom 13.11.2023.

<sup>11</sup> Vgl. ifo: [Geschäftsklima in der Autoindustrie kühlt leicht ab](#), Pressemitteilung vom 01.12.2023.

2025 dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen dann zu einer normalen Dynamik zurückkehren, die Rüstungsinvestitionen jedoch weiter ausgeweitet werden. Insgesamt dürften Ausrüstungen dann um 3,1% zulegen.

Die Investitionen in sonstige Anlagen, d. h. vor allem Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software und Datenbanken, dürften im Prognosezeitraum mit vergleichsweise stabilen Raten ausgeweitet werden. Aufgrund eines schwachen Jahresauftaktes ergibt sich allerdings für das laufende Jahr ein Rückgang um -0,7%. In den Jahren 2024 und 2025 dürften sie jeweils mit 2,1% bzw. 2,6% zulegen.

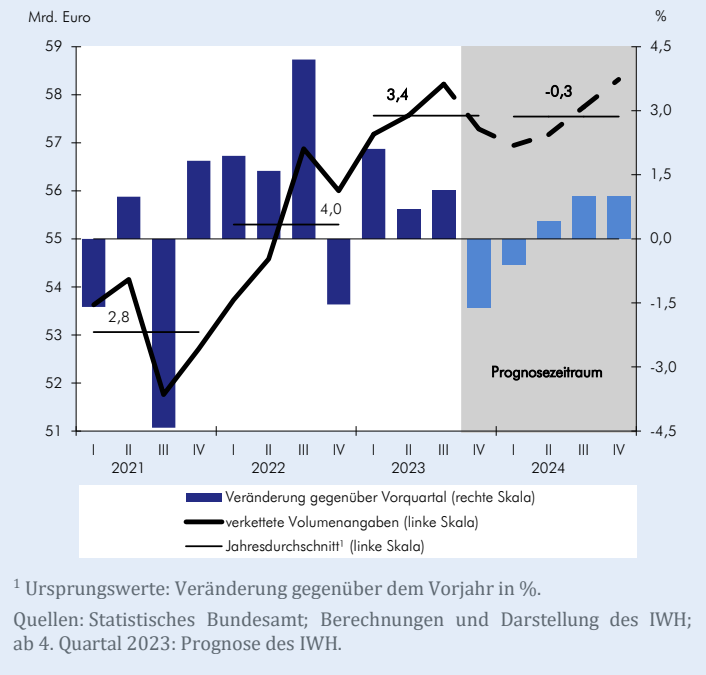
### Bauindustrie im Abschwung

Die Bauinvestitionen wurden zu Beginn des Jahres 2023 um 2,7% kräftig ausgeweitet. Dies war vor allem auf den nach wie vor hohen Auftragsbestand und den milden Winter zurückzuführen. In den beiden Folgequartalen war die Entwicklung zweigeteilt, während die Investitionen in Wohnungsbau und öffentlichem Bau zurückgingen, verzeichnete der Wirtschaftsbau eine kräftige Expansion.

Die Anzahl der Baugenehmigungen für Wohnungen sank von Januar bis September 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 28,3 % auf 195 100 Einheiten, was den niedrigsten Stand seit dem Jahr 2013 darstellt. Im Bauhauptgewerbe gingen die Auftragseingänge im September erneut um über 7% zurück, vor allem durch einen kräftigen Rückgang im Tiefbau, was jedoch auf Großaufträge im August zurückzuführen ist. Die vom ifo Institut befragten Unternehmen schätzen ihre Auftragsreichweite derzeit auf etwa 3,7 Monate. Zwar beurteilten die Unternehmen sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch ihre Erwartungen etwas besser als zuletzt. Dennoch bleibt die Stimmung in der Bauwirtschaft insgesamt äußerst schlecht.

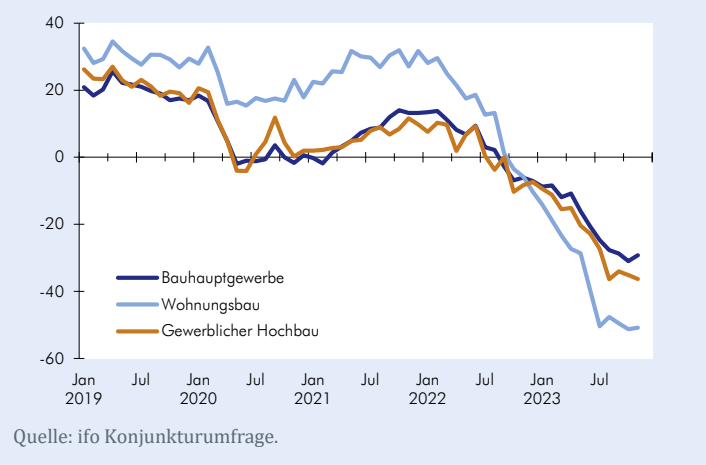
Aktuelle Umfragen des ifo Instituts und der DIHK zeigen, dass ein stark zunehmender Anteil der Unternehmen vor allem die fehlende Nachfrage als Geschäftsrisiko sieht. Besonders im Wohnungsbau spitzt sich die Lage weiter zu: Im November 2023 beklagten über 49% der vom ifo befragten Unternehmen im Wohnbau einen Mangel an Aufträgen; vor einem Jahr waren es noch unter 23%. Zudem berichten über 21% der Unternehmen von anhaltenden Auftragsstornierungen.<sup>12</sup> Die noch hohen Auftragsbestände der Wohnbauunternehmen sind in den letzten Monaten deutlich abgeschmolzen (vgl. Abbildung 14).

**Abbildung 13**  
Reale Investitionen in Ausrüstungen  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung 14**  
Auftragsbestand Baugewerbe  
Einschätzung, ob der Auftragsbestand zu groß oder zu klein ist (Saldo)



Quelle: ifo Konjunkturumfrage.

<sup>12</sup> Vgl. ifo: [Düstere Perspektiven für den Wohnungsbau](#), Pressemitteilung vom 11.12.2023.

Im vierten Quartal 2023 dürften die Bauinvestitionen über alle Sparten hinweg zurückgegangen sein. Die Bauproduktion sank im Oktober im Vergleich zum Vormonat bereits um 2,2%. Insbesondere die zunehmende Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen dämpft insbesondere den Wohnungsbau. Darüber hinaus ist die Neukreditvergabe schwach. Der deutliche Rückgang der Nachfrage im Wohnungsbau und die resultierende Unterauslastung der Kapazitäten dürfte auch negative Folgen für die Beschäftigung mit sich bringen. So gab jedes dritte Hochbauunternehmen in der Herbstumfrage der DIHK an, in den kommenden zwölf Monaten Beschäftigung abzubauen. Im Bereich Ausbau sowie Tiefbau dürfte sich jedoch der Fachkräftemangel weiter bemerkbar machen.

Um die Bauwirtschaft zu beleben, hat die Bundesregierung jüngst im Rahmen des sogenannten Bau-Turbo-Paktes Maßnahmen zur Beschleunigung von Planung, Genehmigung und Bau beschlossen.<sup>13</sup>

Dieser Pakt ergänzt die bereits im September auf den Weg gebrachten Maßnahmen für zusätzliche Investitionen in den Bau von bezahlbarem Wohnraum.<sup>14</sup>

Für die Bauinvestitionen insgesamt ergibt sich ein Rückgang um 1,6% in diesem Jahr und 2,3% im nächsten Jahr (vgl. Tabelle 13 und Abbildung 15). Für 2025, ist mit einer Expansion um 1,2% zu rechnen. Die Baupreise dürften mit abnehmenden Materialpreisen im Winterhalbjahr weiter zurückgehen und die seit Monaten rückläufigen Preiserwartungen der Bauunternehmen lassen darauf schließen, dass auch mit Preissenkungen im Jahr 2024 zu rechnen ist. Der Deflator der Bauinvestitionen dürfte im laufenden Jahr um 7,7% zunehmen und damit wieder deutlich langsamer als im Jahr 2022 (über 16%). Für das nächste Jahr dürfte mit einem Rückgang der Preise zu rechnen sein. Dies dürfte wiederum die Nachfrage stimulieren, sodass im Jahr 2025 wieder mit einem leichten Preisanstieg zu rechnen ist.

### Privater Konsum erholt sich langsam

Die nominalen verfügbaren Einkommen werden im Jahr 2023 mit 6,0% deutlich zulegen und damit genauso kräftig wie die Verbraucherpreise. Durch eine Reihe von staatlichen Transfers und Entlastungen wie die Kindergelderhöhung, Energiegeld für weitere Bevölkerungsgruppen und einen Inflationsausgleich bei der Einkommensteuer konnte

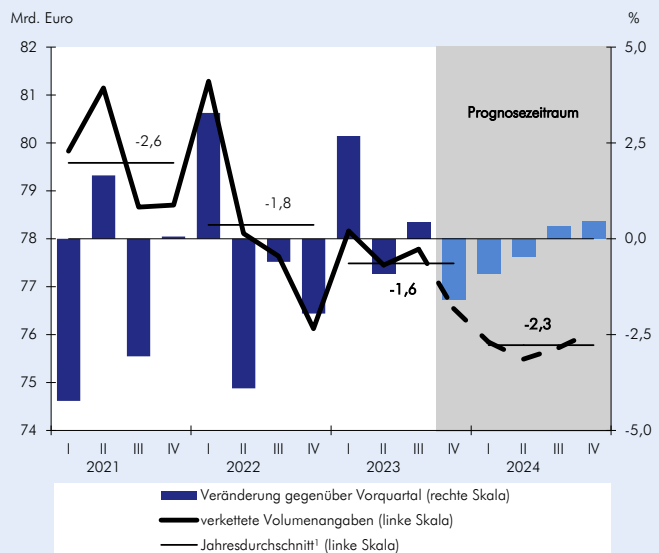
**Tabelle 13**  
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2022	2023	2024	2025
Anlageinvestitionen insgesamt	0,1	0,1	-1,0	2,0
Bauinvestitionen insgesamt	-1,8	-1,6	-2,3	1,2
Wohnbauten	-2,2	-2,3	-3,5	1,2
Nichtwohnbauten insgesamt	-1,1	-0,4	-0,3	1,2
gewerbliche Bauten	-1,6	-1,5	0,2	1,0
öffentliche Bauten	-0,1	2,0	-1,2	1,8
Ausrüstungen	4,0	3,4	-0,3	3,1
Sonstige Anlagen	-0,7	-0,6	2,1	2,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

**Abbildung 15**  
Reale Bauinvestitionen  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

<sup>13</sup> Vgl. Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB): Der Bau-Turbo-Pakt für Deutschland, 06.11.2023.

<sup>14</sup> Vgl. BMWSB: Maßnahmen der Bundesregierung für zusätzliche Investitionen in den Bau von bezahlbarem und klimagerechtem Wohnraum und zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Bau- und Immobilienwirtschaft, 25.09.2023.

somit ein realer Einkommensverlust verhindert werden. In den Jahren 2024 und 2025 dürften die verfügbaren Einkommen dann zwar langsamer zulegen, jedoch ist bei einer deutlich verringerten Inflation wieder mit realen Einkommenszuwächsen zu rechnen (vgl. Tabelle 14).

Nachdem zu Beginn des Jahres 2023 die Sparquote noch deutlich zurückgegangen war, kam es im Sommerhalbjahr wieder zu einer Zunahme der Sparneigung. Zudem dürfte die im kürzlich neu abgeschlossenen Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes der Länder vereinbarte Inflationsausgleichszahlung, die Ende Dezember 2023 in Höhe von 1 800 Euro ausbezahlt werden soll, kurzfristig die Sparquote im vierten Quartal 2023 steigen lassen. Im Jahr 2024 dürfte die Sparquote dann wieder zurückgehen (vgl. Abbildung 16).

Der kräftige Anstieg der Verbraucherpreise besonders zu Beginn des Jahres 2023 hat den Konsum der privaten Haushalte ausgebremst (vgl. Abbildung 17). Auch wenn sich die Konsumentenstimmung im dritten Quartal 2023 bereits wieder verbessert hat, gab es nochmals einen Rückgang der privaten Konsumausgaben. Für das vierte Quartal deutet sich ein Erholungseffekt an, da die realen Einzelhandelsumsätze im Oktober 2023 um mehr als 1% zulegten und die Verbraucherpreise im November gegenüber Oktober sanken. Jedoch dürfte der Mautanstieg den Preisauftrieb wieder neu entfachen, sodass auch im Endquartal 2023 wohl nur ein mäßiger Anstieg der privaten Konsumausgaben zu erwarten ist. Auch deswegen wird für das Jahr 2023 insgesamt ein Rückgang der Konsumausgaben unvermeidlich sein. Das Jahr 2024 startet mit neuen Belastungen für die privaten Haushalte: Hier dürften die angehobenen Mautgebühren dann vollständig auf die Verbraucherpreise umgelegt worden sein, auch die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Gebühren lässt die Preise weiter steigen. Die Strom- und Gaspreisbremse ist ausgelaufen und höhere Sozialversicherungsbeiträge belasten das Budget. Dem gegenüber stehen Entlastungen bei der Einkommenssteuer und die Erhöhung von sozialen Leistungen wie das Bürgergeld, die direkt in den Konsum fließen dürften. Alles in allem wird im Verlauf des Prognosezeitraums der private Konsum als größtes Aggregat der Volkswirtschaft kaum an Schwung gewinnen.

**Tabelle 14**  
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup> in Deutschland

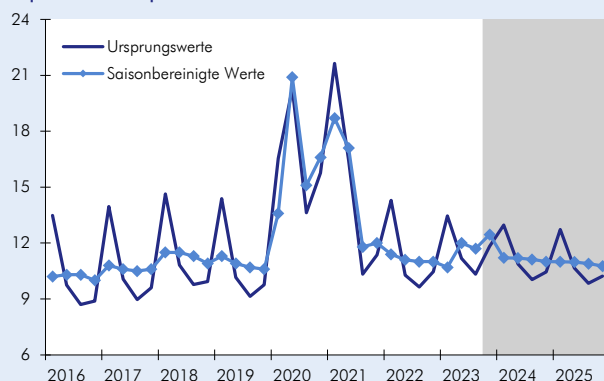
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2022	2023	2024	2025
verfügbares Einkommen, nominal	6,3	6,0	3,3	2,6
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	5,3	9,5	3,6	1,2
monetäre Sozialleistungen	1,7	5,9	4,7	4,8
Selbstständig-, Vermögenseinkommen	10,8	1,0	1,9	3,1
Sparen	-20,7	11,1	-2,3	0,4
private Konsumausgaben, nominal	10,9	5,2	3,9	2,7
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	5,8	7,5	3,8	3,2
Sparquote (in %)	11,1	11,7	11,1	10,8
Preisindex des privaten Konsums	6,7	6,3	2,7	1,7
private Konsumausgaben, real	3,9	-1,0	1,2	1,1

<sup>1</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

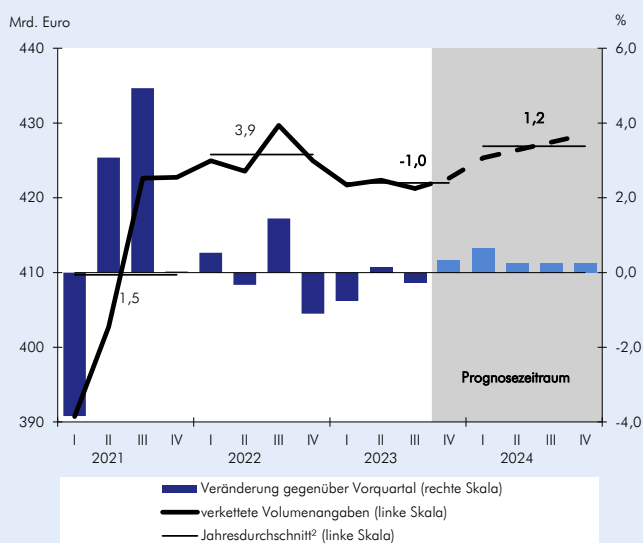
**Abbildung 16**  
Sparquote<sup>1</sup> der privaten Haushalte



<sup>1</sup> Anteil des Sparens in % an der Summe von Verfügbarem Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem vierten Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung 17**  
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup>  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

## Inflation sinkt langsam weiter

Im Lauf des Jahres 2023 hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise deutlich verlangsamt, vor allem, aber nicht nur, weil die Energiepreise deutlich niedriger sind als vor einem Jahr. Weiterhin recht hoch ist die Preisdynamik bei den Nahrungsmitteln. Insgesamt ist die Inflationsrate von knapp 9% im Herbst 2022 auf 3,2% im Oktober 2023 zurückgegangen, mit 3,8% etwas höher liegt die Rate für den Warenkorb ohne Energie und Nahrungsmittel. In den kommenden Quartalen werden die Inflationsraten weiter, aber mit stark abnehmendem Tempo sinken, denn der Basiseffekt der hohen Vorjahrespreise bei Energie verliert sich, und außerdem wirken einige Regulierungsmaßnahmen preisteigernd: Die Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas und in der Gastronomie endet zum Jahreswechsel, es kommt zur Bepreisung von CO<sub>2</sub> in den Bereichen Wärme und Verkehr und die LKW-Maut wird angehoben. Trotzdem dürfte die Inflation auch wegen der schwachen Konjunktur weiter sinken und im Jahresdurchschnitt 2024 bei 3% liegen. Für das Jahr 2025 beinhaltet die vorliegende Prognose eine Rate von 2,1%.

## Rezession im Produzierenden Gewerbe

Nach einem moderaten Jahresauftakt 2023 hat sich die Produktion in den Folgequartalen zweigleisig entwickelt: Die Dienstleister, insbesondere der Handel, konnten ihre Produktion ausweiten. Das Produzierende Gewerbe hingegen befindet sich nunmehr in einer Rezession. In den ersten drei Quartalen fiel die Entwicklung in Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt aufgrund eines schwankenden Gütersteueraufkommens auseinander. So kam es insbesondere im dritten Quartal zu einem Rückgang der Gütersteuern, sodass das Bruttoinlandsprodukt sank (-0,1%), obwohl die Bruttowertschöpfung leicht expandierte (+0,1%).

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe ist im Oktober um 0,4% gesunken. Der Rückgang in der Industrie dürfte zwar von Brücken- und Ferientagen beeinflusst sein, aber auch ohne diese Sondereffekte ist eine schwache Entwicklung zu beobachten. Trotz des kräftigen Rückgangs der Gas- und Strompreise über den Sommer hat sich bislang keine Erholung in den energieintensiven Bereichen eingestellt. Auch die Aktivität im schon seit längerem schwächeren Baugewerbe sank im Oktober um 2,2% gegenüber dem Vormonat. Die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung dürfte im vierten Quartal zurückgegangen sein, denn die Dienstleister werden den Einbruch im Produzierenden Gewerbe nicht wettmachen können. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ist im Oktober um 3,7% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, allen voran die Aufträge im Maschinenbau um 13,5%. Auch die ifo Umfrageergebnisse deuten an, dass die Geschäftslage der Unternehmen ungünstig ist. Ein positives Signal kommt allerdings vom Lkw-Maut-Fahrleistungsindex, der im November 2023 leicht zum Vormonat gestiegen ist.

Vom Wirtschaftszweig Handel, Verkehr und Gastgewerbe ist aufgrund der überraschend kräftigen Ausweitung im dritten Quartal kaum ein neuerlicher Impuls im Schlussquartal zu erwarten, zumal die Teuerung nach wie vor hoch ist.

**Tabelle 15**

### Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2023				2024			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,1	-0,1	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,3
<i>Darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	0,3	-0,2	0,1	-0,3	0,1	0,3	0,3	0,4
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,5	-0,5	-1,3	-1,3	0,1	0,3	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	0,2	-0,9	-1,3	0,2	0,3	0,3	0,3
Energie- und Wasserversorgung	-2,5	-5,0	-4,0	-1,2	-0,7	0,2	0,2	0,3
Baugewerbe	5,2	-0,7	0,4	-0,5	-0,4	0,1	0,1	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,4	0,1	1,7	0,2	0,3	0,5	0,3	0,5
Information und Kommunikation	-0,2	1,8	0,9	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-2,0	-1,5	1,1	-0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,8	0,3	0,4	-0,2	-0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	-0,2	0,4	0,1	0,2	0,2	0,4	0,3	0,4
öffentliche Dienstleister	0,9	-0,7	-0,2	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3
sonstige Dienstleister	2,2	0,2	1,3	-0,7	0,3	0,4	0,4	0,3

<sup>1</sup> Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2023: Prognose des IWH.

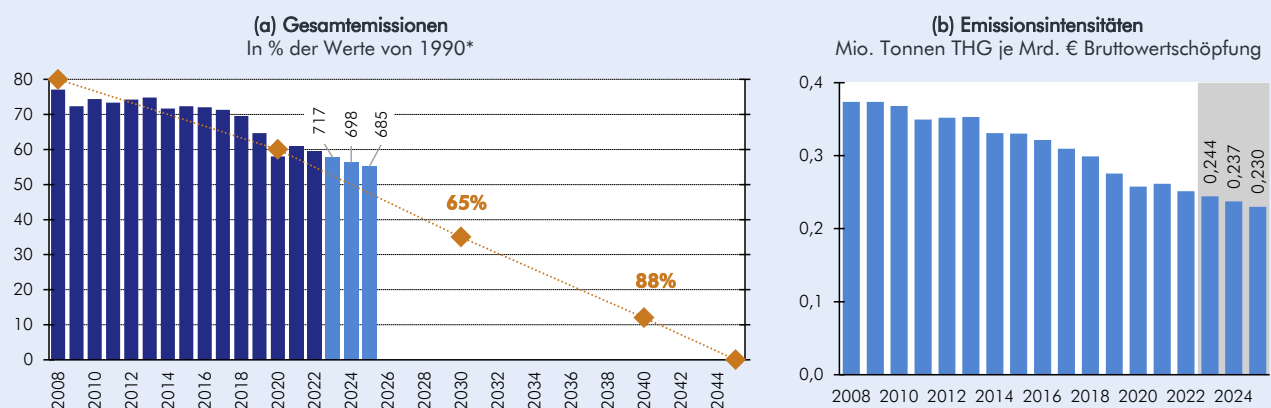
Zum Jahresbeginn 2024 dürfte sich die Wirtschaft wieder fangen und die Produktionsflaute überstanden sein, wenn aufgrund einer wieder etwas anziehenden Nachfrage nach Industriegütern die Auftragsbestände zulegen. Zumindest sind die ifo Geschäftserwartungen jüngst weniger pessimistisch. Die Schwächephase in der Baukonjunktur dürfte aber noch länger anhalten. Der Handel wird hingegen durch einen spürbaren Anstieg der Realeinkommen an Dynamik gewinnen.

Alles in allem dürfte die Bruttowertschöpfung in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte stärker und im Jahr 2024 um 0,2 Prozentpunkte schwächer als das Bruttoinlandsprodukt expandieren (vgl. Tabelle 15).

Die konjunkturelle Abschwächung und die nachfolgende Erholung, insbesondere in der Industrie, beeinflussen auch die Emission von Treibhausgasen. Bereits im Jahr 2020 war das Emissionsvolumen im Zuge des drastischen Konjunkturerfalls deutlich gesunken. In den Folgejahren haben die Emissionen jedoch erneut kräftig zugelegt. Legt man die durchschnittliche Reduktion der Treibhausgasintensität der Produktion aus den vergangenen Jahren zugrunde, so resultieren aus der Wirtschaftsleistung Emissionen (CO<sub>2</sub>-äquivalent) in Höhe von 717 Millionen Tonnen im Jahr 2023. Die Sektoren Verarbeitendes Gewerbe (C) und Energie/Wasser (D/E) tragen zu 48% der Gesamtemissionen bei. Im Jahr 2025 dürften die Emissionen etwa 685 Millionen Tonnen betragen. Diese liegen damit fast 16% oberhalb eines linearen Abbaupfads, der zur Erfüllung der Emissionsreduktionsziele führen würde (vgl. Abbildung 18).

Abbildung 18

## Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2025



**Anmerkung:** Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

\*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mill. Tonnen, CO<sub>2</sub>-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

## Ostdeutsche Produktionsentwicklung im Jahr 2023 wohl etwas günstiger als in Deutschland insgesamt

Der gegenwärtige Abschwung dürfte in Ostdeutschland etwas sanfter verlaufen als in Deutschland insgesamt. Zum einen hatten Umsätze und Auftragseingänge des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes in den ersten drei Quartalen des Jahres 2023 eine etwas höhere Dynamik. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass in Grünheide die Autoproduktion weiter hochgefahren worden ist, aber auch in anderen neuen Werken wie der CATL-Batteriefabrik in Erfurt die Arbeit aufgenommen wurde. Zum anderen entwickeln sich die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland schon seit einigen Jahren günstiger als im Westen.

Die ostdeutschen Bruttolöhne und -gehälter legten im Jahr 2022 mit 6,6% und damit in etwa so stark wie die Konsumentenpreise zu, der Zuwachs der Bruttolöhne im Westen lag dagegen einen Prozentpunkt darunter. Im Jahr 2023 werden die Einkommen durch die Erhöhung des im Osten besonders häufig gezahlten Mindestlohns (auf 12 Euro je Stunde ab Oktober 2022) gestützt. Zudem wird die gesetzliche Rente um 5,9% und damit um 1,5 Prozentpunkte stärker erhöht als im Westen. Alles in allem dürfte die ostdeutsche Produktion in diesem Jahr mit 0,5% etwas zulegen, während sie in Deutschland insgesamt wohl um 0,4% sinkt (vgl. Abbildung 19). Allerdings legt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ostdeutschland nicht mehr zu, im September war sie so hoch wie vor einem Jahr



(Deutschland insgesamt: +0,6%). Weil die Zahl der Beschäftigten aus demografischen Gründen in den kommenden Jahren sinkt, dürfte das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt dann kaum noch stärker als das in Gesamtdeutschland expandieren. Zudem gibt es ab 2024 keine höheren Rentensteigerungen, denn die Angleichung des Rentenwertes zwischen Ost und West wird schon im laufenden Jahr erreicht.

Diese Prognose enthält keine Sondereffekte von dem geplanten Bau von Chipfabriken in Magdeburg und Dresden. Mit dem Verfassungsgerichtsurteil ist auch wieder zweifelhaft, ob die Großprojekte verwirklicht werden, denn Gelder aus dem Klima- und Transformationsfonds stehen zu ihrer Subventionierung nicht mehr zur Verfügung, und ein gänzlicher Wegfall der Subventionen würde wohl das Aus für die Projekte bedeuten. Allerdings könnten sich diese Investitionsprojekte mit einem Volumen von mehreren Milliarden Euro durchaus in den gesamtwirtschaftlichen Statistiken der ostdeutschen Länder niederschlagen. So expandierten die Bauinvestitionen in Brandenburg während der Errichtung der Tesla-Fabrik in Grünheide in den Jahren 2020 und 2021 um 4,3% und 5,9% und damit deutlich stärker als in Deutschland insgesamt (+3,9% und -2,6%).

### Finanzierungsdefizit des Staates geht zurück

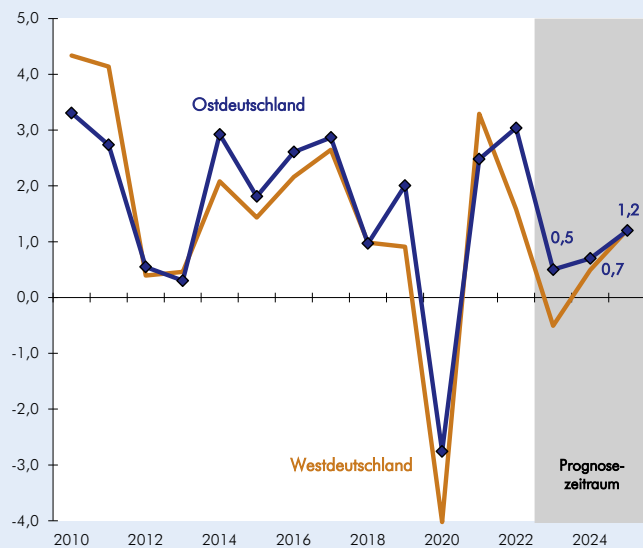
Im Jahr 2023 wird das Haushaltsdefizit des Staates etwas geringer ausfallen als im Jahr zuvor. Zwar werden die Einnahmen des Staates, vor allem die Steuereinnahmen, aufgrund der konjunkturellen Schwäche, erneuter steuerlicher Erleichterungen und der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie deutlich verhaltener expandieren als im Jahr zuvor. Gleiches gilt jedoch für die Ausgaben, weil hier sowohl Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie deutlich zurückgehen als auch Einmalzahlungen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg aus dem Vorjahr entfallen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo bei -2,0% liegen.

Im Jahr 2024 nehmen die Einnahmen des Staates wieder leicht beschleunigt zu. Sowohl die Steuereinnahmen als auch die Nettosozialbeiträge nehmen etwas stärker zu als im Jahr zuvor. Während Bruttolöhne und -gehälter mit einer ähnlichen Rate zulegen wie im Jahr 2023 und bei der Lohnsteuer Rechtsänderungen, insbesondere das Inflationsausgleichsgesetz, erneut einnahmehindernd wirken, wird annahmegemäß weniger steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie gezahlt; dafür fällt der Tariflohnanstieg stärker aus. Bei den Sozialbeiträgen wirken zudem die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 und der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Jahresbeginn 2024 einnahmesteigernd. Bei den Steuern vom Umsatz wirkt, trotz einer weiterhin schwachen privaten Konsumnachfrage und einer abnehmenden Preisdynamik, das Auslaufen der temporären Umsatzsteuersenkung auf Erdgas und in der Gastronomie einnahmesteigernd. Zudem wird die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr im Jahr 2024 wieder angehoben. Die gewinnabhängigen Steuern legen hingegen aufgrund der konjunkturellen Schwäche im Vorjahr deutlich verhaltener zu. Die Verkäufe des Staates dürften infolge der Integration des ÖPNV in den Sektor Staat im Mai 2023 nochmals kräftig expandieren, allerdings nicht mehr im selben Maß wie im Vorjahr. Die empfangenen Vermögenseinkommen, die in den beiden Vorjahren im Zuge des sich ändernden Zinsumfeldes stark expandierten, legen im Jahr 2024 hingegen verhaltener zu. Alles in allem nehmen die Einnahmen des Staates im Jahr 2024 um 4,6% zu, nach 3,9% im Jahr zuvor.

Die gesamtstaatlichen Ausgaben werden im Jahr 2024 nur geringfügig stärker expandieren als im Vorjahr. So legen die Vorleistungskäufe, die im Jahr 2023 durch die Integration des ÖPNV in den Sektor Staat sowie durch die hohe

**Abbildung 19**  
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2023 Prognose des IWH.

Preisdynamik und in den davorliegenden Jahren durch Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie überzeichnet waren, im Jahr 2024 verlangsamt zu. Letzteres gilt auch für die sozialen Sachleistungen, sodass diese im Jahr 2024 zwar etwas dynamischer als im Vorjahr, aber dennoch verhalten zunehmen. Die Arbeitnehmerentgelte dürften hingegen im Jahr 2024 erneut kräftig zulegen. Hier schlagen sich die hohen Tarifabschlüsse nieder. Die Zinsausgaben des Staates dürften im Jahr 2024 erneut deutlich zunehmen, wenn auch nicht mehr ganz so stark wie in den beiden Jahren zuvor. Die monetären Sozialleistungen wurden im Jahr 2023 durch die kräftige Rentenanpassung zur Jahresmitte, die Einführung des Bürgergeldes und Leistungsausweitungen beim BAföG und beim Wohngeld zu Jahresbeginn sowie durch den Zustrom Geflüchteter aus der Ukraine spürbar ausgeweitet. Im Folgejahr dürfte die Expansion der monetären Transfers etwas geringer ausfallen. Zwar steigen die Regelsätze beim Bürgergeld zu Jahresbeginn kräftig, die Rentenanpassung zur Jahresmitte dürfte jedoch deutlich geringer ausfallen als im Jahr zuvor. Die Bruttoinvestitionen werden im Jahr 2024 nicht mehr ganz so kräftig expandieren wie in den Vorjahren. Zwar ist für die Ausrüstungsinvestitionen des Staates durch die Beschaffungen über das Sondervermögen Bundeswehr im Jahr 2024 mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen, die Investitionen in öffentliche Bauten dürften jedoch aufgrund des Rückgangs der Baupreise mehr oder weniger stagnieren. Die sonstigen laufenden Transfers, die im Jahr 2023 aufgrund rückläufiger EU-Abführungen und des Wegfalls von Einmalzahlungen im Vorjahr stark zurückgingen, nehmen im Jahr 2024, nicht zuletzt aufgrund wieder höherer Abführungen an die EU, wieder zu. Rückläufig entwickeln sich hingegen die geleisteten Vermögenstransfers und die Subventionen. Hier dürften auch das Auslaufen des WSF-Energie und die unterstellte Rückführung der Ausgaben des KTF zu Buche schlagen. Alles in allem nehmen die gesamtstaatlichen Ausgaben im Jahr 2024 um 3,1% zu.

Im Jahr 2025 nehmen die öffentlichen Einnahmen mit einer höheren Rate zu als im Jahr zuvor. Wenngleich die Bruttolöhne und -gehälter schwächer expandieren, ist der Zuwachs der Steuereinnahmen dennoch höher, weil Rechtsänderungen weniger einnahmемindernd wirken. So dürften die Entlastungen bei der Einkommensteuer deutlich geringer ausfallen, und die Steuer- und Beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie entfällt. Letzteres wirkt sich auch bei den Sozialbeiträgen aus. Bei Letzteren führt zudem der neuerliche Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmesteigernd. Die Ausgaben des Staates legen im Jahr 2025 leicht beschleunigt zu. Zum einen dämpfen die Subventionen und die geleisteten Vermögenstransfers den Ausgabeanstieg nicht mehr ganz so stark wie im Jahr zuvor, zum anderen nehmen die monetären Transfers aufgrund einer zu erwartenden höheren Rentenanpassung zur Jahresmitte 2025 und die sozialen Sachleistungen infolge des sich zunehmend manifestierenden demografischen Wandels beschleunigt zu. Die öffentlichen Einnahmen dürften im Jahr 2025 um 5,6%, die Ausgaben um 4,0% expandieren.

**Tabelle 16****Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2022	2023	2024	2025
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-96,9	-81,4	-55,5	-27,0
– Konjunkturkomponente <sup>1</sup>	7,7	-18,1	-21,5	-8,9
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-104,6	-63,3	-34,1	-18,1
– Einmaleffekte <sup>2</sup>	-8,5	0,0	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	-96,1	-63,3	-34,1	-18,1
+ Zinsausgaben des Staates	26,5	36,1	42,6	47,0
= Struktureller Primärsaldo	-69,6	-27,2	8,5	28,9
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	24,4	42,4	35,7	20,4
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-2,5	-2,0	-1,3	-0,6
Schuldenstandsquote	66,1	64,5	63,8	62,5
Struktureller Finanzierungssaldo	-2,5	-1,5	-0,8	-0,4
Struktureller Primärsaldo	-1,8	-0,7	0,2	0,7
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,8	1,1	0,9	0,5

<sup>1</sup> Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – <sup>2</sup> Gerichtsurteile.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit sinkt, ausgehend von 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022, über 2,0% im Jahr 2023 und 1,3% im Jahr 2024 auf 0,6% im Jahr 2025. Durch das Auslaufen des WSF-Energie

zum Ende des Jahres 2023 und die in dieser Prognose unterstellte Kürzung der Ausgaben des KTF infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 fällt der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2024 annahmegemäß um 25 Mrd. Euro und im Jahr 2025 um 20 Mrd. höher aus als ohne den Urteilsspruch. Im Gegenzug sinkt vor allem der Finanzierungssaldo der Kapitalgesellschaften durch den Wegfall von Subventionen (vgl. Tabellen A1 im Anhang). Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von  $-2,5\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf  $-0,4\%$  im Jahr 2025. Der strukturelle Primärsaldo lag im Jahr 2022 bei  $-1,8\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik erhöht er sich bis zum Ende des Prognosezeitraums auf  $0,7\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 16). Der Bruttoschuldenstand nimmt mit den durchweg negativen gesamtstaatlichen Finanzierungssalden zwar weiter zu. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt geht er jedoch von  $66,1\%$  im Jahr 2022 bis zum Jahr 2025 auf  $62\frac{1}{2}\%$  zurück.

## Anhang

## Tabelle A1

## Hauptaggregate der Sektoren

## Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 509,6	2 400,2	400,8	708,6	–
2	– Abschreibungen	788,8	444,2	100,7	243,9	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 720,8	1 956,0	300,1	464,7	–76,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 019,8	1 460,0	307,9	251,8	17,7
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,0	27,6	0,3	10,1	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	51,2	44,9	0,2	6,1	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	714,3	513,3	–8,0	208,9	–94,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 023,6	–	–	2 023,6	13,9
9	– geleistete Subventionen	70,0	–	70,0	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	417,8	–	417,8	–	10,8
11	– geleistete Vermögenseinkommen	751,6	704,6	26,5	20,6	271,8
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	904,7	462,6	17,6	424,5	118,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 238,8	271,3	331,0	2 636,5	–227,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	515,1	122,6	–	392,6	14,3
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	528,8	–	528,8	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	815,3	–	–	815,3	4,6
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	815,5	147,9	666,8	0,9	4,4
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	696,7	76,8	619,1	0,9	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	688,6	–	–	688,6	8,6
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	440,0	232,9	111,4	95,8	81,4
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	378,3	207,3	28,0	143,0	143,2
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 182,9	194,3	824,1	2 164,5	–171,2
23	– Konsumausgaben	2 830,2	–	850,9	1 979,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–63,0	–	63,0	–
25	= Sparen	352,6	131,3	–26,8	248,2	–171,2
26	– geleistete Vermögenstransfers	126,7	21,4	89,7	15,6	7,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	112,4	69,5	18,8	24,0	22,3
28	– Bruttoinvestitionen	970,3	585,0	100,9	284,5	–
29	+ Abschreibungen	788,8	444,2	100,7	243,9	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	14,4	14,8	–1,0	0,6	–14,4
31	= Finanzierungssaldo	142,5	23,9	–96,9	215,5	–142,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 182,9	194,3	824,1	2 164,5	–171,2
33	– geleistete soziale Sachtransfers	541,8	–	541,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	541,8	–	–	541,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 182,9	194,3	282,3	2 706,2	–171,2
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 830,2	–	309,2	2 521,1	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–63,0	–	63,0	–
38	= Sparen	352,6	131,3	–26,8	248,2	–171,2

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

## noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 765,2	2 587,1	429,5	748,5	–
2	– Abschreibungen	847,1	472,0	111,3	263,9	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 918,0	2 115,1	318,3	484,6	–172,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 163,0	1 568,1	326,3	268,6	19,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,2	28,9	0,3	10,0	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	34,0	31,5	0,2	2,3	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	749,8	549,6	–8,1	208,4	–191,7
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 167,1	–	–	2 167,1	15,0
9	– geleistete Subventionen	66,0	–	66,0	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	418,3	–	418,3	–	10,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	829,4	757,5	36,1	35,9	330,6
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	996,8	523,1	27,1	446,6	163,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 436,7	315,2	335,2	2 786,3	–338,2
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	514,8	125,8	–	389,0	14,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	528,8	–	528,8	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	858,5	–	–	858,5	4,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	858,8	150,6	707,3	0,9	4,6
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	738,0	79,0	658,1	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	729,6	–	–	729,6	9,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	441,5	247,1	90,9	103,6	87,0
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	383,0	220,9	31,7	130,3	145,6
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 384,0	234,9	854,1	2 295,1	–285,6
23	– Konsumausgaben	2 964,0	–	882,0	2 082,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,6	–	62,6	–
25	= Sparen	420,0	172,3	–27,9	275,7	–285,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	138,6	47,5	75,6	15,6	7,6
27	+ empfangene Vermögenstransfers	120,5	74,8	19,2	26,5	25,7
28	– Bruttoinvestitionen	981,6	570,9	109,0	301,7	–
29	+ Abschreibungen	847,1	472,0	111,3	263,9	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	18,9	19,3	–0,6	0,3	–18,9
31	= Finanzierungssaldo	248,6	81,4	–81,4	248,6	–248,6
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 384,0	234,9	854,1	2 295,1	–285,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	550,2	–	550,2	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	550,2	–	–	550,2	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 384,0	234,9	303,9	2 845,3	–285,6
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 964,0	–	331,8	2 632,2	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,6	–	62,6	–
38	= Sparen	420,0	172,3	–27,9	275,7	–285,6

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

## noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2024

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 857,6	2 628,4	459,9	769,3	–
2	– Abschreibungen	869,2	482,6	117,9	268,7	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 988,4	2 145,8	342,0	500,6	–190,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 250,9	1 622,9	350,1	277,9	21,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	43,2	31,9	0,3	11,0	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	37,5	34,5	0,2	2,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	731,8	525,5	–8,1	214,4	–212,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 255,9	–	–	2 255,9	16,1
9	– geleistete Subventionen	43,3	–	43,3	–	11,3
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	442,4	–	442,4	–	10,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	723,4	645,1	42,6	35,8	421,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	892,8	412,4	28,0	452,4	252,0
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 556,2	292,8	376,5	2 886,9	–366,0
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	524,4	129,0	–	395,4	15,3
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	539,1	–	539,1	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	902,8	–	–	902,8	5,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	903,3	156,1	746,4	0,9	4,6
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	772,3	81,2	690,2	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	763,9	–	–	763,9	9,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	463,7	253,2	96,0	114,5	93,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	401,2	235,4	32,5	133,2	155,6
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 500,5	221,0	908,3	2 371,2	–310,3
23	– Konsumausgaben	3 081,9	–	917,8	2 164,1	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,3	–	62,3	–
25	= Sparen	418,6	158,7	–9,5	269,4	–310,3
26	– geleistete Vermögenstransfers	117,6	30,6	71,1	15,9	7,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	102,2	60,7	19,8	21,8	22,7
28	– Bruttoinvestitionen	977,5	576,1	113,2	288,1	–
29	+ Abschreibungen	869,2	482,6	117,9	268,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	18,9	19,4	–0,6	0,2	–18,9
31	= Finanzierungssaldo	275,9	75,8	–55,5	255,7	–275,9
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 500,5	221,0	908,3	2 371,2	–310,3
33	– geleistete soziale Sachtransfers	563,8	–	563,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	563,8	–	–	563,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 500,5	221,0	344,5	2 935,0	–310,3
36	– Konsum <sup>3</sup>	3 081,9	–	354,0	2 727,9	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,3	–	62,3	–
38	= Sparen	418,6	158,7	–9,5	269,4	–310,3

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

## noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2025

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 969,4	2 696,4	484,1	788,8	–
2	– Abschreibungen	881,2	485,3	124,9	271,0	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	3 088,1	2 211,1	359,2	517,8	–200,9
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 338,1	1 682,7	367,2	288,2	22,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	48,8	36,1	0,3	12,5	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	35,5	32,0	0,2	3,3	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	736,7	524,4	–8,2	220,5	–223,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 342,9	–	–	2 342,9	17,3
9	– geleistete Subventionen	39,1	–	39,1	–	11,3
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	461,1	–	461,1	–	10,7
11	– geleistete Vermögenseinkommen	645,5	562,4	47,0	36,0	551,0
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	820,4	325,4	29,0	466,0	376,0
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 676,5	287,4	395,8	2 993,3	–381,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	550,1	131,3	–	418,8	16,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	565,5	–	565,5	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	963,3	–	–	963,3	5,4
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	964,1	161,7	801,4	0,9	4,6
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	809,1	83,6	724,7	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	800,5	–	–	800,5	9,2
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	483,1	265,3	102,1	115,7	99,6
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	420,2	251,0	33,4	135,8	162,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 621,1	219,8	969,4	2 431,9	–325,9
23	– Konsumausgaben	3 179,1	–	955,7	2 223,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,0	–	62,0	10,0
25	= Sparen	442,0	157,8	13,7	270,5	–325,9
26	– geleistete Vermögenstransfers	117,9	32,6	69,0	16,4	7,1
27	+ empfangene Vermögenstransfers	102,5	60,4	20,5	21,6	22,5
28	– Bruttoinvestitionen	997,3	587,2	117,9	292,3	–
29	+ Abschreibungen	881,2	485,3	124,9	271,0	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	18,9	19,4	–0,6	0,1	–18,9
31	= Finanzierungssaldo	291,6	64,3	–27,0	254,3	–291,6
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 621,1	219,8	969,4	2 431,9	–325,9
33	– geleistete soziale Sachtransfers	582,1	–	582,1	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	582,1	–	–	582,1	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 621,1	219,8	387,4	3 013,9	–325,9
36	– Konsum <sup>3</sup>	3 179,1	–	373,7	2 805,4	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,0	–	62,0	–
38	= Sparen	442,0	157,8	13,7	270,5	–325,9

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

**Tabelle A2**

## VGR-Tabellen

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023, 2024 und 2025

	2022	2023	2024	2025	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	1,4	0,8	0,2	-0,1	0,9	0,6	0,3	0,1
Arbeitsvolumen	1,3	0,7	0,3	-0,1	0,9	0,5	0,1	0,5
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,1	-0,1	0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,2	0,3
Produktivität <sup>1</sup>	0,5	-1,1	0,2	1,3	-1,0	-1,1	-0,1	0,6
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>1,8</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>1,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,6</b>	<b>0,0</b>	<b>1,0</b>
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 830,2	2 964,0	3 081,9	3 179,1	1 446,5	1 517,5	1 507,5	1 574,4
private Haushalte <sup>2</sup>	1 979,3	2 082,0	2 164,1	2 223,3	1 019,6	1 062,4	1 060,8	1 103,3
Staat	850,9	882,0	917,8	955,7	426,9	455,1	446,7	471,1
Anlageinvestitionen	856,2	911,1	906,8	933,6	444,4	466,6	440,1	466,3
Bauten	463,5	491,3	476,3	483,8	244,7	246,5	236,6	239,5
Ausrüstungen	253,4	277,0	282,3	296,0	132,6	144,4	134,1	148,1
sonstige Anlageinvestitionen	139,3	142,8	148,2	153,9	67,1	75,7	69,4	78,7
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	114,1	70,5	70,7	63,7	36,3	34,3	37,1	33,6
inländische Verwendung	3 800,5	3 945,6	4 059,4	4 176,4	1 927,1	2 018,4	1 984,8	2 074,3
Außenbeitrag	76,3	172,6	190,9	200,9	89,3	83,3	104,5	86,4
Exporte	1 974,2	1 949,7	1 993,4	2 075,9	979,7	969,9	982,9	1 010,5
Importe	1 897,9	1 777,0	1 802,5	1 874,9	890,4	886,6	878,4	924,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 876,8</b>	<b>4 118,2</b>	<b>4 250,3</b>	<b>4 377,4</b>	<b>2 016,5</b>	<b>2 101,7</b>	<b>2 089,2</b>	<b>2 160,8</b>
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	9,6	4,7	4,0	3,2	5,7	3,8	4,2	3,8
private Haushalte <sup>2</sup>	10,9	5,2	3,9	2,7	7,0	3,5	4,0	3,8
Staat	6,8	3,6	4,1	4,1	2,9	4,3	4,6	3,5
Anlageinvestitionen	11,1	6,4	-0,5	3,0	8,6	4,4	-1,0	-0,1
Bauten	14,0	6,0	-3,0	1,6	8,2	3,9	-3,3	-2,8
Ausrüstungen	11,4	9,3	1,9	4,8	13,1	6,0	1,2	2,6
sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,5	3,7	3,8	1,7	3,2	3,5	4,0
inländische Verwendung	11,1	3,8	2,9	2,9	5,0	2,7	3,0	2,8
Exporte	15,4	-1,2	2,2	4,1	2,1	-4,4	0,3	4,2
Importe	25,3	-6,4	1,4	4,0	-1,2	-11,0	-1,3	4,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>7,2</b>	<b>6,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,0</b>	<b>6,5</b>	<b>6,0</b>	<b>3,6</b>	<b>2,8</b>
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>								
Außenbeitrag	2,0	4,2	4,5	4,6	4,4	4,0	5,0	4,0
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)</b>								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 417,4	2 384,7	2 409,5	2 438,4	1 179,0	1 205,8	1 187,0	1 222,5
private Haushalte <sup>2</sup>	1 705,1	1 687,5	1 708,0	1 726,1	832,9	854,5	840,2	867,8
Staat	711,2	696,1	700,4	711,1	345,5	350,6	346,2	354,2
Anlageinvestitionen	661,7	662,0	655,5	668,9	323,7	338,3	318,0	337,5
Bauten	314,6	309,7	302,7	306,3	154,5	155,2	149,8	152,8
Ausrüstungen	222,5	230,0	229,3	236,6	110,5	119,5	109,1	120,2
sonstige Anlageinvestitionen	124,7	123,9	126,5	129,8	58,6	65,3	59,5	67,0
inländische Verwendung	3 127,1	3 100,7	3 116,2	3 156,0	1 532,9	1 567,8	1 533,2	1 583,0
Exporte	1 640,6	1 613,1	1 634,7	1 676,4	810,1	803,0	809,8	824,9
Importe	1 497,7	1 456,8	1 476,7	1 518,8	723,2	733,6	722,4	754,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 274,9</b>	<b>3 263,6</b>	<b>3 280,7</b>	<b>3 320,4</b>	<b>1 623,1</b>	<b>1 640,5</b>	<b>1 623,5</b>	<b>1 657,2</b>
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,2	-1,4	1,0	1,2	-1,2	-1,5	0,7	1,4
private Haushalte <sup>2</sup>	3,9	-1,0	1,2	1,1	-0,5	-1,5	0,9	1,6
Staat	1,6	-2,1	0,6	1,5	-2,8	-1,4	0,2	1,0
Anlageinvestitionen	0,1	0,1	-1,0	2,0	0,3	-0,2	-1,7	-0,2
Bauten	-1,8	-1,6	-2,3	1,2	-2,5	-0,5	-3,0	-1,5
Ausrüstungen	4,0	3,4	-0,3	3,1	5,8	1,2	-1,2	0,6
sonstige Anlageinvestitionen	-0,7	-0,6	2,1	2,6	-0,8	-0,5	1,6	2,6
inländische Verwendung	3,2	-0,8	0,5	1,3	-0,4	-1,3	0,0	1,0
Exporte	3,3	-1,7	1,3	2,5	-0,4	-2,9	0,0	2,7
Importe	6,6	-2,7	1,4	2,8	-0,9	-4,5	-0,1	2,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,8</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>1,2</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,6</b>	<b>0,0</b>	<b>1,0</b>



## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023, 2024 und 2025

	2022	2023	2024	2025	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

**4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben <sup>2</sup>	6,7	6,3	2,7	1,7	7,5	5,1	3,1	2,3
Konsumausgaben des Staates	5,1	5,9	3,4	2,6	5,9	5,9	4,4	2,5
Anlageinvestitionen	11,0	6,4	0,5	0,9	8,3	4,6	0,8	0,2
Bauten	16,1	7,7	-0,8	0,4	11,0	4,4	-0,3	-1,3
Ausrüstungen	7,1	5,8	2,2	1,6	6,9	4,8	2,4	2,0
Exporte	11,7	0,4	0,9	1,6	2,6	-1,6	0,4	1,4
Importe	17,5	-3,7	0,1	1,1	-0,4	-6,9	-1,2	1,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>5,3</b>	<b>6,6</b>	<b>2,7</b>	<b>1,8</b>	<b>6,6</b>	<b>6,6</b>	<b>3,6</b>	<b>1,8</b>

**5. Einkommensentstehung und -verteilung**

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2 636,5	2 786,3	2 886,9	2 993,3	1 359,4	1 426,8	1 415,5	1 471,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	361,8	380,1	400,4	427,6	183,2	196,9	193,9	206,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 661,8	1 787,1	1 855,5	1 915,2	846,3	940,8	881,4	974,1
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	612,9	619,1	631,0	650,5	330,0	289,1	340,1	291,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	602,3	650,4	669,3	683,2	303,0	347,3	308,9	360,1
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3 238,8</b>	<b>3 436,7</b>	<b>3 556,2</b>	<b>3 676,5</b>	<b>1 662,4</b>	<b>1 774,1</b>	<b>1 724,4</b>	<b>1 831,6</b>
Abschreibungen	788,8	847,1	869,2	881,2	421,3	425,8	436,8	432,4
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>4 027,6</b>	<b>4 283,8</b>	<b>4 425,4</b>	<b>4 557,7</b>	<b>2 083,8</b>	<b>2 199,9</b>	<b>2 161,1</b>	<b>2 264,0</b>
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 890,9	3 084,3	3 157,1	3 254,5	1 493,5	1 590,7	1 524,1	1 632,6
Arbeitnehmerentgelt	2 023,6	2 167,1	2 255,9	2 342,9	1 029,4	1 137,7	1 075,4	1 180,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	867,4	917,2	901,2	911,6	464,1	453,0	448,7	452,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	6,7	5,7	3,6	3,7	5,4	5,9	4,1	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,3	5,0	5,3	6,8	4,9	5,2	5,9	4,8
Bruttolöhne und -gehälter	5,8	7,5	3,8	3,2	7,3	7,7	4,2	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,1	6,6	3,6	3,3	6,2	7,0	3,8	3,3
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	10,8	1,0	1,9	3,1	1,2	0,8	3,1	0,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,5	8,0	2,9	2,1	8,1	7,9	1,9	3,7
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>6,1</b>	<b>6,1</b>	<b>3,5</b>	<b>3,4</b>	<b>5,9</b>	<b>6,3</b>	<b>3,7</b>	<b>3,2</b>
Abschreibungen	12,1	7,4	2,6	1,4	9,1	5,8	3,7	1,6
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>7,2</b>	<b>6,4</b>	<b>3,3</b>	<b>3,0</b>	<b>6,5</b>	<b>6,2</b>	<b>3,7</b>	<b>2,9</b>
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	4,4	6,7	2,4	3,1	7,4	6,0	2,0	2,6
Arbeitnehmerentgelt	5,5	7,1	4,1	3,9	6,9	7,3	4,5	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,9	5,7	-1,7	1,2	8,6	2,9	-3,3	-0,2

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte<sup>2</sup>**

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 660,6	1 799,4	1 870,2	1 914,4	858,3	941,0	897,1	973,1
Nettolöhne und -gehälter	1 118,8	1 225,3	1 269,1	1 284,5	573,6	651,7	597,2	671,9
monetäre Sozialleistungen	688,6	729,6	763,9	800,5	361,0	368,6	380,2	383,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	146,8	155,5	162,8	170,6	76,2	79,3	80,2	82,6
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	612,9	619,1	631,0	650,5	330,0	289,1	340,1	291,0
sonstige Transfers (Saldo) <sup>5</sup>	-109,1	-123,4	-130,0	-133,0	-55,9	-67,5	-63,0	-67,0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2 164,5</b>	<b>2 295,1</b>	<b>2 371,2</b>	<b>2 431,9</b>	<b>1 132,4</b>	<b>1 162,7</b>	<b>1 174,2</b>	<b>1 197,0</b>
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	63,0	62,6	62,3	62,0	30,3	32,3	30,1	32,2
Konsumausgaben	1 979,3	2 082,0	2 164,1	2 223,3	1 019,6	1 062,4	1 060,8	1 103,3
Sparen	248,2	275,7	269,4	270,5	143,1	132,5	143,5	125,9
Sparquote (%) <sup>6</sup>	11,1	11,7	11,1	10,8	12,3	11,1	11,9	10,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,0	8,4	3,9	2,4	8,5	8,2	4,5	3,4
Nettolöhne und -gehälter	5,3	9,5	3,6	1,2	9,4	9,6	4,1	3,1
monetäre Sozialleistungen	1,7	5,9	4,7	4,8	6,6	5,4	5,3	4,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,6	5,9	4,7	4,8	5,9	6,0	5,3	4,1
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	10,8	1,0	1,9	3,1	1,2	0,8	3,1	0,6
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>6,3</b>	<b>6,0</b>	<b>3,3</b>	<b>2,6</b>	<b>7,2</b>	<b>4,9</b>	<b>3,7</b>	<b>3,0</b>
Konsumausgaben	10,9	5,2	3,9	2,7	7,0	3,5	4,0	3,8
Sparen	-20,7	11,1	-2,3	0,4	7,3	15,5	0,2	-5,0

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023, 2024 und 2025

	2022	2023	2024	2025	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>7</sup></b>								
a) Mrd. EUR								
<b>Einnahmen</b>								
Steuern	946,6	947,1	981,5	1 026,6	466,4	480,7	483,3	498,1
Nettosozialbeiträge	666,8	707,3	746,4	801,4	341,9	365,4	361,8	384,6
Vermögenseinkommen	17,6	27,1	28,0	29,0	14,6	12,5	15,1	12,9
sonstige Transfers	28,0	31,7	32,5	33,4	13,7	18,1	14,1	18,5
Vermögenstransfers	18,8	19,2	19,8	20,5	8,7	10,4	9,0	10,7
Verkäufe	143,2	159,3	169,6	176,7	73,4	85,9	78,9	90,8
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>1 821,2</b>	<b>1 891,9</b>	<b>1 978,0</b>	<b>2 087,9</b>	<b>918,8</b>	<b>973,1</b>	<b>962,3</b>	<b>1 015,8</b>
<b>Ausgaben</b>								
Vorleistungen <sup>8</sup>	593,6	612,1	627,8	648,7	294,0	318,0	304,2	323,6
Arbeitnehmerentgelt	307,9	326,3	350,1	367,2	155,5	170,8	167,2	182,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,5	36,1	42,6	47,0	16,7	19,4	19,8	22,8
Subventionen	70,0	66,0	43,3	39,1	38,3	27,7	20,4	22,9
monetäre Sozialleistungen	619,1	658,1	690,2	724,7	325,5	332,7	343,6	346,7
sonstige laufende Transfers	111,4	90,9	96,0	102,1	44,2	46,7	46,2	49,7
Vermögenstransfers	89,7	75,6	71,1	69,0	31,6	43,9	29,9	41,2
Bruttoinvestitionen	100,9	109,0	113,2	117,9	46,0	62,9	47,8	65,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,0	-0,6	-0,6	-0,6	-0,2	-0,4	-0,2	-0,4
<b>Insgesamt</b>	<b>1 918,1</b>	<b>1 973,3</b>	<b>2 033,6</b>	<b>2 114,9</b>	<b>951,7</b>	<b>1 021,6</b>	<b>978,9</b>	<b>1 054,6</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-96,9</b>	<b>-81,4</b>	<b>-55,5</b>	<b>-27,0</b>	<b>-32,9</b>	<b>-48,5</b>	<b>-16,7</b>	<b>-38,9</b>
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
<b>Einnahmen</b>								
Steuern	7,7	0,1	3,6	4,6	-0,3	0,4	3,6	3,6
Nettosozialbeiträge	5,5	6,1	5,5	7,4	6,3	5,9	5,8	5,3
Vermögenseinkommen	21,6	53,5	3,5	3,6	59,6	46,9	3,5	3,6
sonstige Transfers	-6,4	13,3	2,6	2,6	13,2	13,4	2,9	2,3
Vermögenstransfers	-3,7	1,8	3,1	3,9	-2,5	5,7	3,7	2,7
Verkäufe	4,2	11,3	6,5	4,2	10,0	12,4	7,4	5,7
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>6,3</b>	<b>3,9</b>	<b>4,6</b>	<b>5,6</b>	<b>3,7</b>	<b>4,1</b>	<b>4,7</b>	<b>4,4</b>
<b>Ausgaben</b>								
Vorleistungen <sup>8</sup>	6,3	3,1	2,6	3,3	2,3	3,9	3,5	1,8
Arbeitnehmerentgelt	4,3	6,0	7,3	4,9	4,5	7,3	7,5	7,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	25,8	36,0	18,0	10,5	31,9	39,8	18,9	17,3
Subventionen	-35,9	-5,7	-34,4	-9,7	34,0	-33,1	-46,8	-17,3
monetäre Sozialleistungen	1,5	6,3	4,9	5,0	7,0	5,6	5,6	4,2
sonstige laufende Transfers	21,3	-18,5	5,6	6,4	1,1	-31,1	4,6	6,5
Vermögenstransfers	36,6	-15,8	-5,9	-3,0	35,2	-33,8	-5,4	-6,3
Bruttoinvestitionen	9,0	8,0	3,9	4,1	7,8	8,2	3,9	3,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4,1</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>4,0</b>	<b>6,8</b>	<b>-0,6</b>	<b>2,9</b>	<b>3,2</b>
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>								
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,0	-1,3	-0,6	-1,6	-2,3	-0,8	-1,8

<sup>1</sup> Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde<sup>2</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck<sup>3</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen<sup>4</sup> Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen<sup>5</sup> Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers<sup>6</sup> Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)<sup>7</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung<sup>8</sup> Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2023: Prognose des IWH.

# Grüne Transformation und Schuldenbremse: Implikationen zusätzlicher Investitionen für öffentliche Finanzen und privaten Konsum\*

Andrej Drygalla, Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Alessandro Sardone, Christoph Schult, Birgit Schultz, Götz Zeddies

## Zusammenfassung

Das deutsche Klimaschutzgesetz sieht unter anderem vor, dass die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2030 um 65% gegenüber dem Jahr 1990 verringert werden. Die damit einhergehende Transformation der Wirtschaft hat weitreichende Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die öffentlichen Finanzen. Alles in allem erfordert der Ausbau erneuerbarer Energien für die Klimaschutzziele jährliche Investitionen in der Größenordnung von 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Mithilfe eines makroökonomischen Modells kann gezeigt werden, mit welchen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen zu rechnen ist, wenn die Klimaschutzziele eingehalten werden.

Als Vergleichsmaßstab dient ein Szenario, in dem es zu keinen Klimaschutzinvestitionen kommt, die über den bisherigen Trend hinausgehen, und in dem die Klimaschutzziele verfehlt werden. In diesem Fall nimmt das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2030 um  $\frac{3}{4}\%$  pro Jahr zu und damit etwas schwächer als in den vergangenen Jahren. Wenn der Ausbau erneuerbarer Energien im erforderlichen Ausmaß vorgenommen und der Einsatz fossiler Energien gemäß Klimaschutzgesetz gesenkt wird, wächst das Bruttoinlandsprodukt jährlich um knapp  $\frac{1}{2}\%$ . Werden zwei Drittel der Investitionskosten vom Staat getragen und wird zur Finanzierung die Besteuerung der privaten Haushalte erhöht, stagniert der private Konsum je Einwohner, während er im Szenario ohne Einhaltung der Klimaziele um jährlich 0,2% steigt. Bei Finanzierung der Investitionen über öffentliche Defizite würde der private Konsum weniger belastet. Insoweit ausländische Kapitalanleger in die aufgelegten Staatstitel investierten, würde der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss zurückgehen. In der Folgezeit wären freilich höhere staatliche Zinsausgaben fällig. Werden keine zusätzlichen Investitionen vorgenommen und die Klimaziele trotzdem über eine Beschränkung des Einsatzes fossiler Energieträger eingehalten, stagniert das Bruttoinlandsprodukt, und der private Konsum geht leicht zurück.

*JEL-Klassifikation:* C53, C54, E17, E27, E37, E66, H68, O11, Q53, Q54

*Schlagwörter:* Emissionen, mittelfristige Projektion, Öffentliche Finanzen, Produktionspotenzial, Treibhausgas, wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Wirtschaftswachstum

## Einleitung

Das deutsche Klimaschutzgesetz sieht vor, dass die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2030 um 65% gegenüber dem Jahr 1990 verringert werden, bis 2045 soll Deutschland treibhausgasneutral werden. Die damit einhergehende Transformation der Wirtschaft hat weitreichende Konsequenzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die öffentlichen Finanzen. So sind umfangreiche Maßnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien sowie zur Elektrifizierung des Verkehrs, der Wärmeversorgung und der Industrie notwendig. Es ist davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum gedämpft wird, weil die zur Verfügung stehende gesamte Energiemenge aus fossilen und erneuerbaren Quellen nicht ausreichen dürfte, um den bisherigen Wachstumspfad fortzusetzen, sofern nicht der Ausbau erneuerbarer Energien massiv erhöht oder die Energieeffizienz erheblich gesteigert wird.<sup>1</sup> In welchem Umfang dadurch die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte beeinträchtigt werden, hängt nicht zuletzt von der Art der Finanzierung der zusätzlichen Staatsausgaben ab.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023) schätzt den von 2023 bis 2030 kumulierten privaten Investitionsbedarf für den Ausbau erneuerbarer Energien auf etwa 350 Mrd. Euro. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie

\* Dieser Beitrag wurde am 12. Januar 2024 veröffentlicht.

<sup>1</sup> Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch](#), GD Herbst 2023. Halle (Saale) 2023.

der Boston Consulting Group (2021). Allerdings sind darin nur die Investitionen in die Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen enthalten. Hinzu kommen noch Investitionen in Gebäudedämmung und Netzwerkertüchtigung. Alles in allem erfordert der Ausbau erneuerbarer Energien für die Klimaschutzziele jährliche Investitionen in der Größenordnung von 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bereits in den Jahren bis 2030.

Der Bedarf an öffentlichen investiven Ausgaben bis zum Jahr 2030 verteilt sich zu gut einem Drittel auf den Bund, hauptsächlich für die Schieneninfrastruktur, und zu knapp zwei Dritteln auf Länder und Kommunen, etwa für den Ausbau von Fernwärmenetzen, die Transformation des öffentlichen Personennahverkehrs oder die Sanierung kommunaler Gebäude.<sup>2</sup> Darüber hinaus unterstützt der Bund einen Großteil der privaten Klimaschutzausgaben unter anderem über den Klima- und Transformationsfonds (KTF). Der KTF besteht aus Förderprogrammen und fließt in Zuweisungen oder Zuschüsse, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Subventionen oder Vermögenstransfers des Staates an Kapitalgesellschaften bzw. private Haushalte verbucht werden.

In der vorliegenden Studie werden Szenarien für die privaten und öffentlichen Investitionen im Zuge der Energiewende und deren gesamtwirtschaftliche Implikationen erörtert. Dabei wird vorausgesetzt, dass die zurzeit gültigen Regeln für die öffentlichen Haushalte weiterhin Bestand haben, so dass diese im Großen und Ganzen strukturell ausgeglichen sind. Anschließend wird diskutiert, welche Verteilungsimplikationen mit den Investitionen und deren Finanzierung einhergehen, und welche gesamtwirtschaftlichen Implikationen zu erwarten wären, wenn eine Reform der Fiskalregeln zusätzliche öffentliche Verschuldung für die Finanzierung von öffentlichen Investitionen zulassen würde.

Zunächst wird eine mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland unter der Annahme erstellt, dass keine weiteren Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden. In diesem Szenario nimmt das Bruttoinlandsprodukt  $\frac{3}{4}\%$  pro Jahr bis zum Jahr 2030 zu und damit etwas schwächer als in den vergangenen Jahren. Der Finanzierungssaldo des Staates bleibt leicht negativ, aber im Einklang mit den europäischen Haushaltsregeln. Der Schuldenstand sinkt relativ zum Bruttoinlandsprodukt ab dem Jahr 2024 wieder. Die im Zuge der wirtschaftlichen Aktivität entstehenden Treibhausgase dürften zwar weiter zurückgehen, aber unter trendmäßiger Fortschreibung der wirtschaftlichen Entwicklung dürften die Treibhausgasreduzierungsziele im Jahr 2030 verfehlt werden.

Anschließend werden zwei Szenarien untersucht, in denen die Treibhausgasreduzierungsziele im Jahr 2030 erreicht werden. Dies kann dadurch geschehen, dass die Energieeffizienz erhöht und der Anteil der erneuerbaren an der Energieproduktion stetig gesteigert wird. Legt man die Annahme zugrunde, dass im Jahr 2045 noch 75% des heutigen Energieverbrauchs anfallen, muss die installierte Leistung erneuerbarer Energien bis 2045 um das Vier- bis Sechsfache erhöht werden, um den Wegfall fossiler Energieträger zu kompensieren.<sup>3</sup> Dies bedeutet etwa zusätzliche öffentliche und private Investitionen in den Netzausbau und die Installation von Batteriespeichern und Elektrolyseure. Darüber hinaus sind zusätzliche Gaskraftwerke als Reservekapazität notwendig.

Um die finanzielle Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte durch Klimainvestitionen unter Einhaltung der aktuellen Haushaltsregeln zu bewältigen, hat der Staat verschiedene Optionen. Eine davon ist die Reduzierung öffentlicher Ausgaben, um Budgets für Klimaschutzmaßnahmen freizumachen. Eine weitere Möglichkeit ist die Erhöhung von Steuern und Abgaben. Dazu gehören die geplanten Einnahmenerhöhungen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Schließlich bleibt die Möglichkeit, die Haushaltsregeln zu ändern und die zusätzlichen Ausgaben über eine Ausweitung der Staatsverschuldung zu finanzieren. Insoweit ausländische Kapitalanleger in die aufgelegten Staatstitel investierten, würde sich der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuss ein Stück weit verringern. In der Folgezeit wären freilich höhere staatliche Zinsausgaben fällig.

---

<sup>2</sup> Vgl. Krebs, T.; Steitz, J.: Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitverlauf 2021 -2030. Forum New Economy Working Papers, No. 03/2021. Berlin 2021.

<sup>3</sup> Vgl. Deutsche Energie-Agentur GmbH (Hrsg.) (dena): dena-Leitstudie Aufbruch Klimaneutralität, 2021. – Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut: Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann – Zusammenfassung, Studie im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende, 2021. – Kopernikus-Projekt Ariadne: Ariadne-Report: Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 – Szenarien und Pfade im Modellvergleich, 2021. – Boston Consulting Group (BCG): Klimapfade 2.0. Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft, 2021. – Bundesnetzagentur: Genehmigung des Szenariorahmens 2023-2037/2045, 2022.

## Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Finanzen ohne weitere Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen (Basisszenario)

### Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung

Im Folgenden wird zunächst der mittelfristige Status quo als Basisszenario beschrieben, bei dem der zusätzliche Investitionsbedarf für die grüne Transformation noch nicht berücksichtigt ist, sondern die bisherige Politik und die bisherigen wirtschaftszweigspezifischen Trends der Emissionsintensität fortgeschrieben werden.

Für die wirtschaftliche Entwicklung spielt der Aufbau des Kapitalstocks durch Investitionen eine entscheidende Rolle. Das Bruttoanlagevermögen dient im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) als Indikator für die Entwicklung des Kapitalstocks. Die Zugänge basieren auf den Bruttoanlageinvestitionen, die sich aus Investitionen in Ausrüstungen, Bauten und sonstige Anlagen ergeben, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Die Investitionstätigkeit unterscheidet sich für verschiedene Sektoren und Wirtschaftsbereiche, wobei die Investitionen des Staates an den Gesamtinvestitionen knapp 12% (bzw. gut 2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) ausmachen. Der Anteil des Staates an den gesamten Investitionen für Umweltschutz lag im Jahr 2020 bei etwa 32%, dies entspricht 0,15% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Ausgehend von der IWH-Kurzfristprognose<sup>4</sup> für die Jahre 2023 bis 2025 vom Dezember 2023 wird zunächst das Produktionspotenzial mit der von der Europäischen Kommission angewandten und für die Haushaltsüberwachung in der Europäischen Union maßgeblichen Methode für den Zeitraum 1995 bis 2030 geschätzt.<sup>5</sup> Das Wachstum des Produktionspotenzials verlangsamt sich aufgrund einer ungünstigen demographischen Entwicklung im Projektionszeitraum von 2023 bis 2030 um gut 0,1 Prozentpunkte und beträgt 2030 noch knapp 0,8% (vgl. Kasten 1). Mit Hilfe des makroökonomischen Modells des IWH wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2030 bedingt auf das zuvor ermittelte Produktionspotenzial und die in Kasten 2 genannten Rahmenbedingungen projiziert. Die tatsächliche Produktion nähert sich im Projektionszeitraum dem Produktionspotenzial an und erreicht mittel- bis langfristig den Potenzialpfad.

Die deutsche Wirtschaft dürfte demnach bis zum Ende des Projektionszeitraums um durchschnittlich  $\frac{3}{4}$ % pro Jahr expandieren (vgl. Tabellen A1 und A2). Aufgrund der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Ausgaben wird der Anteil des staatlichen Konsums gegenüber dem Jahr 2022 leicht höher ausfallen. Entsprechend geht der Anteil des privaten Konsums am nominalen Bruttoinlandsprodukt leicht zurück, ebenso wie der Anteil der Investitionen. Auch der Außenbeitrag dürfte sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt leicht verringern. Da die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Zeitraum von 2023 bis 2030 um 0,35% zurückgeht, dürfte die Beschäftigung nur noch durchschnittlich um  $\frac{1}{4}$ % zulegen und damit mit einem halben Prozentpunkt deutlich langsamer als im Zeitraum 2016 bis 2022. Die durchschnittliche Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum annahmegemäß weniger stark zurück als in den Jahren zuvor. Da die deutsche Wirtschaft am aktuellen Rand schwächer expandiert als das Produktionspotenzial, dürfte die Produktionslücke auch im Jahr 2024 ähnlich weit offenbleiben wie im Jahr 2023 und sich erst in den Folgejahren schließen. Der BIP-Deflator dürfte nach einem sehr starken Anstieg in den Jahren 2022 und 2023 mit über 6%, mittelfristig mit Raten von 1,8% pro Jahr zulegen. Das nominale Bruttoinlandsprodukt wird bis zum Jahr 2030 um durchschnittlich  $3\frac{1}{4}$ % und damit um  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt langsamer zunehmen als im Zeitraum von 2016 bis 2022. Maßgeblich hierfür sind sowohl der geringere reale Zuwachs als auch die schwächere Preisdynamik im Projektionszeitraum.

<sup>4</sup> Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Export und privater Konsum schwach – Deutschland wartet auf den Aufschwung*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 11 (4), 2023, 101 ff.

<sup>5</sup> Zu den Ergebnissen bis zum Jahr 2028 vgl. Kasten 2, *Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2023)*, a. a. O.

**Kasten 1**

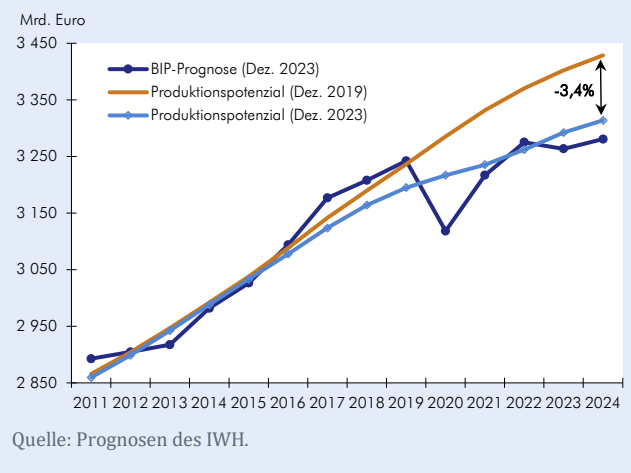
**Zur Revision des Produktionspotenzials**

Die deutsche Wirtschaft hat sich in den vergangenen vier Jahren deutlich schlechter entwickelt als in den Jahren zuvor. Die durch die Covid-Pandemie und die Energiekrise ausgelösten konjunkturellen Produktionsrückgänge haben auch Auswirkungen auf das Produktionspotenzial. Dieses liegt im Jahr 2024 nach der aktuellen Schätzung des IWH um 3,4% niedriger als nach der letzten IWH-Potenzialschätzung vor dem Ausbruch der Covid-Pandemie vom Dezember 2019 (vgl. Abbildung K1.1).<sup>K1.1</sup>

Die Abwärtsrevision geht zum größten Teil auf eine Fehleinschätzung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Beschäftigten zurück (vgl. Abbildung K1.2), die nach aktueller Schätzung für das Jahr 2024 um 2,5% niedriger liegt als vor vier Jahren erwartet.

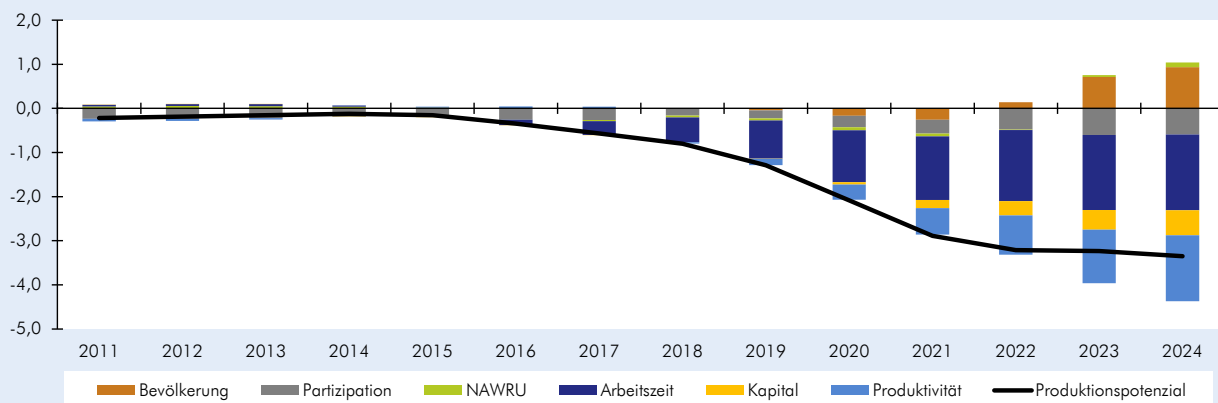
Dies allein erklärt mit -1,7 Prozentpunkten die Hälfte der Potenzialrevision. Die in den vergangenen beiden Jahren beobachtete Zuwanderung, insbesondere von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, hat hingegen das potenzielle Arbeitsvolumen und damit das Produktionspotenzial deutlich erhöht. Ohne diese wäre es für sich genommen in diesem Jahr knapp 1% niedriger. Allerdings geht auch ein Teil der zuletzt niedriger als erwarteten Partizipation auf die Fluchtmigration zurück, da diese für neu angekommene Flüchtlinge zunächst deutlich niedriger ist als für den Durchschnitt der Bevölkerung.

**Abbildung K1.1**  
Bruttoinlandsprodukt und Potenzialschätzung  
Dezember 2019 und Dezember 2023 im Vergleich



**Abbildung K1.2**  
Produktionspotenzial

Abweichung von Schätzung im Dezember 2019 (in %) und Beiträge (in Prozentpunkten)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Aufgrund außerordentlich hoher Abgänge im Zusammenhang mit dem Ahrtal-Hochwasser sowie geringerer Investitionen infolge der jüngsten konjunkturellen Eintrübung ist der Kapitalstock in diesem Jahr gut 1,5% kleiner als zuvor projiziert und erklärt etwa 0,6 Prozentpunkte des niedrigeren Produktionspotenzials. Die trendmäßige totale Faktorproduktivität ist infolge der Produktionsrückgänge im Jahr 2024 um 1,5% geringer und trägt damit -1,5 Prozentpunkte zur Abwärtsrevision des Produktionspotenzials bei.

<sup>K1.1</sup> Vgl. Drygalla, A. u. a.: Sinkendes Potenzialwachstum in Deutschland, beschleunigter Braunkohleausstieg und Klimapakete: Finanzpolitische Konsequenzen für die Jahre bis 2024, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 7 (4), 2019.

**Kasten 2****Rahmenbedingungen und Annahmen der Projektion**

Die vorliegende Projektion für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft bis zum Jahr 2030 stützt sich auf ökonomische Modelle, in die makroökonomische Daten und Annahmen bezüglich des Zeitverlaufs makroökonomisch wichtiger Rahmendaten einfließen.<sup>K2.1</sup> Zu diesen Rahmendaten gehören die Entwicklung von Weltwirtschaft und Welthandel, der Ölpreise und des Euro-Wechselkurses relativ zum US-Dollar, die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die EZB-Leitzinsen und die von den Leitzinsen abhängigen Finanzierungsbedingungen im Euroraum und in Deutschland.

Es wird vor allem wegen des langsameren Wachstums der chinesischen Volkswirtschaft angenommen, dass die Expansionsrate der Produktion in der Welt in den folgenden Jahren etwas unterhalb des langjährigen Durchschnitts der vergangenen 20 Jahre liegt. Der Welthandel (Waren) dürfte im Jahr 2023 um 1,9% gesunken sein und in den Jahren 2024 und 2025 um 1,8% bzw. um 2,5% zulegen. Die mittelfristig zu erwartende Wachstumsrate des Welthandels (Waren) dürfte etwas unter 3% liegen. Der Ölpreis (Sorte Brent) notierte im Durchschnitt des Jahres 2023 bei 82,5 US-Dollar je Barrel, für die Jahre 2023 und 2024 wird ein Ölpreis von durchschnittlich 79 bzw. 75 US-Dollar unterstellt. Weiterhin wird angenommen, dass der Ölpreis in US-Dollar im Zeitraum von 2024 bis 2030 mit einer Jahresrate von 2% steigt (reale Konstanz). Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt ab dem ersten Quartal 2024 im gesamten Projektionszeitraum 1,09 US-Dollar je Euro. Des Weiteren bleibt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei annahmegemäß konstanten nominalen Wechselkursen nahezu unverändert. Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Euroraum im Winterhalbjahr 2024/2025 wieder Raten um das Inflationsziel der EZB von 2% erreichen, und die EZB wird im Sommer 2024 damit beginnen, den Leitzins schrittweise zu senken. Die Finanzierungsbedingungen werden im Prognosezeitraum im Euroraum und auch in Deutschland deutlich ungünstiger sein als in den Jahren vor 2023.

<sup>K2.1</sup> Zur Bedeutung der Rahmendaten vgl. *Glas, A.; Heinisch, K.: Conditional Macroeconomic Survey Forecasts: Revisions and Errors*, in: *Journal of International Money and Finance*, Vol.138, 102927, November 2023.

**Projektion der öffentlichen Finanzen**

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit wird sich von 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf 0,6% im Jahr 2025 verringern. Ursächlich hierfür ist der Entfall von Ausgaben, die im Rahmen der Covid-Pandemie und zur Abfederung der gesamtwirtschaftlichen Folgen des Energiepreisanstiegs getätigt wurden. Ferner dürften die Einnahmen des Staates mit dem allmählichen Wiederanziehen der Konjunktur im genannten Zeitraum beschleunigt zunehmen.<sup>6</sup>

In den Jahren 2026 bis 2030 dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in etwa auf dem Niveau des Jahres 2025 verharren. Dies ergibt sich aus der Annahme, dass die heute geltenden Haushaltregeln auch in der mittleren Frist Bestand haben werden. Somit passen sich die Staatsausgaben in der Projektion an die zu erwartenden Staatseinnahmen an. Auf der Einnahmeseite wirkt sich der deutlich schwächere Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsproduktes aus, in dessen Folge die Expansion der Bruttolöhne und -gehälter im Jahresdurchschnitt im Zeitraum von 2026 bis 2030 nur noch bei 2,3% liegt. Folglich fällt der Zuwachs bei den Steuer- und Beitragseinnahmen deutlich geringer aus als in den vorhergehenden Jahren. Bei den Projektionen der öffentlichen Haushalte wird unterstellt, dass die bereits beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden und die Finanzpolitik in den Jahren 2026 bis 2030 nahezu konjunkturneutral ausgerichtet ist. Zwar ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer jährlich erhöhen und ggf. Verschiebungen der Tarifeckwerte zum Abbau der kalten Progression vornehmen wird, was mit Mindereinnahmen verbunden ist. Zugleich ist aber mit einer kontinuierlichen Erhöhung des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen zu rechnen, was mit Mehreinnahmen einhergeht.

Bei den Ausgaben des Staates dürfte sich zwar der demografische Wandel zunehmend bemerkbar machen, insbesondere bei den sozialen Sachleistungen und den monetären Transfers. Die Zahl der Arbeitslosen geht aber weiterhin

<sup>6</sup> Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2023)*, a. a. O.

zurück. Zudem fallen die jährlichen Rentenanpassungen aufgrund des deutlich verlangsamten Anstiegs der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer spürbar geringer aus, was den Zuwachs der monetären Transfers dämpft. Auch die Zinsausgaben dürften in den Jahren 2026 bis 2030 deutlich verhaltener expandieren als in den Jahren 2022 bis 2025, weil sich die Rendite deutscher Staatsanleihen wieder verringern wird.

**Tabelle 1****Einnahmen, Ausgaben, Finanzierungssaldo und Schuldenstand des Staates in Maastricht-Abgrenzung**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Einnahmen (in Relation zum BIP in %)	47,0	45,9	46,5	47,7	48,1	48,5	48,7	48,9	49,2
Ausgaben (in Relation zum BIP in %)	49,5	47,9	47,8	48,3	48,7	49,1	49,3	49,5	49,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-96,9	-81,4	-55,5	-27,0	-25,0	-25,3	-26,0	-26,7	-27,3
Finanzierungssaldo (in Relation zum BIP in %)	-2,5	-2,0	-1,3	-0,6	-0,6	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
Struktureller Finanzierungssaldo (in Relation zum BIP in %)	-2,5	-1,5	-0,8	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
Bruttoschuldenstand (in Relation zum BIP in %)	66,1	64,2	63,5	62,3	61,2	60,2	59,2	58,3	57,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2030: Prognose des IWH.

Alles in allem werden sowohl die Staatseinnahmen als auch die Staatsausgaben in den Jahren 2026 bis 2030 langsamer zulegen als zuvor. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit liegt in den Jahren 2026 bis 2030 bei ungefähr ½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Das strukturelle Haushaltsdefizit dürfte in der mittleren Frist bei einer nahezu geschlossenen Produktionslücke ebenfalls bei ½% liegen (vgl. Tabelle 1).

**Projektion von Bruttowertschöpfung und Treibhausgasemissionen**

Mit Hilfe des makroökonomischen Modells wird auch die Produktion in den einzelnen Wirtschaftszweigen (A10-Klassifikation) prognostiziert. Es wird unterstellt, dass die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt mit gleichen Raten zulegen und sich die sektoralen Anteile im Zeitverlauf nur langsam ändern. So hat das Verarbeitende Gewerbe insgesamt auch bis 2030 mit über 22% einen erheblichen Anteil an der Bruttowertschöpfung (vgl. Tabelle A3). Die sektorale Projektion eignet sich als Grundlage zur Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen.

Bis zum Jahr 2030 sollen die Emissionen gemäß Klimaschutzgesetz um mindestens 65% im Vergleich zum Jahr 1990 gesunken sein. Zur Prognose wird auf jährliche Daten zu den Emissionen nach Wirtschaftsbereichen (NACE-Einsteller) zurückgegriffen:<sup>7</sup> Die trendmäßigen Veränderungen der Emissionsintensitäten (in der Regel sind das Schrumpfraten) werden in die Zukunft fortgeschrieben und mit der projizierten Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftszweigen in der mittleren Frist multipliziert. Die Summe der so prognostizierten sektoralen Emissionen ergibt die jährliche Gesamtemissionsmenge in Deutschland.

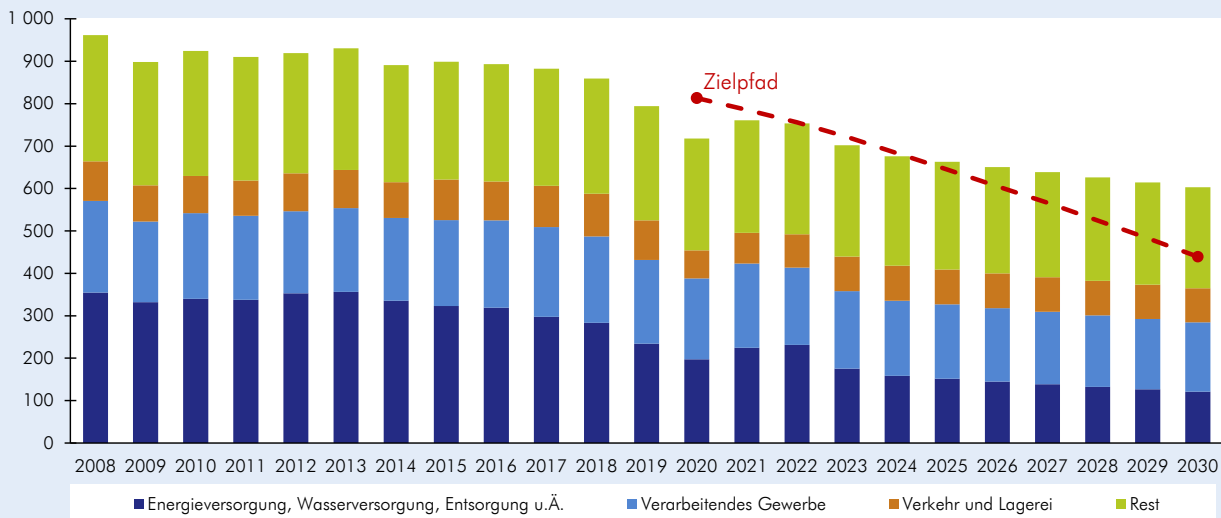
Im Jahr 2020 ließ die Covid-Pandemie die Treibhausgasemissionen deutlich sinken. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung stiegen sie im Jahr 2021 temporär wieder an. Seitdem sind sie wieder gesunken, nach der hier vorliegenden Schätzung im vergangenen Jahr besonders stark,<sup>8</sup> womit sie nunmehr in den vergangenen vier Jahren unterhalb des aus dem Klimaschutzgesetz resultierenden Zielpfades lagen. Dieser jüngste Rückgang im Jahr 2023 ging nahezu vollständig auf geringere Ausstöße in der Energiewirtschaft zurück, deren Wertschöpfung um etwa 13% gesunken ist. Hierfür dürften sowohl eine geringere Energienachfrage infolge konjunkturbedingter Produktionsrückgänge in den energieintensiven Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes als auch höhere Stromimporte eine Rolle gespielt haben. Dass die Emissionen in der Energiewirtschaft stärker sanken als die Wertschöpfung, spricht zudem für einen weiteren Zubau regenerativer Energien. In den übrigen Wirtschaftsbereichen waren die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Vorjahr in etwa konstant.

<sup>7</sup> Im Wirtschaftsbereich U fallen keine Emissionen an.

<sup>8</sup> Auch die vorläufigen Ergebnisse von Agora Energiewende weisen einen deutlichen Rückgang der Treibhausgasemissionen für das Jahr 2023 aus (vgl. *Agora Energiewende: Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2023. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2024, 2024*).



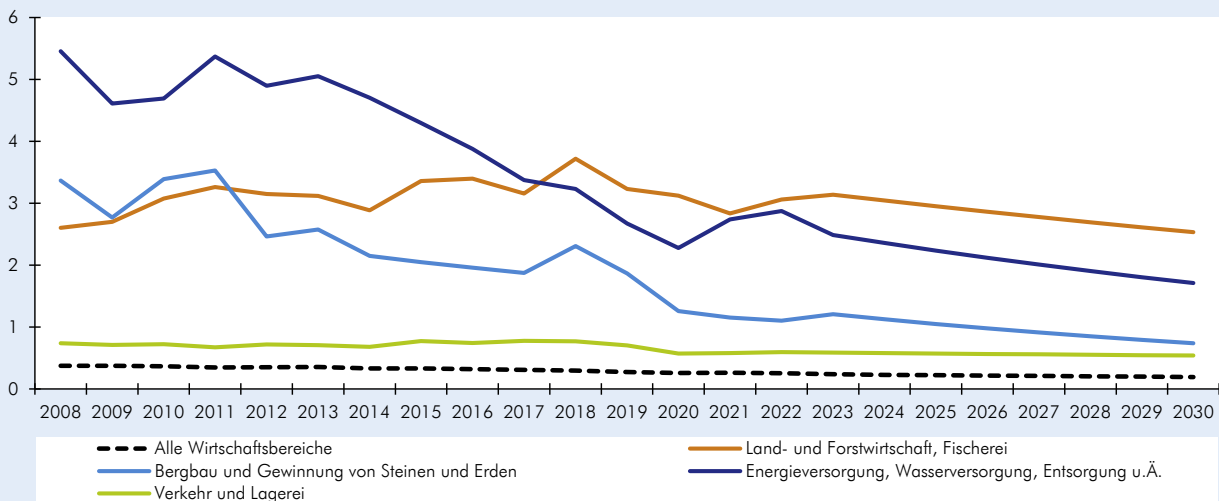
**Abbildung 1**  
Gesamtemissionen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen und Zielpfad der Emissionen  
Millionen Tonnen, CO<sub>2</sub>-äquivalent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Mittelfristig bleiben die Wirtschaftszweige mit den höchsten Emissionsanteilen das Verarbeitende Gewerbe, die Energieversorgung sowie Verkehr und Lagerei (vgl. Abbildung 1). Auf diese Bereiche entfallen knapp 60% der gesamten Emissionen. Dabei ist insbesondere die Produktion in der Energiewirtschaft in Relation zur Bruttowertschöpfung besonders emissionsintensiv (vgl. Abbildung 2). Im Zuge von Effizienzgewinnen etwa durch den weiteren Zubau von regenerativen Energien verringern sich die Emissionen dort bis 2030 um etwa ein Drittel. Auffallend hoch und ohne sinkenden Trend ist die Emissionsintensität im Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

**Abbildung 2**  
Emissionsintensitäten  
Millionen Tonnen THG je Mrd. Euro Bruttowertschöpfung



Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Insgesamt ist mittelfristig mit leicht sinkenden Treibhausgasemissionen zu rechnen (vgl. Abbildung 1). Allerdings dürfte der von der Politik angestrebte lineare Pfad hin zur Klimaneutralität zumindest bis zum Jahr 2030 deutlich verfehlt werden, wenn keine weiteren Maßnahmen zur Minderung der Emissionen ergriffen werden.

## Szenarien mit weiteren Maßnahmen zur Minderung der Emissionen

### Weitere Maßnahmen im Überblick

Die zur Erreichung der für das Jahr 2030 gesetzten Emissionsziele erforderlichen öffentlichen Ausgaben werden in verschiedenen Analysen ähnlich eingeschätzt. So kommen Krebs und Seitz (2021) zu dem Ergebnis, dass in den Jahren 2021 bis 2030 ungefähr 460 Mrd. Euro, also ca. 57 Mrd. Euro pro Jahr, erforderlich wären.<sup>9</sup> Davon entfallen 200 Mrd. Euro oder ungefähr 25 Mrd. Euro pro Jahr auf die staatliche Förderung privater Investitionen (vgl. Tabelle 2), die vorwiegend durch den Bund erfolgt. Ungefähr die Hälfte dieses Betrages müsste auf die Förderung der Gebäudesanierung entfallen, weil aus dem Bau und der Nutzung von Gebäuden in Deutschland etwa 30% der CO<sub>2</sub>-Emissionen resultieren. Weitere 25% müssten für die Förderung der Elektromobilität aufgewendet werden, weitere 12½% für die klimafreundliche Transformation der Industrie. Weitere 260 Mrd. Euro oder 32 Mrd. Euro pro Jahr wären für staatliche Klimaschutzinvestitionen erforderlich, um das Wasserstoffnetz, das Fernwärmenetz, den Personennahverkehr und den klimaneutralen Wohnungsbau zu unterstützen. Davon entfallen 170 Mrd. Euro auf die Kommunen, 90 Mrd. Euro müsste der Bund aufbringen.<sup>10</sup>

**Tabelle 2**  
Gesamtwirtschaftlicher Investitionsbedarf

	Jährlicher Investitionsbedarf bis 2030	Quelle
Insgesamt	116 Mrd. Euro	
Ausbau von Photovoltaik, Wind und Energiespeicher	44 Mrd. Euro (≈350 Mrd. Euro/8 Jahre)	GD Herbst 2023 <sup>1</sup> , Fraunhofer ISE (2021) <sup>2</sup>
Netzausbau	11 Mrd. Euro (≈251 Mrd. Euro/23 Jahre)	Netzentwicklungsplan Strom 2037 / 2045 (2023)
Erdgaskraftwerke	4 Mrd. Euro (≈97 Mrd. Euro/23 Jahre)	GD Herbst 2023 und Fraunhofer ISE (2021)
Öffentliche Investitionen für die Verkehrs- und Wärmewende	32 Mrd. Euro (≈260 Mrd. Euro/8 Jahre)	Krebs und Seitz (2021)
Öffentliche Transferzahlungen für private Investitionen in die Energiewende	25 Milliarden Euro (≈200 Mrd. Euro/8 Jahre)	Krebs und Seitz (2021)

<sup>1</sup> Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch, Herbst 2023. – <sup>2</sup> Fraunhofer ISE: Wege zu einem klimaneutralen Energiesystem, 2021.

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die zusätzlichen Investitionsvolumina, die in die gesamtwirtschaftliche Simulation einfließen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt BCG (2021), die die erforderlichen öffentlichen Ausgaben für den Klimaschutz in Deutschland bis zum Jahr 2030 auf 40 bis 50 Mrd. Euro pro Jahr beziffern. Gleichzeitig wird ein gesamtwirtschaftlicher Investitionsbedarf von insgesamt etwa 860 Mrd. Euro ausgewiesen, wovon 415 Mrd. Euro auf die Energiewirtschaft entfallen. Weitere 175 Mrd. Euro sind für den Gebäudesektor, 220 Mrd. Euro für Verkehr und 50 Mrd. Euro für die Dekarbonisierung der Industrie vorgesehen. Der Staat hätte demnach ungefähr die Hälfte der Ausgaben zu tragen. Von den staatlichen Ausgaben entfielen wiederum ein Drittel auf die energetische Gebäudesanierung, zwei Fünftel auf den Umbau des Verkehrssektors und weitere 15% auf die Transformation der Industrie.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Vgl. Krebs, T.; Seitz, J.: Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021–2030. Forum New Economy Working Papers, No. 3/2021, Berlin 2021.

<sup>10</sup> Problematisch bei der Unterteilung der öffentlichen Ausgaben in Investitionen und Fördermaßnahmen sind die unterschiedlichen Abgrenzungen des Investitionsbegriffs. Während in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) unter den Bruttoinvestitionen Bauten (Wohn- und Nichtwohnbauten), Anlageinvestitionen (Maschinen, Geräte und Fahrzeuge), geistiges Eigentum und Vorratsveränderungen fallen, ist der Investitionsbegriff in der Finanzstatistik deutlich weiter gefasst. Während die Investitionsausgaben im engeren Sinne die Ausgaben für Baumaßnahmen und den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Sachvermögen abbilden, umfassen die Investitionsausgaben im weiteren Sinne auch Darlehen, Beteiligungen und staatliche Zuweisungen und Zuschüsse (vgl. Lenk, T.; Hesse, M.; Kilian, M.; Rottmann, O.; Starke, T.: Erfassung zukunfts wirksamer Ausgaben der öffentlichen Hand – Eine infrastrukturbezogene Erweiterung des öffentlichen Investitionsbegriffs. Leipzig 2016.). Hinzu kommt, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen öffentliche Unternehmen, sofern sie über 50% ihrer Produktionskosten durch Verkaufserlöse decken, nicht dem Sektor Staat, sondern den Kapitalgesellschaften zugeordnet werden. In diesem Fall werden Investitionen, die diese Unternehmen tätigen, nicht beim Staat verbucht. Öffentliche Zuschüsse zu den Investitionskosten dieser Unternehmen fließen in die geleisteten Vermögenstransfers des Staates ein (vgl. Rietzler, K.: Anhaltender Verfall der Infrastruktur – die Lösung muss bei den Kommunen ansetzen. IMK-Report Juni 2014).

<sup>11</sup> Vgl. Boston Consulting Group (2021), a. a. O.

Auch Bär et al. (2023) im Auftrag des WWF kommen mit etwa 51 Mrd. Euro pro Jahr zu ähnlichen Ergebnissen und sehen den höchsten Finanzbedarf in den Bereichen Gebäude und Verkehr.<sup>12</sup> Die Kreditanstalt für Wiederaufbau schätzt den Investitionsbedarf, der in Deutschland notwendig ist, um bis zum Jahr 2045 vollständig klimaneutral zu werden, auf 5 Billionen Euro, von denen 10%, also 500 Mrd. Euro, auf den Staat entfallen. Damit müssten die ohnehin schon für den Klimaschutz geplanten öffentlichen Ausgaben bis zum Jahr 2045 nochmals um über 200 Mrd. Euro aufgestockt werden.

Ein wichtiges Instrument zur Finanzierung der Energiewende und des Klimaschutzes stellt der Klima- und Transformationsfonds (KTF) dar, aus dem allein für die Jahre 2024 bis 2027 knapp 212 Mrd. Euro zur Verfügung stehen sollten. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 wurde allerdings der Zweite Nachtragshaushalt 2021, in dessen Rahmen nicht genutzte Kreditermächtigungen aus der Covid-Pandemie in den KTF überführt wurden, für nichtig erklärt, so dass die Rücklage des KTF um 60 Mrd. Euro geschrumpft ist. Gleichwohl steht der KTF weiterhin zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung, weil er über eigene Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf nationaler und europäischer Ebene verfügt. Diese beliefen sich im Jahr 2021 auf 12,5 Mrd. Euro, im Jahr 2022 auf über 13 Mrd. Euro und im Jahr 2023 auf über 18 Mrd. Euro.

Die Tatsache, dass ungefähr 2/3 des Investitionsbedarfs bei Ländern und Kommunen anfällt und nur 1/3 beim Bund, ist problematisch, weil der Bund größere finanzielle Spielräume hat als Länder und Kommunen. So müssen letztere nach der nationalen Schuldenbremse einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorweisen, während die Schuldenbremse dem Bund eine maximal zulässige strukturelle Nettokreditausnahme von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts gewährt. Zudem könnte der Bund die für den Gesamtstaat als erforderlich erachteten Ausgaben für den Klimaschutz durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen finanzieren.<sup>13</sup> Hingegen sind die finanziellen Spielräume von Ländern und Kommunen begrenzt, nicht nur, weil diese in konjunkturellen Normallagen keine Kredite aufnehmen dürfen, sondern auch, weil der Anteil der laufenden Ausgaben, etwa für Arbeitnehmerentgelte, deutlich höher ist als beim Bund und somit das Einsparpotenzial geringer ist. Zudem haben vor allem die Kommunen weniger Spielraum, eigene Einnahmen zu generieren.<sup>14</sup>

Unterschiede zwischen einzelnen Studien bei der Abschätzung des Investitionsbedarfs und der öffentlichen Ausgaben, die sich im Zuge der Transformation ergeben, lassen sich zum einen auf unterschiedliche methodische Ansätze und Parameter-Setzungen zurückführen, zum anderen auf die unterschiedlichen Szenarien, die betrachtet werden. Darüber hinaus wird der zu erwartende Investitionsbedarf maßgeblich von den Annahmen bezüglich der Verfügbarkeit und Kosten neuer Technologien beeinflusst. Insbesondere bei der Berücksichtigung der langen Zeiträume, die für die Transformation relevant sind, besteht eine beträchtliche Unsicherheit, die sich wiederum auf die genaue Quantifizierung der benötigten Investitionen auswirkt. Aus heutiger Sicht kann mit einem über den Zeitraum von 2023 bis 2030 kumulierten Investitionsbedarf von 10 bis 20% relativ zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 gerechnet werden.

### Gesamtwirtschaftliche Modellierung der Szenarien

Mit Hilfe eines kalibrierten makroökonomischen Modells, welches explizit den Energiesektor ausweist, werden im Folgenden einige wichtige Aspekte bei der Entwicklung der Investitionen und der wirtschaftlichen Entwicklung im Zuge der Dekarbonisierung diskutiert. Hierzu wird der Faktor Energie in der Produktionsfunktion im Einklang mit dem Vorgehen der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023) weiter aufgegliedert, indem zwischen der Energieproduktion mithilfe fossiler und erneuerbarer Energieträger unterschieden wird. Darüber hinaus wird in der vorliegenden Analyse zwischen privaten und öffentlichen Investitionen unterschieden (vgl. Kasten 3). Eine Unterscheidung nach Bund, Länder und Kommunen wird nicht vorgenommen.

<sup>12</sup> Vgl. Bär, H.; Peiseler, F.; Tappeiner, L.: *Paying for Paris – Öffentliche Finanzbedarfe und -lücken zur Erreichung der Klimaschutzziele 2030*. Berlin 2023.

<sup>13</sup> Vgl. Köder, L.; Burger, A.: *Umweltschädliche Subventionen in Deutschland*, Aktualisierte Ausgabe 2016. Dessau-Roßlau 2016.

<sup>14</sup> Vgl. Brand, S.; Römer, D.: *Public Investment Required to Achieve Climate Neutrality in Germany*. KfW Research, Focus on Economics, No. 395, July 2022.

**Kasten 3**

**Modellbeschreibung**

Die Simulationsrechnungen basieren auf einem rekursiven Wachstumsmodell, das den Ansatz der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023) um Außenbeitrag ( $NX_t$ ), Staatskonsum ( $G_t$ ), öffentliche Investitionen ( $I_t^G$ ) und öffentlichen Kapitalstock ( $K_t^G$ ) erweitert. Zusätzlich werden die Transferzahlungen des Staates ( $TR_t^{KS45}$ ) sowie die notwendigen öffentlichen Investitionen des Staates ( $I_t^{G,KS45}$ ) zur Erreichung der Klimaschutzziele 2045 explizit modelliert. Der rekursive Modellrahmen dient dazu, die gesamtwirtschaftlichen Größenordnungen besser einschätzen zu können. Dieser Ansatz modelliert nicht explizit das Investitionsverhalten der privaten Akteure in Reaktion auf wirtschaftspolitische Maßnahmen. Er zeigt auf, in welchem Umfang insgesamt Investitionen zur Erreichung der Emissionsreduktionsziele erforderlich sind und welche gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen diese Investitionen auf das künftige Produktionspotenzial und die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte haben. Ob die wirtschaftspolitischen Maßnahmen geeignet sind, tatsächlich das intendierte private Investitionsverhalten zu realisieren, wird hier nicht diskutiert.

Es wird eine gesamtwirtschaftliche CES-Produktionsfunktion ( $Y_t$ ) verwendet, die für die Wertschöpfung im Energiesektor ( $Y_t^E = E_t^C + E_t^D$ ) zwischen erneuerbaren ( $E_t^C$ ) und fossilen Energieträgern ( $E_t^D$ ) unterscheidet. Die Wertschöpfung in den Nicht-Energiesektoren ( $Y_t^{NE}$ ) folgt einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion basierend auf Arbeit ( $L_t^{NE}$ ), privatem Kapitalstock ( $K_t^{NE}$ ), dem öffentlichen Kapitalstock ( $K_t^G$ ), der Elastizität des Faktors Kapital ( $\alpha$ ), der Elastizität des privaten Arbeitseinsatzes ( $1 - \alpha$ ), und der Elastizität des öffentlichen Kapitals ( $\zeta$ ).

Erneuerbare und fossile Energie erfordern Arbeit ( $L_t^{C,D}$ ) und Kapital ( $K_t^{C,D}$ ). Der Produktionswert entspricht dem Bruttoinlandsprodukt ( $BIP_t$ ), einschließlich des Energieimports. Durch Abzug der Energieimporte, die sich durch Relativpreise für Energieimporte ( $P_t^E$ ) und die Importanteile von sauberen ( $Im_t^{E^C}$ ) und fossilen Energien ( $Im_t^{E^D}$ ) berechnen lassen, ergibt sich das Bruttoinlandsprodukt ( $BIP_t$ ).

Das gesamte Arbeitspotenzial der Volkswirtschaft ( $L_t$ ) teilt sich in den Arbeitsaufwand außerhalb des Energiesektors ( $L_t^{NE}$ ) sowie den Arbeitsaufwand für die saubere und fossile Energieversorgung auf, der vom Energieverbrauch und der Arbeitsproduktivität in der sauberen und fossilen Energieproduktion abhängt.

Der private Kapitalstock ( $K_t$ ) wird in einen nichtenergetischen Kapitalstock ( $K_t^{NE}$ ), den Kapitalstock für saubere Energie ( $K_t^C$ ) und den Kapitalstock für fossile Energie ( $K_t^D$ ) aufgespalten. In den Sektoren für erneuerbare und fossile Energie werden Kapital und Arbeit gemäß einer Leontief-Produktionsfunktion verwendet. Die Kapital ( $A_t^{K^{C,D}}$ ) und Arbeitsproduktivität ( $A_t^{L^{C,D}}$ ) bestimmen die Nachfrage nach Kapital und Arbeit für erneuerbare und fossile Energie.

**Tabelle K3**

**Kalibrierung des Modells**

Parameter/Initialisierung	Wert	Quelle
Kapitalanteil: $\alpha$	0,35	GD Frühjahr 2023 <sup>1</sup>
$\gamma$	0,05	Statistisches Bundesamt
$\zeta$	0,1	Drygalla et al. (2020) <sup>2</sup>
$\sigma$	0,2	DIW Wochenbericht 2023 <sup>3</sup>
Energieimporte: $\frac{P_t^E (Im_t^{E^C} E_t^C + Im_t^{E^D} E_t^D)}{BIP_t}$	3%	Statistisches Bundesamt
Arbeits- und Kapitalverteilung: $\frac{l_1^C, l_1^D, k_1^C, k_1^D, k_1^G}{L_1, L_1, K_1, K_1, K_1}$	0,2%; 0,6%; 1,4%; 0,8%; 13%	Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH
Investitionsquoten: $s = \frac{I_1}{BIP_1}, s^{I^G} = \frac{I_1^G}{BIP_1}$	22,1%;3%	Statistisches Bundesamt
Abschreibungsraten: $d^{NE}, d^C, d^D, d^G$	2,6%; 5%; 2%, 2,6%	Statistisches Bundesamt u. Fraunhofer ISE (2021) <sup>4</sup>

<sup>1</sup> Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Klimaschutz ohne Produktionseinbußen: Die Rolle energiesparenden technischen Fortschritts, in: Hintergrundpapier zum Schwerpunktthema, Frühjahr 2023. – <sup>2</sup> Drygalla, A.; Holtemöller, O.; Kiesel, K.: The Effects of Fiscal Policy in an Estimated DSGE Model—The Case of the German Stimulus Packages During the Great Recession, *Macroeconomic Dynamics*, 24(6), 2020, 1315–1345. – <sup>3</sup> Bönke, T. et al.: DIW-Konjunkturprognose: Deutschland hinkt der Weltwirtschaft hinterher, in: DIW Wochenbericht, Nr. 36/37, 471–503, 2023. – <sup>4</sup> Fraunhofer ISE: Stromgestehungskosten Erneuerbare Energien, Juni 2021.

Die Investitionen in alle vier Kapitalstöcke umfassen kapitalstockspezifische Abschreibungsraten ( $d_t^C, d_t^D, d_t^{NE}, d_t^G$ ) und die Investitionsquote ( $s_t$ ). Zudem berücksichtigen sie die Entwicklung von Investitionen ins Netz für erneuerbare Energieträger ( $NETZINV_t$ ), einschließlich einer konventionellen Reserve (vgl. Tabelle K3).

Der Staat konsumiert ( $G_t$ ), investiert ( $I_t^G$ ), zahlt Vermögenstransfers ( $Tr_t$ ), bedient Schulden ( $i_t^G B_t^G$ ) und tätigt andere Transfers ( $UB_t$ ) finanziert durch Einnahmen ( $Tax_t$ ) und nimmt Schulden ( $B_{t+1}^G$ ) auf zur Schließung des Finanzierungssaldos ( $FS_t$ ). Der reale Schuldenstand verringert sich automaisch mit der Veränderung des Deflators des Bruttoinlandsprodukts ( $P_t^{DEF}$ ). Transferzahlungen des Staates zur Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien ( $TR_t^{KS45}$ ) erhöhen die privaten Investitionen in erneuerbare Energien und Vermögenstransfers, während öffentliche Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Gebäudesanierung, Wärmenetze und Wasserstoffinfrastruktur den öffentlichen Kapitalstock ( $I_t^{G,KS45}$ ) erhöhen.

Die privaten Konsumausgaben ( $C_t$ ) ergeben sich residual aus dem Bruttoinlandsprodukt, den Investitionen, dem Staatskonsum und dem Außenbeitrag.

$$L_t = L_t^{NE} + L_t^C + L_t^D \quad (1)$$

$$Y_t^{NE} = A_t^{NE} (K_t^G)^\zeta (K_t^{NE})^\alpha (L_t^{NE})^{1-\alpha} \quad (2)$$

$$Y_t^E = E_t^C + E_t^D \quad (3)$$

$$Y_t = [(1 - \gamma) (Y_t^{NE})^\rho + \gamma (A_t^E Y_t^E)^\rho]^{1/\rho} \quad (4)$$

$$BIP_t = Y_t - P_t^E (Im_t^{E^D} \cdot E_t^D + Im_t^{E^C} \cdot E_t^C) \quad (5)$$

$$L_t^C = \frac{E_t^C}{A_t^{L^C}} \quad (6)$$

$$L_t^D = \frac{E_t^D}{A_t^{L^D}} \quad (7)$$

$$K_{t+1}^C = \frac{E_{t+1}^C}{A_{t+1}^{K^C}} \quad (8)$$

$$K_{t+1}^D = \frac{E_{t+1}^D}{A_{t+1}^{K^D}} \quad (9)$$

$$I_t^C = \max(0, K_{t+1}^C - (1 - d_t^C) \cdot K_t^C) + NETZINV_t + TR_t^{KS45} \quad (10)$$

$$I_t^D = \max(0, K_{t+1}^D - (1 - d_t^D) K_t^D) \quad (11)$$

$$I_t^G = s_t^{I^G} \cdot BIP_t + I_t^{G,KS45} \quad (12)$$

$$I_t^{NE} = s_t \cdot BIP_t - \max(0, I_t^C) - \max(0, I_t^D) - I_t^G \quad (13)$$

$$K_{t+1}^{NE} = (1 - d_t^{NE}) \cdot K_t^{NE} + I_t^{NE} \quad (14)$$

$$K_{t+1}^G = (1 - d_t^G) \cdot K_t^G + I_t^G \quad (15)$$

$$NX_t = s_t^{NX} \cdot BIP_t \quad (16)$$

$$UB_t = s_t^{UB} \cdot BIP_t \quad (17)$$

$$Tr_t = s_t^{Tr} \cdot BIP_t + TR_t^{KS45} \quad (18)$$

$$FS_t = s_t^{FS} \cdot BIP_t \quad (19)$$

$$G_t = s_t^G \cdot BIP_t \quad (20)$$

$$B_{t+1}^G = B_t^G - FS_t \cdot P_t^{DEF} \quad (21)$$

$$Tax_t = G_t + I_t^C + Tr_t + UB_t + FS_t + \frac{i_t^G B_t^G}{P_t^{DEF}} \quad (22)$$

$$I_t = I_t^{NE} + I_t^G + I_t^C + I_t^D \quad (23)$$

$$K_t = K_t^{NE} + K_t^C + K_t^D \quad (24)$$

$$BIP_t = C_t + I_t + G_t + NX_t \quad (25)$$

Für die Simulationsberechnung wird die Mittelfristprojektion aus Abschnitt 2 zugrunde gelegt, und es werden drei Szenarien betrachtet: a) **Basisszenario** ohne weitere Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen, b) Einhaltung der Klimaschutzziele mit zusätzlichem Ausbau der erneuerbaren Energien (**KS mit Ausbau**), c) Einhaltung der Klimaschutzziele ohne zusätzlichen Ausbau der erneuerbaren Energien (**KS ohne Ausbau**). Für alle drei Szenarien wird der Zeitraum bis 2030 betrachtet.

Im **Basisszenario** geht der Energieverbrauch insgesamt um 1% pro Jahr zurück, während der Energieverbrauch aus den Erneuerbaren um jährlich 3% wächst, was dem Trend der vergangenen 10 Jahre entspricht. In den beiden Alternativszenarien wird die Studie von Fraunhofer (2021) zugrunde gelegt, in der sich der Primärenergieverbrauch um 20% verringert und der Anteil Erneuerbarer Energien von 17% heute auf 40% im Jahr 2030 zunimmt (vgl. Tabelle 3). Dies erfordert einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien um 9% pro Jahr bis 2030.

**Tabelle 3**  
Szenarienvergleich

Variable	Basisszenario	KS ohne Ausbau	KS mit Ausbau
Primärenergieverbrauch 2030 relativ zu 2022	92%	70%	80%
Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch 2030	24%	30%	40%
Synthetische Erneuerbare Energieimporte: $Im_t^{E^C}$	konstant bei 0%	Konstant bei 0%	Anstieg auf 4% bis 2030
Kapitalproduktivität $A_t^{K^C}$	konstant	Konstant	Rückgang um 5% bis 2030
Erneuerbare Energien $E_t^C$	Anstieg um 3% p.a.	Anstieg um 3% p.a.	Anstieg um 9% p.a.
Fossile Energien $E_t^D$	Rückgang um 2% p.a.	Rückgang um 5% p.a.	Rückgang um 5% p.a.
Investitionen in Netzausbau inkl. Gaskraftwerke $NETZINV_t$	0% vom BIP	0% vom BIP	0,4% vom BIP
Transferzahlungen des Staates für den Ausbau ( $TR_t^{KS45}$ )	0% vom BIP	0% vom BIP	0,7% vom BIP
Bruttoinvestitionen des Staates für den Ausbau ( $I_t^{G,KS45}$ )	0% vom BIP	0% vom BIP	0,8% vom BIP
Energiebedingte Treibhausgasemissionen in 2030 im Vergleich zu 1990	50%	35%	35%

Zur Erreichung der Klimaschutzziele im Jahr 2045 muss der fossile Primärenergieverbrauch bei Annahme eines linearen Abbaupfades von 10 Exajoule im Jahr 2022 auf 6 Exajoule im Jahr 2030 zurückgehen. Im Szenario **KS mit Ausbau** werden die erneuerbaren Energien mit 9% pro Jahr bis 2030 ausgebaut, während der fossile Energieverbrauch auf 6 Exajoule sinkt. Nach dem Jahr 2030 wäre eine Ausbaurrate für den Energiekonsum aus Erneuerbaren von 4% erforderlich. Der Staat fördert den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Transferzahlungen in Höhe von 0,7% des BIP und investiert in den öffentlichen Kapitalstock in Höhe von 0,8% des BIP zur Erreichung der Klimaziele. Die Verteil- und Übertragungsnetzbetreiber investieren in diesem Szenario zusätzliche 0,4% des BIP in den Netzausbau und neue Gaskraftwerke.

Im Szenario **KS ohne Ausbau**, bei dem keine zusätzlichen öffentlichen Investitionen und Subventionen getätigt werden, ist unterstellt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien um 3% p.a. zunimmt. Daher stehen in diesem Szenario im Jahr 2030 nur 70% an Primärenergie in Relation zu dem Verbrauch im Jahr 2022 zur Verfügung.

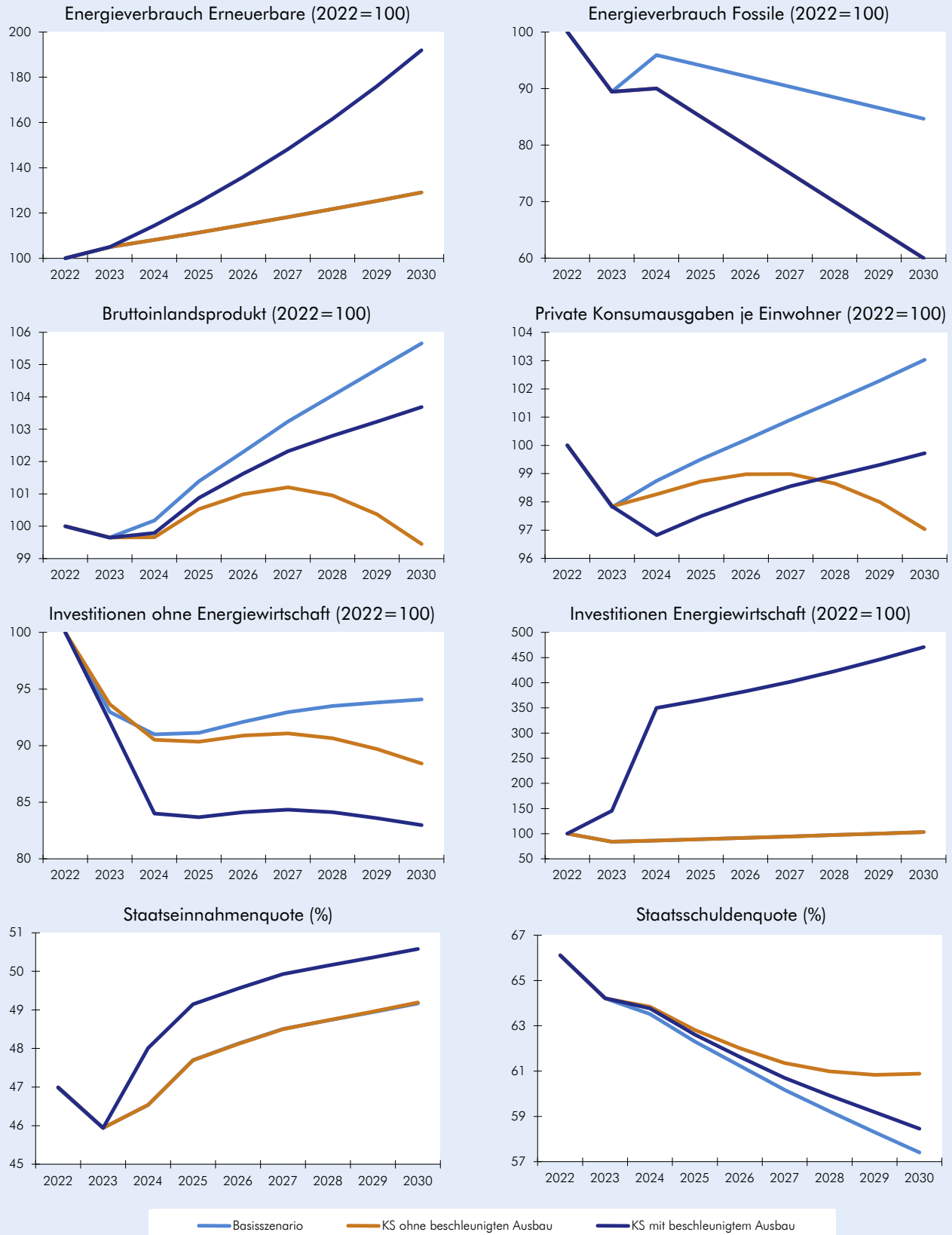
Während in den beiden Alternativszenarien privatwirtschaftliche Investitionen in die Erneuerbaren andere private Investitionen außerhalb der Energiewirtschaft verdrängen, wird angenommen, dass zusätzliche öffentliche Investitionen durch höhere Steuereinnahmen finanziert werden, die den privaten Konsum reduzieren (vgl. Abbildung 3).

Das Bruttoinlandsprodukt steigt im Basisszenario bis zum Jahr 2030 um 6% im Vergleich zum aktuellen Niveau. Im Szenario mit erheblichem Ausbau der erneuerbaren Energien (KS mit Ausbau) liegt das BIP 3½% über dem aktuellen Niveau, während es im Szenario ohne beschleunigten Ausbau (KS ohne Ausbau) stagniert, denn in diesem Szenario steht durch den Rückgang der Nutzung fossiler Träger bei gleichzeitig relativ geringer Expansion der Erneuerbaren insgesamt weniger Energie zur Verfügung als in den beiden anderen Szenarien.

Das geringere Niveau des Bruttoinlandsproduktes in den Szenarien ohne beschleunigten Ausbau schlägt sich vor allem in reduzierten privaten Konsumausgaben nieder. Im Szenario mit beschleunigtem Ausbau verzeichnen die Konsumausgaben kurzfristig zusätzliche Einbußen aufgrund einer höheren Steuerquote und mittelfristig durch einen geringeren Kapitalstock außerhalb der Energiewirtschaft. Während die öffentlichen Investitionen um 80% bis zum Jahr 2030 steigen, verdreifachen

sich die privaten Investitionen in die erneuerbaren Energien. Diese Investitionen führen aber erst am Ende des Simulationszeitraums zu einer deutlichen Erhöhung des Produktionspotenzials im Vergleich zu einem Szenario ohne diese Investitionen.

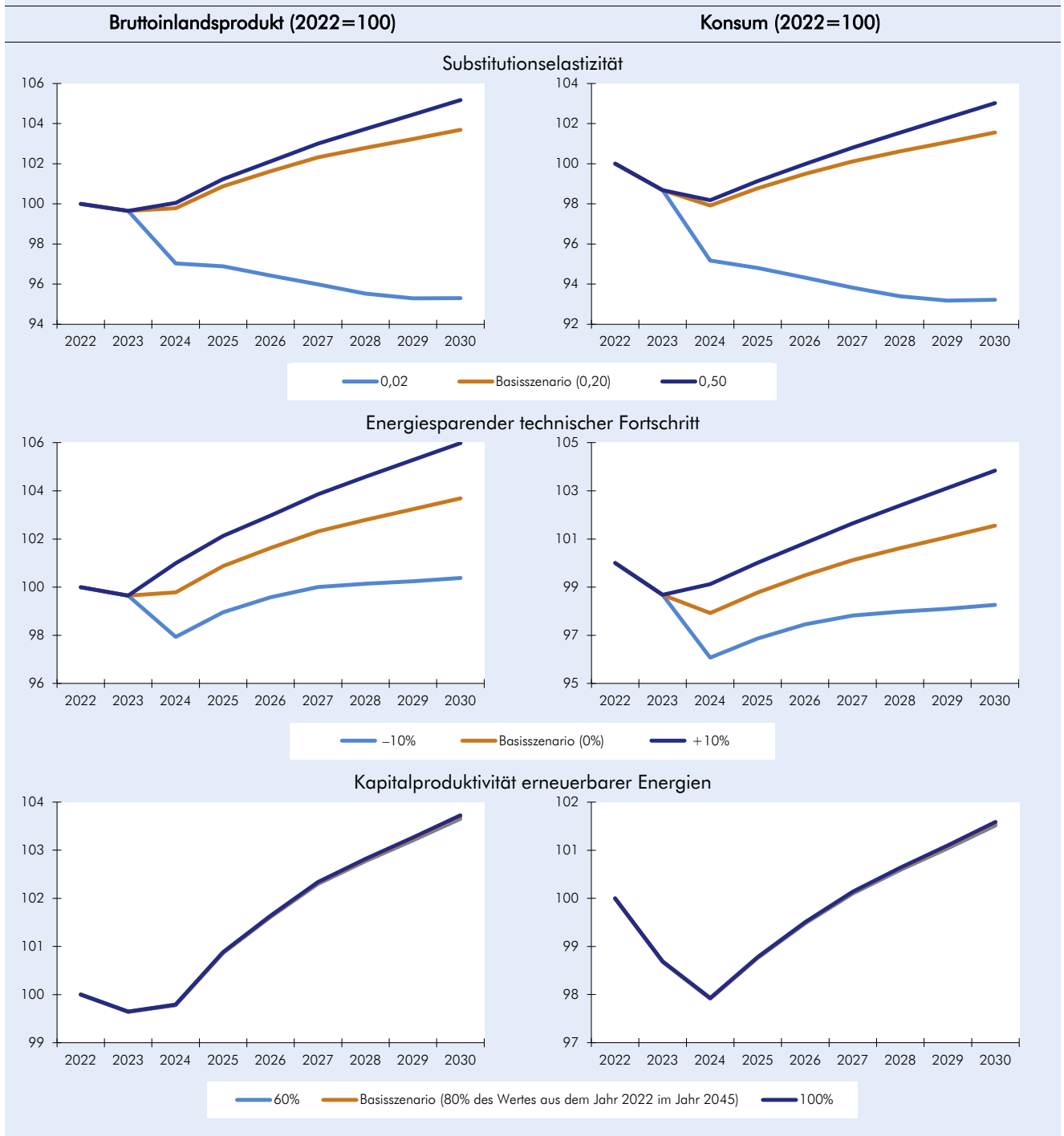
**Abbildung 3**  
Simulationsergebnisse



### Sensitivitätsanalyse

Eine wesentliche Einflussgröße ist die Substitutionselastizität zwischen Energie auf der einen und Arbeit und Kapital auf der anderen Seite. Beispielhaft wird im Folgenden das Szenario KS mit Ausbau betrachtet. Es zeigt sich, dass bei einer sehr geringen Substitutionselastizität von 0,02 das Bruttoinlandsprodukt bei Einhaltung der Treibhausminderungsziele 2030 mit verstärktem Ausbau der erneuerbaren Energien um bis zu 7% geringer ausfällt als im Jahr 2022 (vgl. Abbildung 4). Dieser Wert für die Substitutionselastizität liegt am unteren Ende der Schätzergebnisse in der Literatur. Für Deutschland schätzen Chen et al. (2023) einen Wert von 0,03.<sup>15</sup>

**Abbildung 4**  
Sensitivitätsanalyse für das Szenario KS mit Ausbau



<sup>15</sup> Vgl. Chen, Y.; Lan, T.; Mineshima, A.; Zhou, J.: Impact of High Energy Prices on Germany’s Potential Output, in: IMF Selected Issues Paper No. 2023/059. Washington, D.C, 2023.



Nach der Substitutionselastizität ist der energiesparende technische Fortschritt eine weitere wichtige Determinante für die Auswirkungen der Energiewende auf das Bruttoinlandsprodukt. In der Sensitivitätsanalyse wird der energiesparende technische Fortschritt sowohl um 10% zum Basisszenario reduziert als auch erhöht. Das Bruttoinlandsprodukt kann um 2 Prozentpunkte höher ausfallen im Vergleich zum Basisszenario, wenn der energiesparende technische Fortschritt um 10% steigt. Bei einem um 10% geringeren energiesparenden technischen Fortschritt kann das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2030 um 3 Prozentpunkte geringer ausfallen.

Die Kapitalproduktivität der erneuerbaren Energien fällt in dem Szenario KS mit Ausbau um 20% bis 2045. Die Variation der Kapitalproduktivität hat vergleichsweise geringe Effekte auf die Ergebnisse. Hier zeigt sich, dass die Investitionen in erneuerbare Energien im gesamtwirtschaftlichen Maßstab gering sind. Die bereitgestellte Energie in den Szenarien bleibt gleich, was wesentlich ist für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

## Finanzielle Folgen einer grünen Transformation für die öffentlichen und privaten Haushalte

### Optionen des Staates bezüglich Finanzierung der grünen Transformation

Nach der vorliegenden Projektion werden zur Erfüllung der Klimaziele in den Jahren bis 2030 in Deutschland Investitionen im Umfang von ca. 800 Mrd. Euro erforderlich sein. Unternehmen und private Haushalte sind Träger eines Großteils dieser Investitionen, und nur etwa ein Drittel des Investitionsvolumens wird in der vorliegenden Projektion dem Staat zugerechnet. Allerdings wird angenommen, dass der Staat die privaten Klimainvestitionen erheblich subventioniert. Deshalb bringen die Klimainvestitionen insgesamt eine Mehrbelastung des gesamtstaatlichen Haushalts von 460 Mrd. Euro mit sich, pro Jahr knapp 57 Mrd. Euro oder 1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In der oben gezeigten Modellsimulation wird angenommen, dass zur Finanzierung der Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte unter Einhaltung der bestehenden Verschuldungsregeln die Steuern der privaten Haushalte erhöht werden. Eine Einnahmequelle sind dabei die zusätzlichen Einnahmen aufgrund der steigenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung, eine Wiederausüttung in Form von Klimageld wird also nicht unterstellt. Stattdessen geht der Anstieg der grünen Investitionen in den Modellsimulationen auf Kosten des privaten Konsums.

Denkbar wäre allerdings auch, dass die privaten Haushalte ihren Konsum aufrechterhalten und stattdessen weniger sparen. Die Folge wäre ein Rückgang der mit den Ersparnissen finanzierten heimischen privaten Investitionen oder eine Verringerung des Leistungsbilanzsaldos. Letzteres wäre für die deutsche Volkswirtschaft zunächst einmal unbedenklich, schließlich dürfte ihr Leistungsbilanzüberschuss zuletzt (im Jahr 2023) mit etwa 5% relativ zum Bruttoinlandsprodukt außerordentlich hoch gewesen sein. Allerdings würde eine alljährliche Finanzierung der hier unterstellten Kosten der öffentlichen Hand durch eine Verringerung des deutschen Leistungsbilanzüberschusses dazu führen, dass sich die deutsche Vermögensposition gegenüber dem Ausland jedes Jahr um 2% relativ zum Bruttoinlandsprodukt verschlechtert. Dies könnte somit vor allem als Übergangslösung angesehen werden und den Konsumverzicht dämpfen.

Alternativ könnte der Staat seine höheren finanziellen Belastungen durch zusätzliche Neuverschuldung in die Zukunft verschieben. Dies erforderte allerdings eine Änderung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und der europäischen Fiskalregeln. Für die deutsche Volkswirtschaft als Ganzes gilt das allerdings nur, wenn die Staatsschuldtitel von Ausländern gekauft werden. Aber auch in diesem Fall können in der Gegenwart schon Kosten anfallen, wenn nämlich andere Ausgaben durch die Klimainvestitionen verdrängt werden, etwa, weil die Ausweitung der Nachfrage nach Kapital zu höheren Zinsen führt. Zwar mag ein solcher Effekt bei einer auf Deutschland beschränkten Ausweitung der Verschuldung gering sein. Allerdings ist der Aufbau eines grünen Kapitalstocks eine weltweite Aufgabe, und es zeichnet sich etwa ab, dass zu ihrer Bewältigung international vermehrt auf eine Ausweitung der Staatsschuld zurückgegriffen wird. So sind die aus Perspektive des vergangenen Jahrzehnts gegenwärtig hohen Kapitalmarktzinsen nicht nur auf die höhere Inflation und die geldpolitische Straffung, sondern vermutlich auch auf die fast überall stark gestiegene Staatsverschuldung zurückzuführen. Zwar waren dafür vor allem die Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie ursächlich, gegenwärtig ist aber ein Teil der Staatsdefizite, etwa in den USA und im Euroraum, auf erhöhte Staatsausgaben für Klimaschutz zurückzuführen.

## Implikationen für den privaten Konsum

Die privaten Haushalte haben den größten Anteil am Gesamtenergieverbrauch, der sich aus dem direkten Energieverbrauch für die Wärmeversorgung und im Verkehrssektor und dem indirekten Energieverbrauch über die Produktionsketten zusammensetzt. Damit tragen diese letztlich auch den Hauptteil der Kosten der Energiewende. Zudem kommt es in den beiden Szenarien mit weiteren Maßnahmen zu einer Verringerung des Produktionspotentials. Das wirkt sich entsprechend negativ auf die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aus und dämpft den privaten Konsum.

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dürften die Effekte der Energiewende für die privaten Haushalte über verschiedene Kanäle sichtbar werden. Grundsätzlich bedeuten steigende Investitionen in erneuerbare Energien im volkswirtschaftlichen Kontext einen Anstieg des Sparens zulasten des Konsums, wenn nicht an anderer Stelle Investitionen oder Vermögensanlagen im Ausland gekürzt werden. Folgt man dem Kontensystem der Sektorenrechnung, so werden die zusätzlichen energetischen Investitionen der privaten Haushalte im Gebäudebereich deren Bruttoinvestitionen erhöhen und dadurch kurzfristig deren Finanzierungssaldo senken. In den Folgejahren steigen dann die Abschreibungen in diesem Sektor. Der geringere Finanzierungssaldo dürfte mit einer Zunahme der Verschuldung der privaten Haushalte und einer Verringerung des Geldvermögens verbunden sein. Die Zunahme der Schuldentilgung in den Folgejahren bindet dann einen Teil der verfügbaren Einkommen, was zu Anpassungsreaktionen im Konsum führen dürfte. Dieser Kanal gilt für die privaten Haushalte mit selbstgenutztem Immobilienvermögen. Mieterhaushalte tragen die Kosten der energetischen Investitionen über eine Erhöhung der Kaltmiete, die gegebenenfalls dann zu sinkenden Energiekosten für das Wohnen führen kann. Inwieweit der Anstieg der Wohnungsmieten als Preiseffekt oder als qualitative Verbesserung des Wohnens als Erhöhung des realen Konsums in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbucht wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Unabhängig davon sind Anpassungsreaktionen in Form von strukturellen Umschichtungen beim Konsum oder einer Verringerung der Sparquote bei den Mieterhaushalten zu erwarten. Öffentliche Transfers bzw. Subventionen dürften kurzfristig die Effekte abmildern. Je nach Finanzierungsform dieser Transfers sind jedoch an anderer Stelle Reaktionen zu erwarten: So dürfte bei einer über Steuern finanzierten Unterstützung der Investitionen gleichzeitig die Belastung der Haushalte zunehmen, so dass es im Aggregat lediglich zu einer Umverteilung kommt. Werden hingegen Transfers und Subventionen über öffentliche Schulden finanziert, kann zumindest kurzfristig eine entsprechend höhere Steuerbelastung der privaten Haushalte vermieden werden. Investitionen in Elektromobilität werden bei den privaten Haushalten im Konsumaggregat verbucht. Dies dürfte über eine Substitution der Käufe von PKW mit Verbrennungsmotoren erfolgen und eher geringe Auswirkungen auf das Gesamttaggregat haben.

Die Investitionen in die Energiewende, die im Unternehmenssektor getätigt werden, dürften auf die Verkaufspreise umgelegt werden. Somit werden die privaten Haushalte nicht nur durch höhere Steuern, sondern auch durch höhere Verbraucherpreise belastet. Dazu kommen weitere Preiseffekte, etwa durch die seit einigen Jahren immer häufiger notwendigen Redispatchmaßnahmen, die auf die Netzentgelte der privaten Haushalte umgelegt werden.<sup>16</sup> Wenn diese Belastungen weiter zunehmen, dürften die privaten Haushalte darauf mit einer verringerten Konsumnachfrage im Vergleich zum Status quo reagieren. Zudem verteuert der steigende CO<sub>2</sub>-Preis die fossilen Energieformen. Das soll den Anreiz bei den Verbrauchern erhöhen, diese durch erneuerbare Energien zu substituieren. Ursprünglich war angedacht, die über den CO<sub>2</sub>-Preis eingenommenen Gebühren über ein für alle Personen gleich hohes Klimageld zurückzugeben, so dass Haushalte mit einem unterdurchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck profitieren. Die Einführung des Klimageldes würde jedoch zusätzlichen öffentlichen Finanzierungsbedarf auslösen, der letztlich durch höhere Abgaben gedeckt werden müsste.

---

<sup>16</sup>Vgl. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen: [Netzengpassmanagement](#), 2024.

## Fazit

Die Minderung der Treibhausgasemissionen stellt die deutsche Wirtschaft vor erhebliche Herausforderungen. Um die im Klimaschutzgesetz vorgegebenen Emissionsziele zu erreichen, muss der Verbrauch von Energie aus fossilen Quellen bis zum Jahr 2030 gegenüber dem Verbrauch im Jahr 2022 nahezu halbiert werden, nämlich von 10 Exajoule (2 780 Terrawattstunden) auf 6 Exajoule (1 667 Terrawattstunden). Die wegfallende Energie aus fossilen Quellen kann durch eine höhere Energieeffizienz und durch den vermehrten Einsatz treibhausgasneutraler Energieträger zumindest teilweise kompensiert werden. Die damit einhergehende Transformation erfordert aktuellen Schätzungen zufolge bis zum Jahr 2030 zusätzliche öffentliche und private Investitionen in Höhe von 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Angesichts der geltenden Schuldenregeln für die öffentlichen Haushalte müssen die öffentlichen Investitionen sowie Zuschüsse an private Haushalte und Unternehmen durch die Kürzung öffentlicher Ausgaben an anderer Stelle oder durch höhere Staatseinnahmen finanziert werden. Somit besteht ein gewisser intertemporaler Zielkonflikt: je mehr heute in den Ausbau erneuerbarer Energien investiert wird, desto höher sind zwar die zukünftigen Produktionsmöglichkeiten, aber desto niedriger sind die gegenwärtigen privaten Konsummöglichkeiten. Letztlich tragen die privaten Haushalte über höhere Abgaben an den Staat oder über höhere Verbraucherpreise die Last der Transformation. Ohne zusätzliche Investitionen in erneuerbare Energien heute werden die Emissionsziele des Klimaschutzgesetzes künftig jedoch nur durch einen Verzicht auf Energieverbrauch eingehalten werden können, selbst wenn die Energieeffizienz deutlich steigt. Die Konsummöglichkeiten wären damit zukünftig durch fehlende Energie deutlich eingeschränkt. Insgesamt zeichnet sich ab, dass Verteilungskonflikte zunehmen werden.

Die Verteilungskonflikte könnten kurzfristig dadurch gemildert werden, dass dem Staat durch eine Änderung der Schuldenregeln zusätzlicher finanzieller Handlungsspielraum erschlossen wird. In diesem Fall könnte der laufende Kapitalabfluss in das Ausland zu einem gewissen Teil in zusätzliche heimische Staatsschulden umgelenkt werden. Der Leistungsbilanzsaldo würde sinken und somit die jährliche Zunahme des deutschen Nettoauslandsvermögens gedämpft. So könnte eine höhere inländische Investitionsquote auch ohne inländischen Konsumverzicht erreicht werden. Allerdings bedeutet dies für die Folgezeit höhere staatliche Zinsausgaben, die wiederum den finanziellen Handlungsspielraum des Staates einschränken und zu neuen Verteilungsproblemen führen würden. Zudem sind diesem Weg auch durch die gegenwärtige reale Ressourcenverfügbarkeit Grenzen gesetzt.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, die Effizienz der staatlichen Maßnahmen zur Emissionsreduktion über einen deutlich höheren CO<sub>2</sub>-Preis zu erhöhen. Dadurch würde die Lenkungswirkung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung erhöht. Auch dies würde die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte für sich genommen einschränken, zumal Unternehmen in der Regel ihren Kostenanstieg an die Verbraucher überwälzen dürften. Allerdings wären in diesem Fall weniger staatliche Investitionen und staatliche Zuschüsse an Private notwendig, so dass entweder direkte Auszahlungen aus den CO<sub>2</sub>-Einnahmen an die privaten Haushalte (das sogenannte Klimageld) oder eine Senkung der allgemeinen Abgabenbelastung möglich wären. Der sich gegenwärtig abzeichnende Weg zusätzlicher öffentlicher Investitionen und staatlicher Zuschüsse an private Akteure bei Verzicht auf zusätzliche Staatsverschuldung wird angesichts der damit verbundenen Belastung der privaten Haushalte mit Steuererhöhungen und Preisüberwälzungen auf Dauer politisch vermutlich schwer durchzuhalten sein.

## Anhang

Tabelle A1

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
in Mrd, Euro							
2016	3 134,7	1 653,7	623,9	625,9	636,3	-10,4	231,2
2022	3 876,8	1 979,3	850,9	970,3	856,2	114,1	76,3
2028	4 733	2 401	1 043	1 080	1 020	61	209
2030	4 977	2 525	1 104	1 128	1 070	58	220
Anteile am BIP in % <sup>b</sup>							
2016	100	52,8	19,9	20,0	20,3	-0,3	7,4
2022	100	51,1	21,95	25,0	22,1	2,9	2,0
2028	100	50¾	22	22¾	21½	1¼	4½
2030	100	50¾	22¼	22¾	21½	1¼	4½
Veränderung insgesamt in %							
2021/2016	23,7	19,7	36,4	55,0	34,6	-	-
2028/2022	22	21¼	22½	11¼	19¼	-	-
2030/2022	28½	27½	29¾	16¼	25	-	-
jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2021/2016	3,6	3,0	5,3	7,6	5,1	-	-
2028/2022	3½	3¼	3½	3¾	3	-	-
2030/2022	3¼	3	3¼	2	2¾	-	-

<sup>a</sup> Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2023. – <sup>b</sup> Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Anmerkung: Für gewöhnlich beträgt der Projektionshorizont mit Rahmen der IWH Mittelfrist 6 Jahre, daher ist das Jahr 2028 explizit ausgewiesen.

Tabelle A2

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			In jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde		
				Millionen	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2016	43 661	39 320	1 396	3 094	70 856	50,8	3 135	101
2022	45 596	41 687	1 347	3 275	71 825	53,3	3 877	118
2028	46 153	42 399	1 334	3 407	73 829	55,3	4 733	139
2030	46 281	42 602	1 328	3 460	74 764	56,3	4 977	144
Veränderung insgesamt in % <sup>b</sup>								
2022/2016	4,4	6,0	-3,5	5,9	1,4	5,0	23,7	16,8
2028/2022	1¼	1¾	-1	4	2¾	3¾	22	17¼
2030/2022	1½	2¼	-1½	5¾	4¼	5½	28½	21½
jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2022/2016	0,7	1,0	-0,6	1,0	0,2	0,8	3,6	2,6
2028/2022	¼	¼	-¼	¾	½	½	3½	2¾
2030/2022	¼	¼	-¼	¾	½	½	3¼	2½

<sup>a</sup> Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2023. – <sup>b</sup> Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Anmerkung: Für gewöhnlich beträgt der Projektionshorizont mit Rahmen der IWH Mittelfrist 6 Jahre, daher ist das Jahr 2028 explizit ausgewiesen.

**Tabelle A3**  
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Bruttowertschöpfung <sup>a</sup> (BWS)	Produzierendes Gewerbe	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Dienstleistungs- bereiche
in Mrd. Euro					
2016	2 783,4	853,7	639,8	127,3	1 909,3
2022	2 935,9	863,6	664,4	117,6	2 050,3
2028	3 055,9	867,5	680,3	121,2	2 165,2
2030	3 103,1	880,9	690,8	123,1	2 198,7
Anteile an der BWS in % <sup>b</sup>					
2016	100,0	30,7	23,0	4,6	68,6
2022	100,0	29,4	22,6	4,0	69,8
2028	100	28½	22¼	4	71
2030	100	28½	22¼	4	71
Veränderung insgesamt in %					
2022/2016	5,5	1,2	3,8	-7,6	7,4
2028/2022	4	½	2½	3	5½
2030/2022	5¾	3	4	4¾	7¼
jahresdurchschnittliche Veränderung in %					
2022/2016	0,9	0,2	0,6	-1,3	1,2
2028/2022	½	0	½	½	1
2030/2022	¾	¼	½	½	1

<sup>a</sup> Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2023. – <sup>b</sup> Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Anmerkung: Für gewöhnlich beträgt der Projektionshorizont mit Rahmen der IWH Mittelfrist 6 Jahre, daher ist das Jahr 2028 explizit ausgewiesen.



## Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: [stefanie.mueller@iwh-halle.de](mailto:stefanie.mueller@iwh-halle.de)

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: Towfiqu barbhuiya @towfiqu999999,  
[www.unsplash.com](http://www.unsplash.com)

Konjunktur aktuell, 11. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12.01.2024

ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird in  
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische  
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.  
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der  
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.